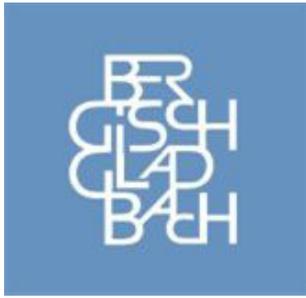




Stadt Bergisch Gladbach

Beteiligungsbericht 2014

FB 2-2 Zentrales Controlling



VORWORT

Bereits zum neunzehnten Mal legt die Verwaltung ihren Beteiligungsbericht zur Information des Rates und der interessierten Bürgerinnen und Bürger vor. Hiermit erfüllt sie nicht nur die nach der Gemeindeordnung vorgegebene Pflicht zur Berichterstattung über die städtischen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, sie zeigt damit auch erneut auf, wie vielfältig die Engagements und Erscheinungsformen städtischer Politik in Bergisch Gladbach sind.

Angesichts der Bedeutung der Beteiligungsunternehmen und der immer knapper gewordenen finanziellen Ressourcen der Stadt wird die Steuerung des Beteiligungsvermögens immer wichtiger werden. Dabei müssen finanzielle und strategische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Der Beteiligungsbericht bietet dafür eine Grundlage.

Dieser gesamtstädtischen Sichtweise folgt auch die Novellierung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung unter dem Stichwort „Neues Kommunales Finanzmanagement“. Diese Reform bedeutet nicht nur die Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens in der Verwaltung, sondern auch eine Integration der Unternehmen in eine Gesamtsicht. Hierzu wird zukünftig auch die Ergebnisfeststellung im Sinne einer Zielerreichung als auch der Ermittlung von Vermögen und Schulden für die gesamte Stadt bis hin zur Konzernsicht mit allen Beteiligungen erfolgen.

In 2014 war die Stadt Bergisch Gladbach an 10 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und an einer Anstalt des öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt. Daneben unterhielt sie 3 eigenbetriebsähnliche Einrichtungen. Eine mittelbare Beteiligung bestand über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH an der BELKAW GmbH.

In diesem Bericht werden die Positionen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Kennzahlen der letzten fünf Geschäftsjahre 2010 – 2014 dargestellt. Grundlage sind die geprüften und testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen, aktuell der Prüfbericht zum 31.12.2014. Somit wird ein detailliertes Bild über die Entwicklung der Unternehmen vermittelt. Wie im letzten Beteiligungsbericht sind darüber hinaus die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt enthalten. Diese betreffen im Rahmen dieses Berichts ebenfalls die Jahre 2010 – 2014.

Lutz Urbach
Bürgermeister

Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Beteiligungsstrukturen	3
Übersicht ausgewählter Abschlussdaten	5
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	6

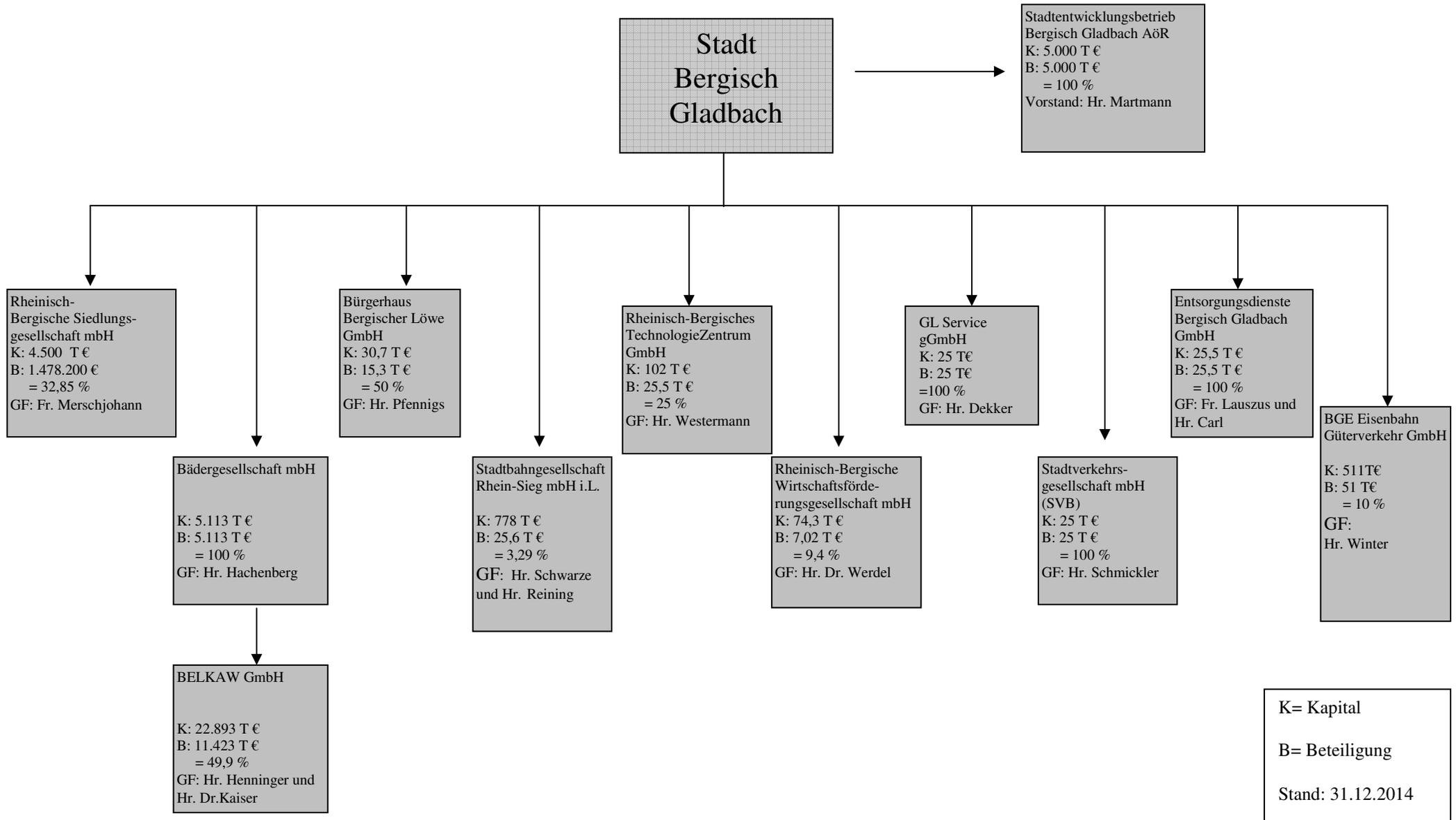
Beteiligungen

1. Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	9
2. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH	20
3. Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	28
4. Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	36
5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	46
6. Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH	54
7. BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH	62
8. Stadtverkehrsgesellschaft mbH	70
9. Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH	77
10. GL Service gGmbH	85
11. Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR	95
12. BELKAW GmbH	106
13. Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach	116
14. Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach	124
15. Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach	140

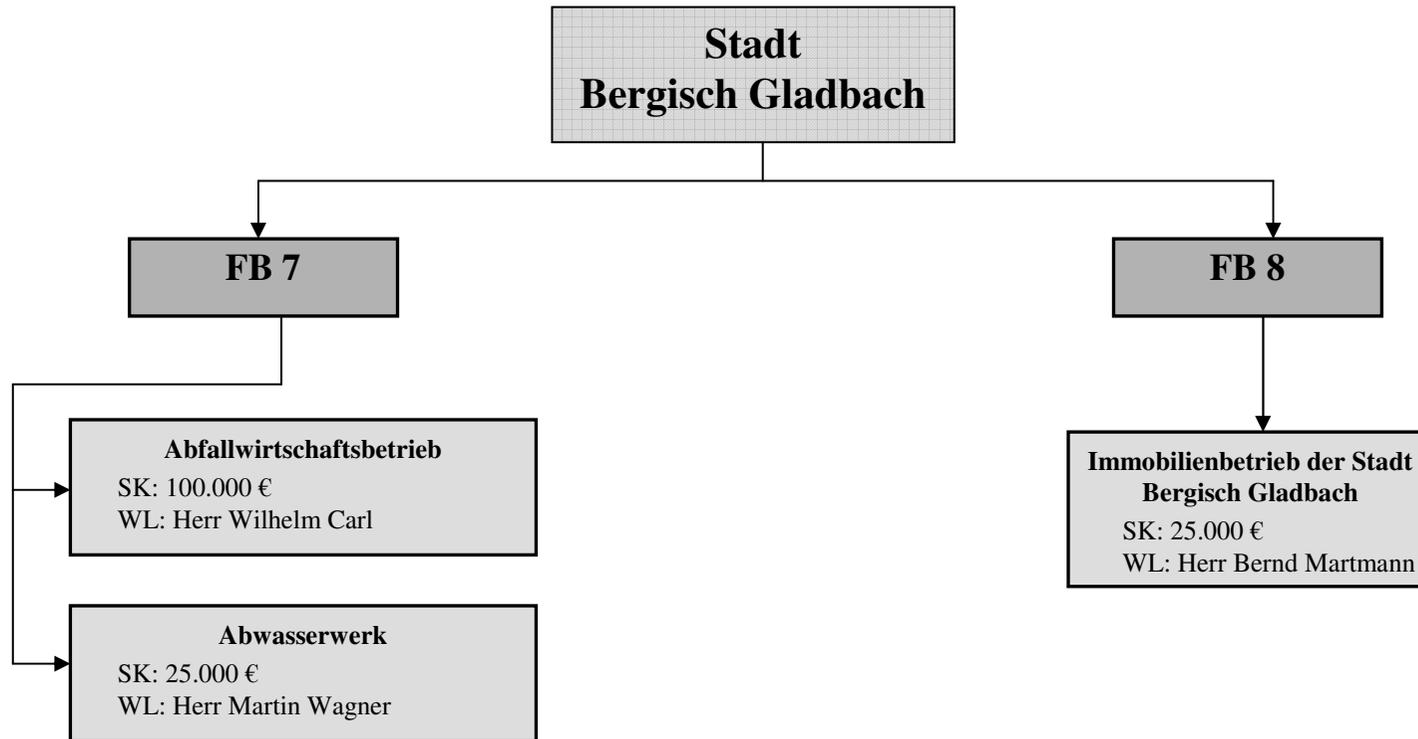
Anhang

Definition der Kennzahlen	148
---------------------------	-----

Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach



Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach



SK = Stammkapital
WL = Werkleitung

Stand: 01.01.2014

Übersicht der direkten Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach
Basis: Jahresabschlüsse 2014

Beteiligung	städt. Anteil Stammk. in T€	städt. Anteil in %	Bilanzsumme in T€	Eigenkapital in T€	Umsatzerlöse in T€	Anzahl der Mitarbeiter	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	1.478	32,85	69.228	21.738	11.606	21	1.937
Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg	26	3,29	11.036	-10.687	0	3	-209
Bürgerhaus Bergischer Löwe	15	50	1.025	276	570	13	38
Rheinisch Bergisches TechnologieZentrum GmbH	25	25	572	489	310	1	-110
Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	9,45	3.812	2.969	43	7	-569
Bädergesellschaft mbH	5.113	100	120.217	26.821	1.300	20	-502
BGE Eisenbahn Güter- verkehrsgesellschaft mbH	51	10	1.471	81	2.576	22	114
Stadtverkehrsgesellschaft mbH	25	100	637	292	205	2	17
Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH	100	100	5.680	1.289	2.068	21,5	182
GL-Service gGmbH	25	100	1.791	629	2.224	44	47
Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR	5.000	100	16.709	12.648	5.278	7	2205
S u m m e gerundet	11.865		232.178	56.545	26.180	162	3.150

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 117 GO NW hat die Gemeinde zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligten, Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten.

Die Einsicht in den Bericht ist jedermann gestattet. Die Gemeinde hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

2. Ziel des Beteiligungsberichtes

Die gesetzlichen Bestimmungen, in denen die Voraussetzungen für die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigungen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geregelt sind, finden sich in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW).

Die durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung – GO Reformgesetz, welches am 17.10.2007 in Kraft getreten ist, gemachten erhöhten Anforderungen an die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde, wurden zwischenzeitlich wieder zurückgenommen.

Es ist somit nicht mehr erforderlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck vorliegt und andere Unternehmen müssten den öffentlichen Zweck nicht nur **ebenso gut und wirtschaftlich**, sondern **besser und wirtschaftlicher** erfüllen können.

Die Gemeinde durften sich nach § 107 (1) GO NRW, in der Fassung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung zur Erfüllung ihrer Aufgaben, nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein **dringender** öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der **dringende** öffentliche Zweck durch andere Unternehmen **nicht ebenso gut und wirtschaftlich** erfüllt werden kann.

Die aktuelle Fassung des § 107 (1) GO NRW (Auszug) lautet wie folgt und macht die Erleichterung wie folgt sichtbar:

§ 107

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

- (1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn
1. **ein öffentlicher** Zweck die Betätigung erfordert,
 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
 3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen **der öffentliche Zweck** durch andere Unternehmen **nicht besser und wirtschaftlicher** erfüllt werden kann.

Zur Zulässigkeit der energiewirtschaftlichen Betätigung wurde ein neuer § 107 a GO NRW eingefügt der wie folgt lautet:

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

- (1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem **öffentlichen Zweck** und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.
- (2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.
- (3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- (4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

Auch bzgl. der Voraussetzungen der energiewirtschaftlicher Betätigung wird deutlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck nicht mehr erforderlich ist.

An dieser Stelle ist auf folgende weitere Änderungen der GO NRW hinzuweisen:

1. Die neuen § 108 (1) Nr. 9 i.V.m. § 108 (2) GO NRW setzen die Vorgaben des Transparenzgesetzes um. Danach ist bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen im Gesellschaftsvertrag zu regeln, dass im Anhang zukünftig die Vergütungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat je Personengruppe und zusätzlich personenbezogen unter Aufgliederung nach Komponenten veröffentlicht wird.
2. Der neue § 108 a GO NRW regelt die Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten. (Die Aufsichtsräte von Bergisch Gladbacher Mehrheitsbeteiligungen sind nicht mit Arbeitnehmern besetzt, so dass diese Neuregelung vor Ort nicht zur Anwendung gelangt.)

Mit der Fortschreibung des Beteiligungsberichtes soll und muss gemäß den gesetzlichen Vorschriften regelmäßig jährlich über die Entwicklung der öffentlichen Unternehmen berichtet und dadurch der Gesamtüberblick erleichtert werden.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen und die textlichen Angaben basieren auf den Jahresabschlüssen **2010 - 2014**. Die finanziellen Auswirkungen auf den Kameralhaushalt und die Entwicklung des Stellenplanes wurde ebenfalls für die Jahre **2010 -2014** dargestellt.

3. Steuerung über die Gesellschaftsorgane

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind die Steuerungs- und Kontrollgremien der Gesellschaften. Hier wird insbesondere über die Beratung und Genehmigung der Wirtschaftspläne und der Investitions- und Finanzpläne Einfluss auf die jeweiligen Leistungsprogramme der Gesellschaften genommen. Daneben gibt es je nach Spezifizierung im Gesellschaftsvertrag weitere Zustimmungsvorbehalte durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von kommunalen Aufgaben ausgegliedert. Neben dem klassischen Verwaltungsbereich ist ein Beteiligungsbereich mit erheblicher finanzieller und kommunalpolitischer Bedeutung entstanden. Das bedeutet, dass durch den Anstieg und die Verantwortung über Umsätze, Mitarbeiterzahlen und Vermögenswerte Größen mit enormer Bedeutung entstanden sind, die gesteuert werden müssen.

Träger der Beteiligungssteuerung ist der Rat. Er stützt sich dabei auf die Verantwortungsstrukturen der Verwaltung. Politik und Verwaltungsführung werden in zentralen Angelegenheiten vom Zentralen Controlling (Beteiligungscontrolling) unterstützt.

Zukünftig soll zur Unterstützung der städtischen Vertreter in den Gremien und somit zur Steuerung der Beteiligungen, im Rahmen eines Beteiligungscontrollings ein Berichtswesen mit strategischen Zielen aufgebaut werden.

Basis hierfür ist das, vom Rat am 13.12.2011 beschlossene Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie der öffentlich rechtlichen Rechtsformen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Stadt Bergisch Gladbach, welches darüber hinaus u.a. weisungspflichtige Geschäftsvorfälle definiert.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Sitz	Paffrather Strasse 48, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	13.05.1948
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.11.2007
Handelsregister	HRB 45523 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 14. Dezember 2007
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrags vom 21.11.2007 trägt die Gesellschaft nicht mehr den Zusatz „Gemeinnützig“ im Namen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die RBS viele Anforderungen des ehemaligen Wohnungsgemeinnützigkeitgesetzes (wie beispielsweise die Beschränkung der Dividendenausschüttung) nicht mehr erfüllt.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Die Stadt Bergisch Gladbach ist in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Robert Martin Kraus vertreten gewesen.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 21.11.2007 aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Weiter sind der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennenden Vertreter geborene Mitglieder des Aufsichtsrates. Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landrat	Vorsitzender ab 21.03.2012
Klaus W. Waldschmidt, Rechtsanwalt	stellv. Vors. bis 16.06.2014
Michael Zalfen, Außendienstler	stellv. Vors. seit 17.06.2014
Sarah Bähler, Veterinärhomöopathin	seit 17.06.2014
Udo Buschmann, Vorstandsmitglied KSK Köln	bis 16.06.2014
Volker Damm, Rentner	bis 30.06.2014
Ursula Ehren, Produktionsassistentin	seit 01.07.2014
Dipl.-Ing. Angelika Graner, Architektin	bis 16.06.2014
Dipl.-Ing. Petra Holtzmann, Lebensmitteltechnik	
Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht, Rentner	bis 16.06.2014
Jürgen Mumdey, Stadtkämmerer	
Bert Höhne, Immobilienkaufmann	bis 30.06.2014
Frank Rausch, Mess- und Regeltechniker	
Lutz Schade, Rechtsanwalt	seit 17.06.2014
Dr. Klaus-Georg Wey, Leitender Regierungsschuldirektor	

Im Geschäftsjahr 2014 fanden 3 Sitzungen des Aufsichtsrates statt.

3.3 Geschäftsführung

Als alleinige Geschäftsführerin bestellt und im Handelsregister eingetragen ist Frau Sabine Merschjohann, staatlich geprüfte Betriebswirtin mit Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital belief sich bis zum 31.12.2009 auf 4.500.000 €. Dieser ungekürzte Ausweis resultierte daraus, dass die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen i.H.v. 2.263.800 € gegen eine Rücklage für eigenen Anteile ausgewiesen waren. Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ist jedoch zwingend eine passive Kürzung der eigenen Anteile beim gezeichneten Kapital vorzunehmen. Um dieser Vorgabe gerecht zu werden wurde im Jahresabschluss 2010 im Ergebnis folgendes veranlasst:

- Die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen und die hiermit korrespondierende Rücklage für eigene Anteile wurden gestrichen.
- Das gezeichnete Kapital wurde um den Nennwert der eigenen Anteile i.H.v. 1.131.900 € reduziert, während sich die anderen Gewinnrücklagen analog erhöhten.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200,-	32,85
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200,-	32,85
Zweckverband der KSK Köln	299.950,-	6,67
Kreissparkasse –Kapitalbeteiligung Holding GmbH, Köln	89.900,-	1,99
Gemeinde Kürten	21.850,-	0,49
RBS GmbH (eigene Anteile/ in „Andere Gewinnrücklagen“ enthalten)	1.131.900,-	25,15
Im Dezember 2007 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile von den Gesellschaftern zum Ertragswert des Unternehmens für 2.263.800 €		

5. Beschäftigte

Neben der Geschäftsführerin wurden in 2014 im Jahresdurchschnitt 10 kaufmännische Mitarbeiter (7 Vollbeschäftigte und 3 Teilzeitbeschäftigte), 2 technische Mitarbeiter, 2 Auszubildende, 6 Mitarbeiter im Regiebetrieb/Hauswarte (5 Vollbeschäftigte und 1 Teilzeitbeschäftigte) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den Öffentlichen Sektor Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lagen lediglich unwesentliche Leistungsbeziehungen vor.

Es wurden die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH in geringem Umfang in Anspruch genommen (535,56 € für Müllentsorgung).

8. Geschäftsverlauf

Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.936.676,12 (Vorjahr: EUR 1.322.955,06) ab.

Zusammengefasst stellt sich die Ertragslage nach Teilbereichen wie folgt dar:

	2014 T€	2013 T€	Veränderung T€
Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung	+ 1.997	+ 1.302	+ 695
Sonstige ordentliche Geschäftsvorfälle	- 3	- 4	+ 1
Zinserträge	+ 4	+ 29	- 25
Neutrales Ergebnis	+ 27	+ 8	+ 19
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 88	- 12	- 76
Jahresüberschuss	+ 1.937	+ 1.323	+ 614

Das um T€ 695 verbesserte Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultiert im Wesentlichen aus den um T€ 517 höheren Sollmieten und Umlagen. Andererseits haben sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen verringert: Zum einen sind die Fremdkosten für die Instandsetzung gegenüber dem Vorjahr deutlich um über T€ 300 gesunken, zum anderen sind durch den milden Winter geringere Heizkosten entstanden (- T€ 128). Die Mietausfälle insgesamt (Erlösschmälerungen wegen Leerstand, Mietminderungen, Abschreibungen auf Forderungen, Kosten für Miet- und Räumungsklagen verrechnet mit Erträgen aus bereits abgeschriebenen Forderungen) betragen T€ 165 mithin 1,4 Prozent der Sollmieten und Umlagen (Vorjahr T€ 154 bzw. ebenfalls 1,4 Prozent der Sollmieten und Umlagen). Dabei sind erneut die Leerstandskosten etwas gesunken und die Erträge aus bereits abgeschriebenen Mietforderungen gestiegen. Unter den sonstigen ordentlichen Geschäftsvorfällen wird die Abschreibung auf Geldbeschaffungskosten gefasst, der regelmäßig kein Ertrag gegenübersteht. Im positiven

neutralen Ergebnis werden die Erträge aus Eingängen auf abgeschriebenen Forderungen, der Auflösung von sonstigen Rückstellungen und aus sonstigen Geschäftsvorfällen (geringfügig, wie Erträge aus Erstattung von Mahngebühren oder Kopierkosten) - den Aufwendungen für Konzeptentwicklungen (Marketing) und Spenden gegenübergestellt. Aufgrund der weiter gesunkenen Zinsen für Geldanlagen sind die Zinserträge dort erheblich gesunken, auch wenn sich der Kapitalmittelbestand in der zweiten Jahreshälfte wieder erhöht hat. Die Abweichung zwischen dem prognostizierten Jahresüberschuss 2014 (rd. TEUR 1.020) und dem tatsächlichen Jahresüberschuss, resultiert im Wesentlichen aus dem oben erläuterten verbesserten Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung. Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen von der Hausbewirtschaftung bestimmt. Die Ertragslage des Unternehmens ist gesichert; die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr verlief insgesamt günstig.

Wohnungsbewirtschaftung

Die Mieterträge betragen im Jahr 2014 T€ 8.264 (Vorjahr: T€ 7.932). Mehrerträge ergaben sich vornehmlich aus dem Zugang der „Siedlung Handstraße“ (Ende 2013) und dem Neubau Marktfeld 11 (Anfang 2014) mit T€ 168 (Vorjahr entfällt), sowie der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches T€ 66 (Vorjahr T€ 10), der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gemäß II. Berechnungsverordnung in Höhe von T€ 57 (Vorjahr T€ 21). Nennenswerte Erhöhungen aus Modernisierungen gab es nicht (Vorjahr T€ 32), hinzukommen kleinere Beiträge aus Erhöhungen bei Neuvermietungen von Stellplätzen und ähnlichem. Die Erlösschmälerungen aufgrund Leerstand, Mietminderungen und Eigennutzung sind um T€ 32 auf T€ 111 (Vorjahr: T€ 143) gesunken, da die Wiedervermietung gekündigter Wohnungen schneller erfolgen konnte. Die Kosten für Miet- und Räumungskosten sind annähernd gleich geblieben. Die Erträge aus bereits abgeschriebenen Forderungen haben sich mit T€ 16 im Vergleich zum vorherigen Jahr (T€ 43) verringert, während die Abschreibungen auf Mietforderungen in 2014 bei T€ 53 liegen und damit gegenüber dem letzten Jahr gestiegen sind (Vorjahr TE 38). Im Jahre 2014 wurden 158 Wohnungen (Vorjahr: 169 Wohnungen) gekündigt, so dass stichtagsbezogen ein Rückgang der Fluktuation auf 8,3 Prozent (Vorjahr 9,2 Prozent) zu verzeichnen ist. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 standen 17 Wohnungen leer (Vorjahr 25 Wohnungen).

Vermögens- und Finanzlage **Strukturbilanz**

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen	63.447	91,7	62.727	93,4	720
Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	5.781	8,3	4.433	6,6	1.348
Gesamtvermögen	69.228	100,0	67.160	100,0	2.068
Kapitalstruktur					
Eigenkapital	21.468	31,0	19.802	29,5	1.666
Fremdkapital	43.353	62,6	42.744	63,6	609
Rückstellungen und Verbindlichkeiten	4.407	6,4	4.614	6,9	- 207
Gesamtkapital	69.228	100,0	67.160	100,0	2.068

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.068, mithin um 3,1 Prozent auf den Betrag von T€ 69.228 erhöht. Beim Anlagevermögen ergab sich insgesamt eine Erhöhung um T€ 720. Den Investitionen von T€ 2.304 stehen planmäßige Abschreibungen von T€ 1.571 gegenüber. Die Differenz ergibt sich aus der Umbuchung eines Grundstücks aus dem Anlagevermögen nach Anlagen im Bau (T€ 13). Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten stieg um T€ 1.348. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus der Zunahme des Finanzmittelbestandes um T€ 1.466. Neben der Aufnahme von Darlehen mit T€ 900 wurden weniger Instandhaltungs- und Instandsetzungsmittel (T€ 304) als im Vorjahr verausgabt. Der Anteil des langfristigen Eigenkapitals der Gesellschaft am Gesamtkapital beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 31 Prozent (Vorjahr 29,5 Prozent). Es stieg somit erneut (um T€ 1.666). Das Fremdkapital stieg um T€ 609. Den Darlehenszugängen von T€ 2.864 stehen planmäßige Tilgungen von T€ 1.830 und außerplanmäßige Tilgungen von T€ 425 gegenüber. Die Rückstellungen und weiteren Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 207 auf insgesamt T€ 4.407. Sie haben somit am Stichtag 31. Dezember 2014 einen Anteil von 6,4 Prozent (Vorjahr 6,9 Prozent) an der Bilanzsumme. In den sonstigen Rückstellungen sind insbesondere die Rückstellungen für Betriebskosten (T€ 55) und für die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses (T€ 20) sowie Urlaubsrückstellungen, für Steuerberaterkosten und Jahresabschlusskosten enthalten. Die vorgesehene Ausschüttung wird in der Strukturbilanz unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die langfristigen Vermögenswerte waren zum 31. Dezember 2014 in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt. Die Liquiditätslage ist gesichert.

Mit dem Abriss und Neubau von fünfzehn Wohnungen in Bergisch Gladbach wurde im Januar des Geschäftsjahres begonnen. Die Finanzierungsmittel in Höhe von TEUR 2.208 wurden nach Baufortschritt (im Jahr 2014 T€ 1.642) abgerufen. Die Werkstatt für die eigenen Hausmeister wird aus Eigenmitteln finanziert. Unter der Ausnutzung der günstigen Finanzierungsmittel wurden zur Stärkung der Liquidität und für den Einsatz der nächsten Bauvorhaben Finanzierungsmittel von insgesamt T€ 900 aufgenommen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2014 jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Unter Einbeziehung der Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2015, sowie mittel- und langfristig sichergestellt.

Die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage der RBS verlief im Geschäftsjahr günstig. Investitionen werden durch die objektbezogene Aufnahme von Fremdmitteln auf dem Kapitalmarkt und durch öffentliche Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie durch den Einsatz von Eigenkapital finanziert.

9. Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft teilt sich flächenmäßig wie folgt auf:

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbaute	= 276.276 qm (Vj: 276.276 qm)
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	= 1.391 qm (Vj: 1.391 qm)
Wohn- und Nutzfläche insgesamt	= 277.667 qm (Vj: 277.667 qm)

Hierin sind wie auch im Vorjahr Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 18.199 qm enthalten.

Die Wohn- und Nutzfläche beträgt 117.296 qm (Vj. 117.262 qm).

Der Haus- und Wohnungsbestand stellt sich zum 31.12.2014 wie folgt dar:

	Häuser	Wohnungen	Gewerbliche Objekte	Garagen	Stellplätze
Stand 01.01.2014	353	1.941	1	251	380
Zugänge	1	6	0	0	6
Abgänge	3	14	0	0	0
Stand 31.12.2014	351	1.906	1	251	386

Dem Zugang von sechs Wohnungen unter der Adresse Marktfeld 11 in Kürten - einem Ersatzneubau mit Fertigstellung im ersten Quartal des Jahres - steht der Abgang von zwei einzelnen Einheiten (Zusammenlegung von je zwei Wohnungen zu einem Mietobjekt und einer datentechnischen Korrektur) sowie zwei Gebäuden mit elf Wohnungen Am Rübezahlwald/Lerbacher Weg in Heidkamp gegenüber. Bei letzterem entstand mit Bezug im März 2015 ein Ersatzneubau mit 15 Wohnungen und 18 Stellplätzen, die erst in 2015 im Bestand ausgewiesen werden. Zudem wurden sechs Stellplätze am Neubau in Kürten neu angelegt

10. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zu Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW wird folgendes festgestellt: Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2014 ihren satzungsgemäßen Aufgaben wie z.B. eine sichere und sozial verantwortbare und preiswerte Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung nachgekommen.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsanweisung durchgeführt.

11. Ausblick/ Chance und Risiken/ Prognosebericht

Voraussichtliche Entwicklung

Die Geschäftstätigkeit der RBS war im Berichtsjahr 2014 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet. Für die Geschäfte der RBS ist die Haushalts- und Bevölkerungsentwicklung von wesentlicher strategischer Bedeutung - ebenso die soziale und die Einkommensentwicklung. Darüber hinaus birgt die demografische Entwicklung mit der tendenziellen Überalterung der Bevölkerung Risiken. Ende Juni 2014 waren das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalens 17,6 Millionen Einwohner zu verzeichnen und damit 20.000 mehr als im Vorjahreszeitraum. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als statistisches Landesamt mitteilt, stammen diese Daten aus der Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2013 und resultieren aus einem positiven Saldo bei den Wanderungsbewegungen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden mit 279.015 Einwohnern ebenfalls mehr Bürgerinnen und Bürger zum gleichen Stichtag gezählt, wobei die Kreisstadt Bergisch Gladbach mit über 109.000 Einwohner/-innen den größten Anteil trägt. Ein wichtiger Indikator zur Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit auch des Geschäftsfeldes der RBS ist der Arbeitsmarkt. Neben der reinen Sicherung des Lebensunterhaltes spielt die Erwerbstätigkeit eine gewichtige wirtschaftliche und für den Einzelnen auch gesellschaftliche Rolle.

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, waren im Jahr 2014 um durchschnittlich 1,1 Prozent höher (im Vorjahr 1,2 Prozent niedriger als in 2012.). Die Nominallöhne waren zwar um 2,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor, während sich der Anstieg der Verbraucherpreise mit 1,1 Prozent verlangsamt. Dennoch nehmen insbesondere in NRW zu viele Haushalte an dieser Entwicklung nicht teil. Derzeit nimmt die Anzahl der Haushalte durch weitere Verkleinerung weiterhin zu. Zudem führt in der benachbarten Großstadt Köln sowohl die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt als auch die Vermutung, dass der geringe Neuwohnungsbau auch für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt wird zu einem Nachfragedruck nach bezahlbaren Wohnungen in einigen, nicht allen Regionen, in denen das Unternehmen tätig ist. Insofern wird es nicht nur derzeit, sondern auch mittel- und langfristig eine zunehmende Nachfrage nach bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen geben. Trotz der ausgesprochen guten Finanzierungssituation lassen es die gestiegenen Baukosten (Preisanstieg, Erhöhung der Anforderungen insbesondere in den Umsetzungen der Energiesparverordnungen) kaum zu, neue Wohnungen preiswert und damit bezahlbar, zumal die Nettokaltmiete im Wettbewerb mit den ständig steigenden Nebenkosten steht, zu bauen. Der Wohnungsneubau ist als Zukunftsinvestition zu sehen – und die kurz- und mittelfristige Nachfrage wo möglich im Bestand zu befriedigen.

Durch Modernisierungen und jüngere Baualtersklassen kann ein Anteil von über 70 Prozent des Bestandes der RBS als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden, für die übrigen 30 Prozent wurde inzwischen entweder ein langfristiger Plan entwickelt („Siedlung Lerbach“ in Heidkamp) bzw. steht in der Entwicklung („Siedlung Handstraße“ Erwerb Ende 2013) oder die Maßnahmen stellen sich nicht als wirtschaftlich und für die Mieter bezahlbar dar.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Gravierende oder gar bestandsgefährdende Risiken bestehen für die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft bei Aufstellung des Jahresabschlusses weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Hinsicht. Anhand der bereits vor einigen Jahren identifizierten, bewerteten und überwachten Risiken ist das Unternehmen in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Der Aufsichtsrat wird aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KontraG) über die Entwicklungen und bestehende Geschäftsrisiken regelmäßig in vertrauensvoller Zusammenarbeit informiert. Die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes bildet den Schwerpunkt der Tätigkeit des Unternehmens. Deshalb kommt den Entwicklungen und Risiken in diesem Bereich die größte Bedeutung zu. Die in den letzten Jahren schwierige gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat die institutionelle Wohnungswirtschaft in der Bundesrepublik und somit auch die RBS kaum betroffen. Die derzeitige Stabilität wird lediglich durch sich immer schneller ändernde rechtliche Rahmenbedingungen (Energiesparverordnungen, Kappungsgrenzenverordnung) beeinträchtigt.

Die Darlehensbedingungen befanden sich im Jahr 2014 weiterhin auf niedrigem Niveau; für die Zukunft bestehen deshalb in besonderem Maße Zinsänderungsrisiken: Darüber hinaus bestehen Risiken bei Änderungen der Förderbestimmungen auf Landes- und Bundesebene. Üblicherweise können auch zukünftige Änderungen gesetzlicher Vorschriften im Miet-, Bau- oder Steuerrecht die Ertragslage des Unternehmens beeinflussen. Gerade in den letzten zwei Jahren hat die Politik viele Problemlagen auf die Wohnungswirtschaft übertragen und meint europaweit die Klimaschutzziele durch erhöhte Anforderungen an den Gebäudebestand erreichen zu können. Die demografische Entwicklung im Rheinisch-Bergischen Kreis und seinem Umfeld wird Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Allein die Anpassung der Bestände an die Wohnansprüche der älteren Menschen wird erhebliche Kosten verursachen.

Aus dem unternehmerischen Handeln der RBS erwachsen jedoch nicht nur Risiken. Vielmehr eröffnen sich aufgrund der umfassenden energetischen Vitalisierung der Bestände Chancen für die Zukunft. Die Investitionspolitik ist für die nächsten Jahre als Risikobelastung für die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage zu sehen. Allerdings steigert sich zum einen der Unternehmenswert durch die Investitionen, zum anderen bleiben die Wohnungen aufgrund der besseren Ausstattung und der Senkung der Heizkosten marktfähig. Schließlich hat sich die Organisationsstruktur im Unternehmen bewährt. Gut ausgebildete und engagierte Arbeitnehmer/innen sind auch künftig für die Bewältigung der Aufgaben erforderlich.

Prognosebericht

Eine Vielzahl von Faktoren, die das Geschäft der RBS beeinflussen können, liegt außerhalb des Einflussbereiches der RBS. Die nachfolgenden Aussagen werden aus heutiger Sicht getroffen und bergen damit naturgemäß Ungewissheiten. Den wesentlichen Schwerpunkt der Planungsrechnungen der Gesellschaft bildet die Entwicklung des Hauptgeschäftsfeldes der RBS – die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes. Das erhöhte Risiko einer Konjunkturflaute kann sich durchaus auf die Kennzahlen des Unternehmens auswirken. Die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Kunden – der aktuellen und künftigen Mieterinnen und Mieter - wirkt sich entscheidend auf das wirtschaftliche Ergebnis aus, da die Nettokaltmiete die einzige Einnahmequelle des Unternehmens darstellt. In den Jahren 2015 und 2016 ist weiterhin mit einer relativ konstanten Entwicklung der Ertragslage zu rechnen. Die Wirtschaftspläne zeigen weitere, moderate Ertragssteigerung auf. Den zunehmenden Mieterträgen stehen konstant hohe Aufwendungen im Bereich der Instandsetzung und Instandhaltung gegenüber. Die Zinserträge sind kaum noch erwähnenswert. Durch Prolongationen in der Niedrigzinsphase konnten die Zinsaufwendungen in den Bestandsdarlehen des Kapitalmarktes für die nächsten Jahre deutlich reduziert werden. Nach dem Wirtschaftsplan wird für 2015 mit einem Jahresüberschuss von rd. T€ 1.160 gerechnet, im Jahr 2016 mit ca. T€ 1.180. Die durchschnittliche Nettokaltmiete wird sich bei einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen.

Auch in 2015 wird davon ausgegangen, dass bis auf vereinzelte Leerstände eine Vollvermietung der Wohnungsbestände erreicht und die Leerstandsquote nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr bleiben wird.

Die Vermögens- und Finanzlage wird sich wie in den vergangenen Jahren prognostiziert und eingetreten in den nächsten beiden Jahren weiterhin als stabil erweisen. Die Bewirtschaftung der Wohnungsbestände ist nachhaltig angelegt, beispielsweise werden Investitionen in ein Neubauprojekt über einen Zeitraum von fünfzig Jahren dargestellt. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im langfristigen Zeitraum, nicht kurz- und mittelfristig.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Wirtschaftliche Daten der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft

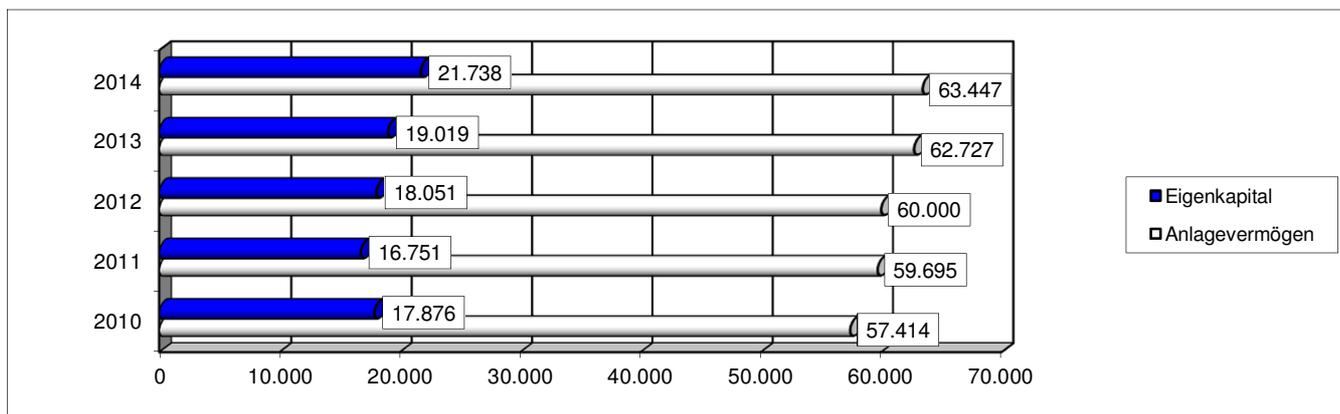
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in TEUR

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	2	3	2	-1
Sachanlagen	57.413	59.694	59.998	62.724	63.445	721
Finanzanlagen						0
Anlagevermögen	57.414	59.695	60.000	62.727	63.447	720
Unfertige Leistungen	3.116	3.146	3.259	3.417	3.349	-68
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	252	216	174	149	96	-53
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	0	0	0
Flüssige Mittel	4.758	4.231	5.142	850	2.317	1.467
Umlaufvermögen	8.126	7.593	8.575	4.416	5.762	1.346
Rechnungsabgrenzungsposten	35	31	23	17	19	2
Bilanzsumme	65.575	67.319	68.598	67.160	69.228	2.068

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	4.500	3.368	3.368	3.368	3.368	0
Gewinnrücklagen	12.010	12.115	13.270	14.537	16.515	1.978
Bilanzgewinn (ohne Dividende)	1.366	1.268	1.413	1.114	1.855	741
Eigenkapital	17.876	16.751	18.051	19.019	21.738	2.719
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	127	81	82	87	134	47
Verbindlichkeiten	47.111	48.743	49.127	47.982	47.286	-696
Rechnungsabgrenzungsposten			59	72	70	-2
Bilanzsumme	65.114	65.575	67.319	67.160	69.228	2.068

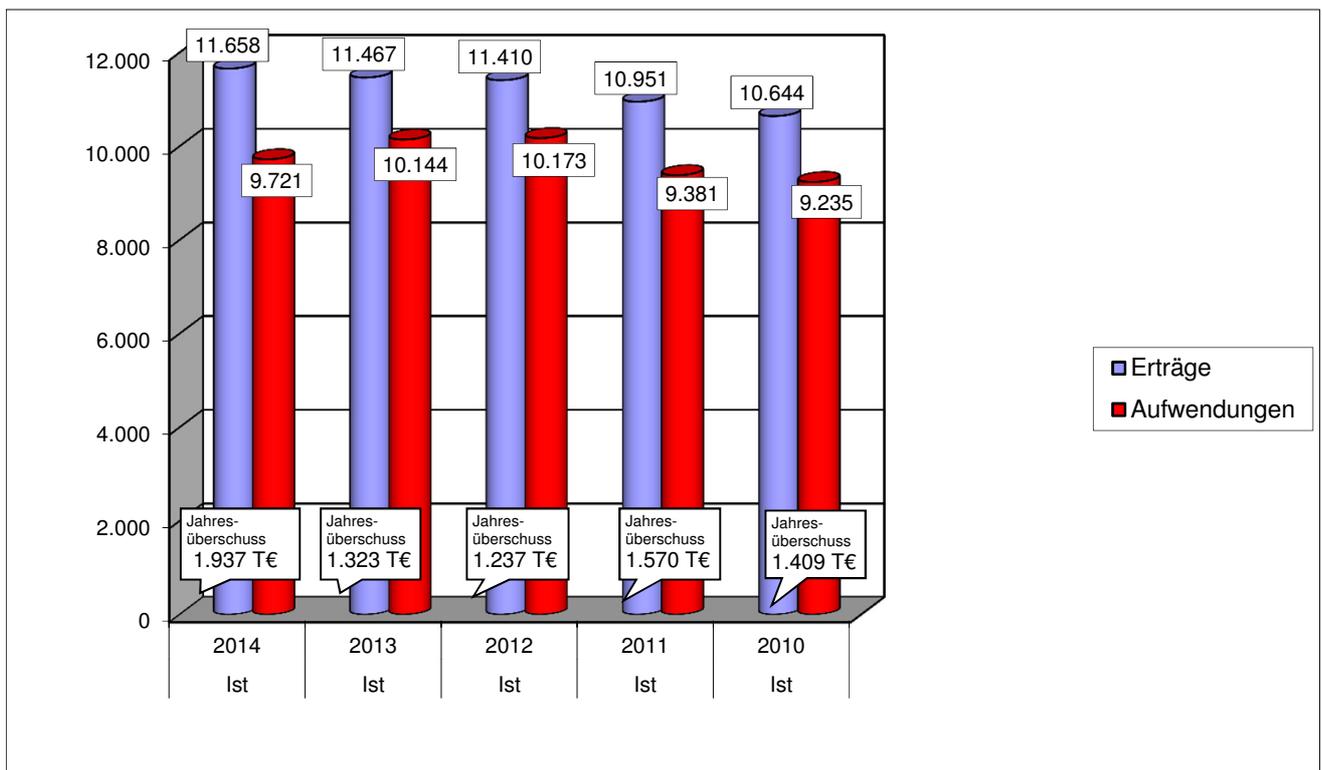
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14/ Ist 13
1. Umsatzerlöse	11.800	11.606	11.089	10.870	10.581	10.520	517
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	100	-52	196	150	92	-81	-248
3. Sonstige betriebliche Erträge	100	100	153	307	212	132	-53
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	12.000	11.654	11.438	11.327	10.885	10.571	216
5. Personalaufwand	-1.110	-1.139	-1.108	-1.029	-982	-962	-31
6. Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-6.700	-5.331	-5.742	-5.750	-5.260	-5.305	411
7. Abschreibungen	-1.580	-1.570	-1.534	-1.679	-1.493	-1.409	-36
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-370	-369	-379	-381	-333	-348	10
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-9.760	-8.409	-8.763	-8.839	-8.068	-8.024	354
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50	4	29	83	66	73	-25
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-895	-934	-1.085	-1.039	-1.028	-952	151
12. Finanzergebnis (10+11)	-845	-930	-1.056	-956	-962	-879	126
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	1.395	2.315	1.619	1.532	1.855	1.668	696
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-25	-88	-12	-13	-10	-11	-76
15. Sonstige Steuern	-250	-290	-284	-282	-275	-248	-6
16. Jahresüberschuss (13+14+15)	1.120	1.937	1.323	1.237	1.570	1.409	614

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Rhein.Berg.Siedlungsgesellschaft mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	87,6%	88,7%	93,4%	93,4%	91,6%
Umlaufintensität in %	12,4%	11,3%	6,6%	6,6%	8,3%
Investitionsquote	8,4%	6,3%	3,2%	6,8%	3,6%
Reinvestitionsquote	341,8%	252,6%	129,3%	278,6%	146,8%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	25,5%	26,8%	28,3%	29,9%	31,4%
Fremdkapitalquote in %	74,5%	73,2%	72,3%	70,1%	68,6%
Anlagendeckung I in %	29,2%	30,2%	30,3%	32,0%	34,3%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	3.484 T€	2.993 T€	2.624 T€	3.077 T€	3.432 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	12,9%	14,1%	9,6%	11,7%	17,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	8,4%	8,7%	6,5%	6,6%	8,9%
Gesamtkapitalrentabilität in %	3,6%	3,9%	3,4%	3,6%	2,9%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	9,1%	9,3%	9,5%	10,0%	9,8%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt/ Ertrag					
ausgezahlte Nettodividende	99.909 €	99.746 €	99.746 €	99.746 €	99.746 €

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS i.L.)
Sitz	Scheidtweilerstrasse 38, 50933 Köln
Gründung	17.05.1974
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.12.2009
Handelsregister	HRB 6597 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn sowie der P+R- bzw. B+R-Anlagen im Verkehrsraum Köln/Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit das mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelne Nahverkehrsbetriebe oder Regionalgesellschaften übertragen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Jahre 2014 fand eine Gesellschafterversammlung und ein schriftlicher Gesellschafterbeschluss statt.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2010 aufgelöst, da der Gesellschaftsvertrag mit Beschluss vom 21.12.2009 neu gefasst wurde. Die Eintragung der Änderung erfolgte am 02.03.2010 im Handelsregister.

3.3 Geschäftsführer

Die Geschäftsführung besteht gemäß §13 des Gesellschaftsvertrages aus mindestens zwei Geschäftsführern. Die Gesellschaft wurde durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Die Geschäftsführung oblag in 2014 Herrn Heinz Jürgen Reining und Herrn Jörn Schwarze. Prokurist war Herr Ivo Füssgen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Bezüge der Geschäftsführer auf ca. 13 T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt und beträgt **778.240 €**.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Köln	389.120,-	50,00
Bundesstadt Bonn	158.720,-	20,39
Stadt Bergisch Gladbach	25.600,-	3,29
Stadt Brühl	25.600,-	3,29
Stadt Königswinter	20.480,-	2,63
Stadt Siegburg	20.480,-	2,63
Stadt Sankt Augustin	20.480,-	2,63
Stadt Bad Honnef	15.360,-	1,97
Stadt Bornheim	15.360,-	1,97
Stadt Wesseling	15.360,-	1,97
Stadt Hürth	30.720,-	3,95
Gemeinde Alfter	10.240,-	1,32
Rhein-Erft-Kreis	10.240,-	1,32
Rhein-Sieg-Kreis	10.240,-	1,32
Stadt Niederkassel	10.240,-	1,32
Gesamt	778.240,-	100,00

5. Beschäftigte

In 2014 wurden durchschnittlich drei Mitarbeiter (davon 2 Geschäftsführer/Liquidatoren) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die West-Rhein-Treuhand Zacharias & Demmer oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Umsatzerlöse fielen im Berichtsjahr nicht an, da keine Projekte abgerechnet wurden.

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 208.573,17 € (VJ. 7.206.890,45 €) ab.

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages von 11.513 T€ und in 2014 eingeforderten Nachschüssen der Gesellschafter von 257 T€, wird zum 31.12.2014 ein Bilanzverlust von 11.465 T€ ausgewiesen.

Dieser Verlust übersteigt das Eigenkapital um 10.687 T€, das als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen werden.

Zur Abwendung insolvenzrechtlicher Antragspflichten haben sich die Gesellschafter auf Vorschlag der Liquidatoren verpflichtet, den Jahresfehlbetrag 2014 bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (207 T€) und den Jahresfehlbetrag 2015 - soweit dieser das restliche Eigenkapital der Gesellschaft übersteigt – bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (177 T€) durch Nachschüsse gemäß § 7 Abs. (2) bis (4) des Gesellschaftsvertrages auszugleichen. Die endgültige Nachschusshöhe wird – unter Berücksichtigung bereits eingeforderter Vorauszahlungen - im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse 2014 bzw. 2015 festgelegt.

Zur Abdeckung des darüber hinaus gehenden Betrages von rd. 10.680 T€ liegen Freistellungserklärungen der KVB AG und der HGK AG aus den Jahren 2011 über 3.680 T€ und 2014 über 7.000 T€ vor, so dass die Einleitung des Insolvenzverfahrens abgewendet werden kann. Die auf den Betrag von 3.680 T€ beschränkte Freistellungserklärung – nur KVB AG – betrifft die Maßnahme P+R Frankfurter Straße, P+R Haus Vorst und P+R Weiden West, die über 7.000 T€ die Linie 18 und den Haltepunkt Bornheim Rathaus.

Für den darüber hinausgehenden Betrag des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags bestehen Rückgriffsmöglichkeiten, so dass eine Insolvenz trotz der bilanziellen Überschuldung nicht vorliegt.

Der voraussichtliche Zeitpunkt der Löschung der Gesellschaft ist derzeit nicht vorherzubestimmen. Er ist u.a. von der Abwicklung, Abrechnung und Prüfung aller Zuschussmaßnahmen durch die Bewilligungsbehörde abhängig. (Die Gesellschafterversammlung beschloss im Dezember 2007 einstimmig die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008.)

9. Technische Daten/ Fördermittel

In den Vereinbarungen für die einzelnen Investitionsmaßnahmen zwischen der Gesellschaft, den Verkehrsbetrieben und den Kommunen haben sich die Städte Köln, Brühl, Hürth und die Gemeinde Alfter verpflichtet, der SRS i.L. einen Zuschuss zu den Baukosten der jeweiligen Anlage in Höhe von 10 % der nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) zuwendungsfähigen Baukosten zuzüglich der nicht nach GVFG bzw. ÖPNVG NRW zuwendungsfähigen Baukosten zu gewähren.

Die ausgewiesenen Zuschussforderungen betreffen mit 33,7 T€ die P+R-Anlage Köln-Weiden West.

Der Forderungsbestand per 31.12.2014 ist durch eine Debitoren-Saldenliste nachgewiesen.

Zum Zeitpunkt der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer – 12. Juni 2015 – waren die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 38.646,76 € noch nicht bezahlt.

Zu Zuschussrückforderungen:

Für ein laufendes Prüfungsverfahren des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Köln (Prüfbericht 30.08.2010) hat die Gesellschaft für mögliche Zuschussrückforderungen und zurückzahlende Zinsen der Maßnahme P+R-Anlage Frankfurter Straße und B-R-Anlage Kiebitzweg im Vorjahr eine Rückstellung in Höhe von insgesamt 180 T€ gebildet.

Für das potentielle Risiko weiterer Zuschussrückforderungen aufgrund künftiger Prüfungen der zuschusstechnisch noch nicht abgeschlossenen Maßnahme wurde im Geschäftsjahr 2010

darüber hinaus ein Betrag von insgesamt 3.500 T€ zurückgestellt, der auf einer Risikobeurteilung der Liquidatoren basiert. Die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen wurden in unveränderter Höhe zum 31.12.2014 beibehalten.

Die Liquidatoren sind auf Grundlage der Untersuchung der Rechtsanwaltskanzlei CBH in einer neuen Risikobeurteilung zu dem Ergebnis gelangt, dass für zwei weitere Fördermaßnahmen (Linie 18 um Haltepunkt Bornheim Rathaus) eine weitere Rückstellung von 7 Mio. € für potentielle Zuschussrückforderungen zu bilden ist.

Zu Zuschüsse:

Die Gesellschaft bearbeitet und beantragt die öffentlichen Zuschüsse zur Planung, zur Umrüstung und zum Ausbau von Strecken auf Stadtbahnbetrieb sowie zum Bau von P+R-Anlagen. Die erhaltenen Zuschüsse werden an die einzelnen Verkehrsbetriebe weitergeleitet.

Sie setzten sich wie folgt zusammen:

Zuschüsse für

	2014	2013
Ausbau und Verlängerung der Stadtbahnlinie 1	50.784,18 €	wie vor
den Ausbau der Vorgebirgsbahn	77.796,87 €	wie vor
die Erhöhung der Bahnsteige Efferen und Kiebitzweg	45.066,11 €	wie vor
die P+R-Anlage Gemeinde Windeck	38.067,46 €	wie vor
die P+R-Anlage und Buswendeanlage Alfter-Witterschlick	79.703,14 €	18.330,00 €
die Erhöhung der Bahnsteige der Rheinuferbahn	<u>1.028,59 €</u>	<u>1.028,59 €</u>
Gesamt	291.417,76 €	231.073,21€

Zum Zeitpunkt der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer – 12. Juni 2015 – waren die Zuschüsse bis auf einen Betrag von 246.351,65 € noch nicht weitergeleitet worden.

10. Ausblick

Eine Feststellung der finanziellen Risiken aus der Liquidation führte im Wesentlichen zu dem nachfolgenden Ergebnis.

Im Geschäftsfeld der Zuschussverwaltung öffentlicher Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist die SRS i.L. Erstempfängerin der beantragten Zuschüsse und daher mit allen Rechten und Pflichten innerhalb der Zweckbindungsdauer gegenüber der Zuschussbehörde für die entsprechende Zweckverwendung verantwortlich. Um die zivilrechtlichen Voraussetzungen der Liquidation zu schaffen – Abwicklung aller Forderungen und Verbindlichkeiten–, ist mit der Bewilligungsbehörde der Übergang aller mit den Zuwendungsbescheiden verbundenen Rechte und Pflichten auf den Letztempfänger der Maßnahme abschließend zu regeln, um Rückzahlungsrisiken wegen Fehlverwendung abzuwenden. Ebenso sind die mit den Gemeinden getroffenen Vereinbarungen über die Restfinanzierung auf den Letztempfänger der Fördermittel zu übertragen.

Ferner sind erworbene Gewährleistungsansprüche aus der Bauträgertätigkeit der SRS i.L., die innerhalb der vertraglichen Gewährleistungszeit liegen, auf die Eigentümer der Anlagen zu übertragen, um mögliche Ansprüche bis zum Ende der jeweiligen Gewährleistungszeiträume aufrechtzuerhalten. Ebenso wie bei der Zuschussverwaltung ist in Abstimmung mit der Bewil-

ligungsbehörde die Übertragung aller Auflagen und Bestimmungen der Zuwendungsbescheide auf den übernehmenden Rechtsträger zu regeln, um die SRS i.L. aus der Haftung zu entlassen.

Für das Risiko möglicher Zuschussrückforderungen aufgrund aktueller bzw. zukünftiger Prüfungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes bestehen Rückstellungen von 10.680 T€. Inwieweit durch die anstehende Überprüfungen weiterer Rückstellungsbedarf entstehen kann, ist zurzeit noch nicht erkennbar. Weitere Rückforderungsansprüche könnten die geordnete Liquidation und damit die Existenz des Unternehmens gefährden. Die Liquidatoren haben zur Identifizierung weiterer potentieller Risiken und deren Abwehr gutachterliche Stellungnahmen eingeholt.

Neben den anstehenden Prüfungen der Zuschussmaßnahmen liegen keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vor, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind und einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Operative Risiken, die einer geordneten Liquidation der Gesellschaft entgegenstehen, bestehen nicht.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte unter folgender Einschränkung:

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln hat in 2010 die Zuweisungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG NRW) für Baumaßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. geprüft. Nach den Feststellungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes sind die Auftragsvergaben teilweise nicht entsprechend den zuwendungsrechtlichen Vorschriften erfolgt. Vergabeverstöße können, je nach Grad des Verstoßes, zu Zuschussrückforderungen führen. Über das potentielle Vorhandensein weiterer Vergabeverstöße bei abgerechneten und noch nicht abgerechneten Maßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. kann derzeit keine hinreichende Aussage getroffen werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Jahresabschluss bezüglich nicht vollständig passivierter Zuschussrückforderungen fehlerhaft ist.

Wirtschaftliche Daten der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

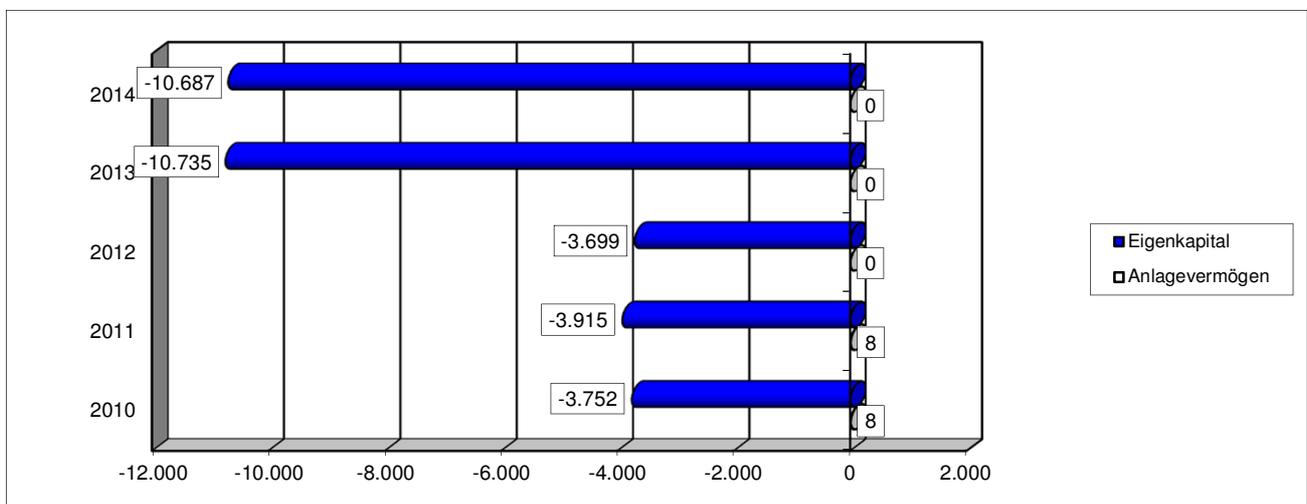
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	8	8	0	0	0	0
Anlagevermögen	8	8	0	0	0	0
Vorräte	236	199	153	153	153	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	66	72	206	68	168	100
Flüssige Mittel	628	268	182	129	28	-101
Umlaufvermögen	930	539	541	350	349	-1
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	3.752	3.915	3.699	10.735	10.687	-48
Bilanzsumme	4.690	4.462	4.240	11.085	11.036	-49

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	778	778	778	778	778	0
Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0
Bilanzverlust	-4.530	-4.693	-4.477	-11.513	-11.465	48
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	3.752	3.915	3.699	10.735	10.687	-48
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	4.085	4.128	3.903	10.702	10.703	1
Verbindlichkeiten	605	334	337	383	333	-50
Bilanzsumme	4.690	4.462	4.240	11.085	11.036	-49

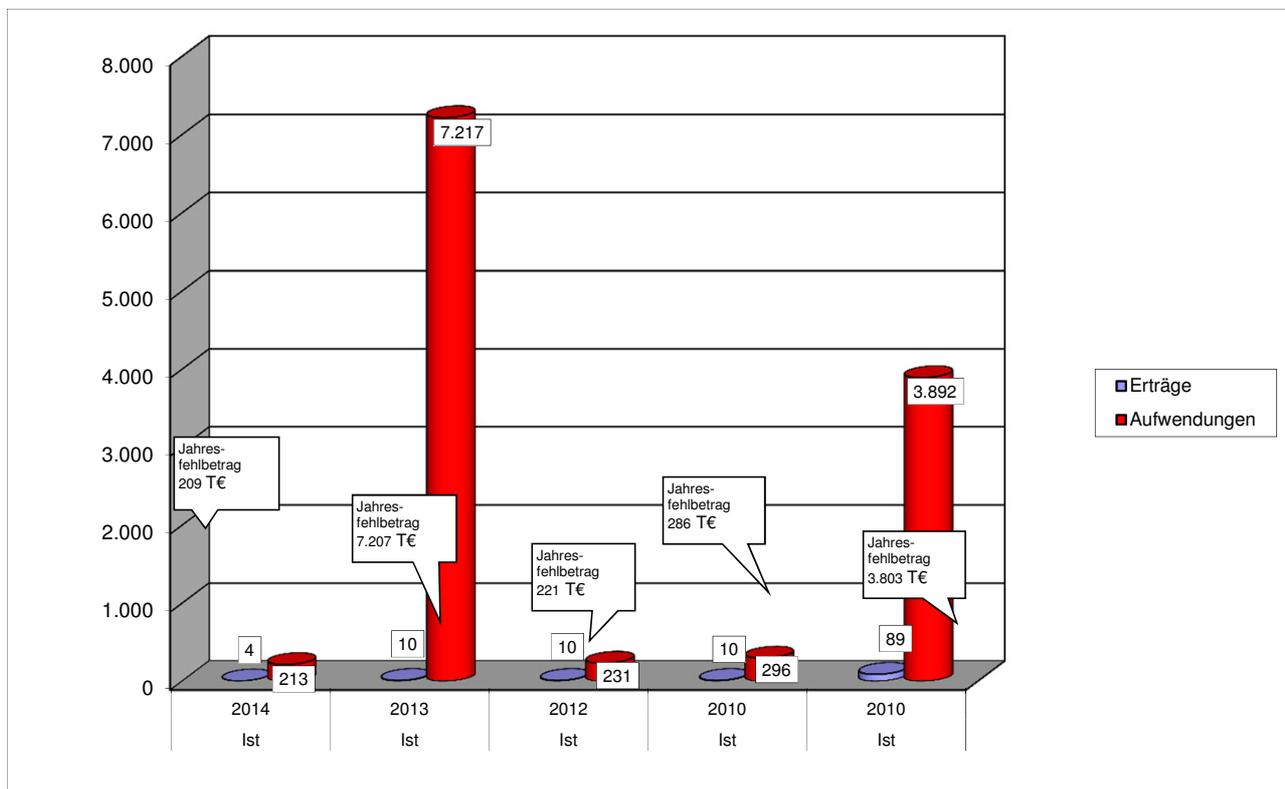
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	155	0	0	51	0	0	0
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-155	0	0	-46	8	86	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	4	10	5	0	1	-6
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	0	4	10	10	8	87	-6
5. Materialaufwand	0	0	0	0	-8	-103	0
6. Personalaufwand	-20	-19	-27	-19	-18	-16	8
7. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-185	-194	-188	-204	-244	-93	-6
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-205	-213	-215	-223	-270	-212	2
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	2	2	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	0	0	0	0	0	0
12. Finanzergebnis (10+11)	-2	0	0	0	2	2	0
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	-207	-209	-205	-213	-260	-123	-4
14. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (12+13+14)	-207	-209	-205	-213	-260	-123	-4
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-7.002	-8	-26	-3.680	7.002
18. Jahresfehlbetrag	-207	-209	-7.207	-221	-286	-3.803	6.998

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,2%	0,2%	-	-	-
Umlaufintensität in %	19,8%	12,1%	3,2%	3,2%	3,2%
Investitionsquote	-	-	-	-	-
Reinvestitionsquote	-	-	-	-	-
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	-80,0%	-87,7%	96,8%	-96,8%	-96,8%
Fremdkapitalquote in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Anlagendeckung I in %	-46900,0%	-48937,5%	-	-	-
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-	-	19,6%	-	-
Eigenkapitalrentabilität in %	-101,4%	-7,3%	-6,0%	-67,1%	-2,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-81,1%	-6,4%	-5,2%	-65,0%	-1,9%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	-	-	37,3%	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Nachschuss	4.353,78 €	4.055,24 €	2.331,43 €	6.805,61 €	4.935,00 €

Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
Sitz	Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	06.12.1979
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.12.1979, letzte Änderung 19.08.2013 (Stammkapitalerhöhung durch Euro-Umstellung)
Handelsregister	HB B 45717 beim Amtsgericht Köln (vor Zuständigkeitswechsel HR B 2002 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01.01.1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus. In der Gesellschafterversammlung wird nach Geschäftsanteilen abgestimmt. Je 511,29 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet drei Mitglieder. Der Bürgermeister ist geborenes Mitglied, während die zwei weiteren Mitglieder vom Rat der Stadt gewählt werden. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet je ein Mitglied. Jedes Mitglied hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Recht, einen Stellvertreter zu bestimmen.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Lutz Urbach, Bürgermeister. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2014 wie folgt zusammen:
Von der Stadt Bergisch Gladbach benannt:

Mitglieder

Lutz Urbach, Bürgermeister

Birgit Bischoff, Stadtverordnete

Nikolaus Kleiner, Stadtverordneter

Von den anderen Gesellschaftern benannt:

Stellvertreter

Es ist kein Stellvertreter bestimmt.

Mechtild Münzer, Stadtverordnete

Andreas Eberz, Stadtverordneter

MitgliederHerr Rainer Adolphs
1. Vorsitzender -Stadtsportverband-Herr Heinz-Peter Clodius
GeschäftsführerHerr Reinhard Paas
Rechtsanwalt
-Eigentümergeinschaft-StellvertreterHerr Felix Bertenrath
2. stellvertretender Vorsitzender
-Sportverband-Herr Marco Schmitz
GeschäftsführerHerr Gregor Mühe
Rechtsanwalt

Im Geschäftsjahr 2014 haben zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

3.3 Geschäftsführung

Als alleiniger Geschäftsführer ist Herr Norbert Pfennings bestellt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 19.08.2013 von 30.677,51 € auf 30.900 € erhöht.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich z. Zt. wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	15.450	50,00
Eigentümergeinschaft Bergischer Löwe	5.150	16,67
Gesellschaft Erholung e.V.	5.150	16,67
Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V.	5.150	16,67

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2014 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 13 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren neben dem Geschäftsführer 7 Mitarbeiter Angestellte und 5 Mitarbeiter Bühnen-/Hausmeister.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Billstein, Mehlis, Osenau mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 hat die Gesellschaft für Strom in der Tiefgarage eine Zahlung in Höhe von 10.690 € von dem Stadtentwicklungsbetrieb erhalten. Außerdem vereinnahmte sie vom SEB AöR 20.000 € Netto für Werbung.

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach GmbH zahlte eine Raummiete von 3.917€ an die Bürgerhaus Bergischer Löwen GmbH für die Bürgerversammlung "Künftige Energieversorgung der Stadt".

8. Geschäftsverlauf

Die (konsolidierten) Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 42. Die Erlöse im Hauptbereich stiegen um T€ 27 und die Erlöse im Veranstaltungsbereich um T€ 15.

Der Umsatzanstieg im Theaterbereich ist eine Folge höherer Einnahmen aus Kartenverkäufen. Die Verminderung des Umsatzes wegen der Einstellung des Abonnements-Angebotes konnte durch höhere Umsätze aus dem Verkauf von Einzelkarten mehr als kompensiert werden.

Die Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen im Theaterbereich erhöhten sich verglichen mit dem Umsatzanstieg nur moderat (T€ 7). Demgegenüber blieben die Aufwendungen im Hauptbereich im Vergleich zu 2013 trotz umfangreicher Vermietung nahezu unverändert.

Die Stadt stellte dem Hauptbereich für 2014 einen Zuschuss in Höhe von T€ 448 zur Verfügung. Der städtische Zuschuss für den Theaterbereich belief sich für 2014 auf T€ 330.

Die Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich im Vergleich zu 2013 um T€ 24.

Der Überschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich in 2014 auf T€ 76.

Im Hauptbereich und im Theaterbereich wurde jeweils ein Jahresüberschuss von T€ 19 erwirtschaftet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren Anlagenzugänge in Höhe von T€ 1 zu verzeichnen.

Neben dem Geschäftsführer sind bei der Gesellschaft sieben Verwaltungs-Angestellte, fünf Bühnen- und Hausmeister sowie diverse kurzfristige Aushilfskräfte beschäftigt. Die Vergütung des Personals ist grundsätzlich am BAT ausgerichtet. Die Personalaufwendungen sind im Haupt- und Theaterbereich gegenüber dem Vorjahr bedingt durch tarifliche Gehaltsanpassungen sowie höhere Urlaubsrückstellungen aufgrund der Erkrankung eines Mitarbeiters gestiegen. Insgesamt erhöhten sich die Personalkosten um T€ 9.

Das neutrale Ergebnis ist um T€ 21 gesunken, was auf höhere Kostennachbelastungen für Vorjahre sowie auf geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen ist.

Veranstaltungsbereich (Theaterbetrieb)

Die Anzahl der Theaterveranstaltungen wurde im Vergleich zum Vorjahr in geringem Umfang erhöht. Positiv zu verzeichnen ist, die - verglichen mit 2013 - bessere durchschnittliche Besucherauslastung im Veranstaltungsbereich.

Hauptbereich

Ebenfalls wurden die Räume öfter an Veranstalter vermietet. Erstmals seit 12 Jahren gab es wieder einen Auftritt der „Wise Guys“, die sonst nur in sehr viel größeren Hallen spielen. Die gut ausgestattete Bühne wurde zwar häufig angemietet, um zu proben, doch ein Konzert für die Bergisch Gladbacher gab es erst im September 2014. Bei einem Ticketpreis von € 12,00 war die Veranstaltung in kürzester Zeit ausverkauft. Die VR-Bank hat sich neben ihren jährlichen Mitglieder- und Vertreterversammlungen stärker im Löwen engagiert. Neben dem schon viele Jahre andauernden Sponsoring der Meisterkonzerte, buchte die Bank den großen Saal für ein Konzert des Kölner Jugendchors St. Stephan. Nur Mitglieder der Bank konnten Karten zum Preis von € 5,00 kaufen und der Abend war ein voller Erfolg und wird im kommenden Jahr wiederholt.

Bei den Ballettschulen hat das Haus weiterhin einen sehr guten Ruf. Die meisten Schulen kommen in regelmäßigen Abständen zu uns, um ihre Arbeit zu präsentieren. Meist werden zu den Wochenenden noch 3 bis 4 Probenstage benötigt, damit alles sorgfältig vorbereitet werden kann.

Abschlussfeiern der Schulen finden ebenso regelmäßig statt. Diese Feiern passen gut in unseren Spielplan, da die Zeit vor den Sommerferien nicht übermäßig ausgelastet ist.

Haus und Grund hat ihre Mitgliederversammlung erstmals im Bürgerhaus abgehalten und schon während der Versammlung wurde entschieden, diesen Ort auch in den kommenden Jahren zu buchen.

Im November gab es erstmals ein Mitsing-Konzert im unbestuhlten großen Saal. „Frau Höpker bittet zum Gesang“ – nach den ausverkauften Konzerten in Köln und Umgebung folgten nun auch 1.000 Besucher dem Ruf in den Löwen.

Die Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen betreffen insbesondere die Honorare für die vom Theaterbereich engagierten Künstler und Ensembles.

9. Ausblick

Zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft enthält der Lagebericht der Geschäftsführung folgende wesentliche Aussagen:

- mäßige Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft
- Abhängigkeit der Gesellschaft von den Zuschüssen der Stadt
- Nahezu ausgeglichenes Ergebnis für 2014 im Hauptbereich
- positives Ergebnis für 2014 im Veranstaltungsbereich

Die Geschäftsleitung geht aufgrund der vertraglichen Neuregelung der Zuschussgewährung vom 31.01.2014 bezüglich der künftigen Entwicklung davon aus, für den Theaterbereich zumindest bis einschließlich 2015 von der Stadt einen jährlichen Zuschuss von T€ 330 zu erhalten. Darüber hinaus rechnet die Geschäftsführung weder des mit dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR geschlossene Werbeverträge zumindest für 2015 eine weitere Einnahme von T€ 20 zu erhalten.

Der vom Aufsichtsrat genehmigte Wirtschaftsplan für 2015 weist für den Theaterbereich einen Jahresfehlbetrag von T€ 4 aus, für den Hauptbereich prognostiziert der Plan ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Die derzeitige Gebrauchsfähigkeit des Hauses wird nur dann beibehalten werden können, wenn die Höhe des für den Hauptbereich zur Verfügung gestellten Zuschuss unter der Berücksichtigung der voraussichtlichen Kostenentwicklungen festgesetzt wird. Der Zuschuss im Hauptbereich beträgt für 2015 insgesamt T€ 448.

Das Eigenkapital steigt in 2014 aufgrund der Jahresüberschüsse aus Haupt- und Veranstaltungsbereich um T€ 38 auf T€ 276. Es beinhaltet jedoch mit T€ 83 eine Rücklage, welche im Jahr 2010 lediglich aufgrund einer gesetzlichen Bewertungsänderung der Pachterneuerungsverpflichtung einzustellen war. Zur Risikominderung sollte die Eigenkapitaldecke der Gesellschaft daher weiter gestärkt werden. In beiden Bereichen kann die Gesellschaft den zukünftigen Risiken im Wesentlichen nur durch Kosteneinsparungen und Preisanpassungen entgegen treten.

Zur Sicherung der Lebensfähigkeit der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH ist es notwendig, dass die Stadt Bergisch Gladbach auch in Zukunft Zuschüsse an den Haupt- und Veranstaltungsbereich in der erforderlichen Höhe leistet.

Wirtschaftliche Daten der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

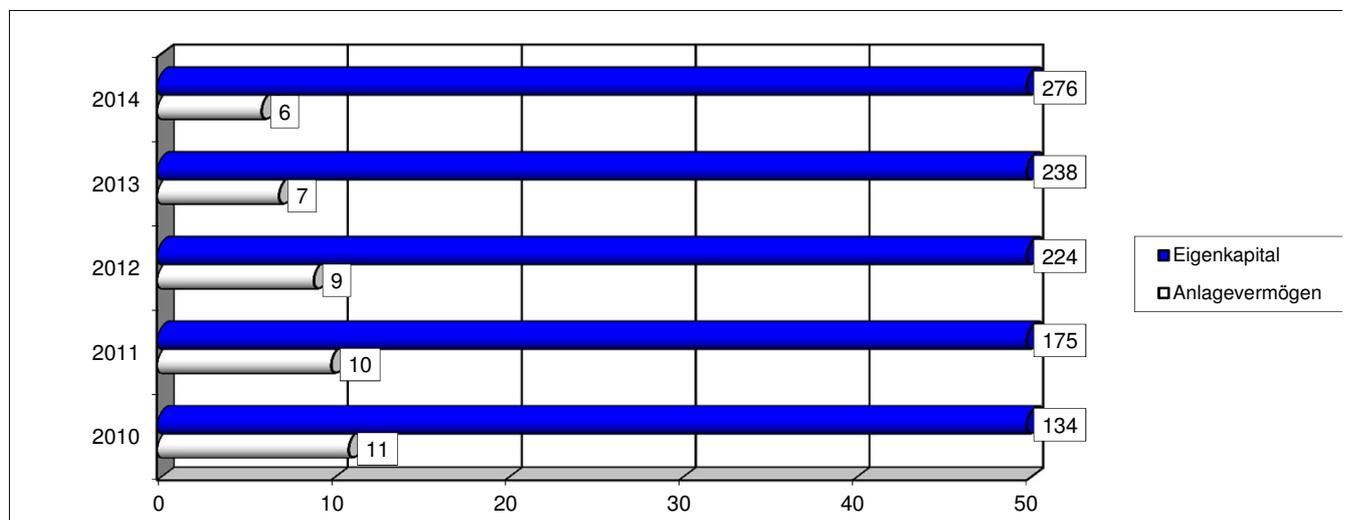
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0,008	0
Sachanlagen	11	10	9	7	6	-1
Anlagevermögen	11	10	9	7	6	-1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15	19	42	53	23	-30
Flüssige Mittel	675	730	828	875	996	121
Umlaufvermögen	690	749	870	928	1.020	92
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1	1	359	358
Bilanzsumme	702	760	880	936	1.025	89

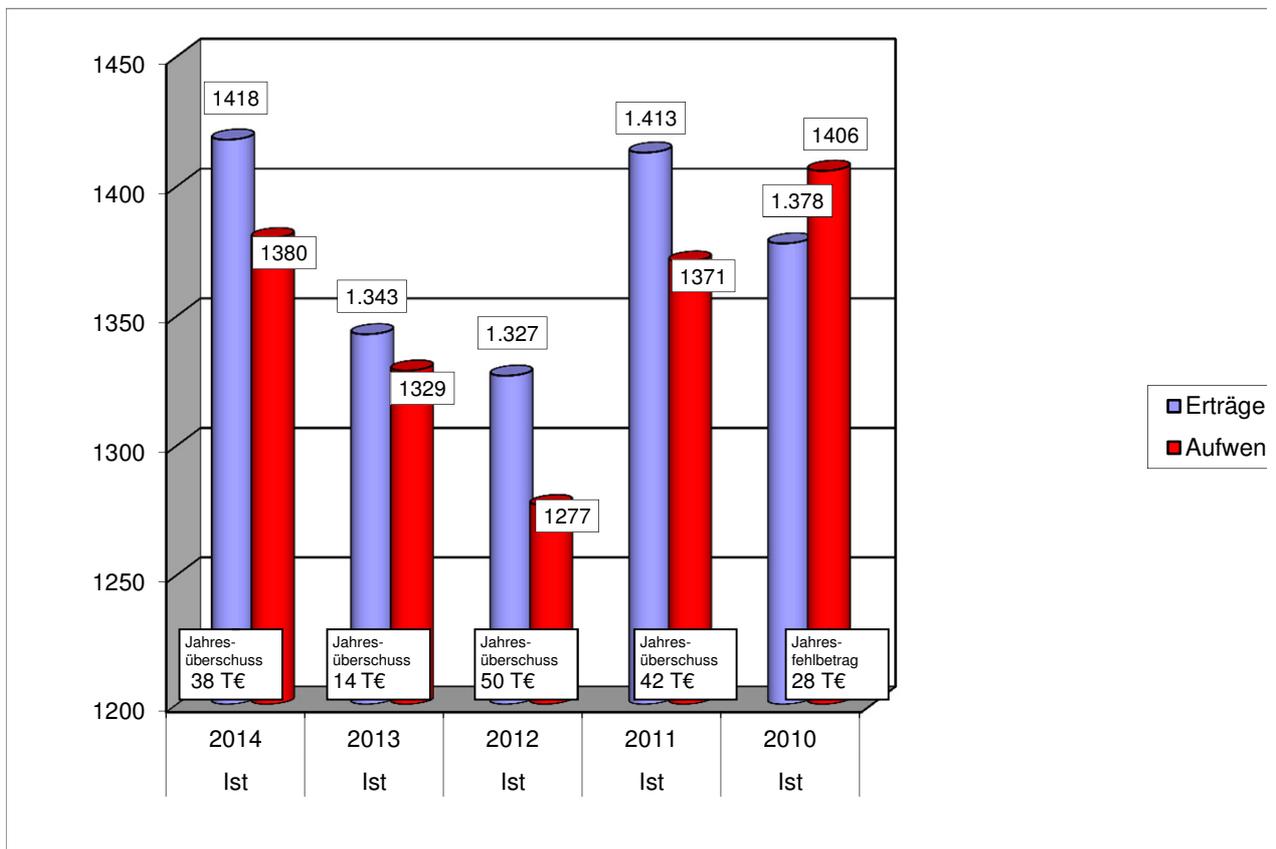
PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	31	31	31	31	31	0
Bilanzgewinn	-28	0	0	11	0	-11
Jahresüberschuss	0	0	0	0	38	38
Gewinnrücklagen	131	144	193	196	207	11
Eigenkapital	134	175	224	238	276	38
So. Rückstellungen	349	363	413	462	523	61
Verbindlichkeiten	219	222	243	236	226	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	359	359
Bilanzsumme	702	760	880	936	1.025	89

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010
1. Umsatzerlöse	501	570	475	467	507	514
2. Sonstige betriebliche Erträge	841	839	853	847	868	848
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.342	1409	1.328	1.314	1.375	1.362
4. Materialaufwand	-182	-232	-188	-176	-226	-254
5. Personalaufwand	-525	-513	-503	-489	-498	-526
6. Abschreibungen	-4	-3	-4	-4	-3	-3
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-571	-577	-574	-557	-586	-570
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1.282	-1.325	-1.269	-1.226	-1.313	-1.353
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	9	15	13	38	16
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14	-17	-22	-13	-14	-13
11. Finanzergebnis (9+10)	0	-8	-7	0	24	3
12. Ergebnis vor Steuern (3+8+11)	60	76	52	88	86	12
13. Sonstige Steuern	-40	-38	-38	-38	-44	-40
14. Jahresüberschuss (12+13)	20	38	14	50	42	-28

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	1,6%	1,3%	1,0%	0,7%	0,6%
Umlaufintensität in %	98,4%	98,6%	98,9%	99,1%	99,5%
Investitionsquote	36,4%	30,0%	33,3%	28,6%	33,3%
Reinvestitionsquote	133,3%	100,0%	75,0%	50,0%	66,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	19,1%	23,0%	25,5%	25,4%	26,9%
Fremdkapitalquote in %	80,9%	77,0%	74,5%	74,6%	73,1%
Anlagendeckung I in %	1218,2%	1750,0%	2488,9%	3400,0%	4600,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-20 T€	58 T€	101 T€	49 T€	124T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	2,3%	-0,4%	12,2%	2,3%	0,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	-20,9%	24,0%	22,3%	5,9%	13,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-5,8%	10,5%	6,5%	5,2%	3,7%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	102,3%	98,2%	104,7%	105,9%	90,0%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt*					
Zuschuss Theater	350.200 €	350.200 €	350.200 €	350.200 €	330.200 €
Verlustabdeckender Zuschuss	423.350 €	423.350 €	423.350 €	423.350 €	447.802 €
Investitionszuschuss	20.452 €	20.452 €	20.452 €	20.452 €	0 €
	<u>794.002 €</u>	<u>794.002 €</u>	<u>794.002 €</u>	<u>794.002 €</u>	<u>778.002 €</u>

* Bei den dargestellten Zahlen ist Aufwand und Auszahlung identisch.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Straße, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 4663 beim Amtsgericht Köln (letzter Eintrag 06.11.2014)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stephan Schmickler, Stadtbaurat.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Stadt Bergisch Gladbach) tätig.

Nebenberufliche Geschäftsführer sind Herr Volker Suermann (Düsseldorf) bis 30.09.14, Herr Dr. Erik Werdel (Overath) ab 01.10.14 und Herr Stefan Dürselen (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	4
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmer.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Geschäftsverlauf

Seit 20 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert.

Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Bergleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 709 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2014 wurden insgesamt 247 Unternehmen gegründet.

Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 86 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2014 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von der zum 31.12.2014 angemieteten, vermietbaren Fläche in der Größenordnung von ca. 2.700 m² waren rd. 2.400 m² belegt. (Eigennutzung TZ ist ausgenommen)

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 20 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 8,6 über die letzten 12 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des RBTZ seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,1 % zugrunde (von 86 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 680 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 247 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 1.950 hochrechnen.

Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Die Gründungsphase von innovativen bzw. wachstumsstarken Gründungen weist besondere Risiken auf. Eine Finanzierung über den Kreditmarkt ist für die meisten dieser Gründungen zurzeit schwierig bzw. nicht möglich (zu wenig Sicherheiten, zu hohes Risiko, junge, schwer einschätzbare Unternehmen).

Ergebnis des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2014 ca. 46% aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland auf diejenigen Betriebe entfallen, die weniger als acht Jahre auf dem Markt tätig waren. Knapp die Hälfte davon betraf Insolvenzen innerhalb der ersten drei Jahre.

Im RBTZ liegt der Schwerpunkt gemäß Gesellschafterauftrag auf Qualität statt Quantität der Gründungen. Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum (8,1% über 20 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2014 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt.

Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2015 fortgeführt und durch TZ-interne Impulsvorschläge zu jeweils aktuellen Themen ergänzt werden.

Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung „Management Forum 2014“ wurden rd. 666 Teilnehmer erreicht, zwei Veranstaltungen fanden im TZ statt.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr weitere Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. 22 Veranstaltungen im STARTERCENTER Rhein/Berg/Leverkusen (Orientierungsveranstaltungen, Gründernachmittage) am Standort TechnologiePark Bergisch Gladbach wurden von den TZ-Kooperationspartnern Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW), Handwerkskammer zu Köln und Industrie- und Handelskammer zu Köln durchgeführt und von 307 potentiellen Gründern besucht.

Das TechnologieZentrum erreichte auf externen Veranstaltungen (außerhalb TechnologiePark) im Rahmen von Gründertagen und Businessplanwettbewerben weitere Gründer. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region. Innovative oder technologiebasierte Gründungsideen waren hier jedoch nicht zu identifizieren oder interessierten sich nicht für eine Ansiedlung im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Zu den Veranstaltungen mit wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen gehörten die Unterstützung des NUK-Businessplanwettbewerbs sowie die Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag in Köln (Unternehmerstart Köln).

Auch die Mieter STEP4WARD, meditec GmbH und StaVis GmbH bieten in 2015 in Kooperation mit dem RBTZ Qualifizierungsmaßnahmen für Unternehmer an.

Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2014 um ca. 8 % verringert. Wesentlicher Grund hierfür ist eine veränderte Nutzung der Allgemeinfläche in Haus 51 durch den Eigentümer. Die damit verbundene Verringerung der Nebenflächenanteile für Mieter hat zur Verringerung der Gesamtmietfläche geführt.

Im Jahr 2015 kalkuliert die Geschäftsführung auf der Basis des Erfolgsplans 2015 mit Umsatzerlösen in der Größenordnung von 330 T€.

Investitionen

Im Jahr 2014 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

8. Wirtschaftliche Daten

Die Ertragssituation wird weiterhin wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und den Kosten der Anmietung beeinflusst.

Das Ergebnis für das Jahr 2014 weist einen Verlust in Höhe von 110 T€ (Vj. 88 T€) aus.

Die Erlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist.

Hinzu kommt die notwendige Vorhaltung von Optionsflächen, um so das Wachstum von Jungunternehmen in begrenztem Umfang sicher zu stellen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in der Regel ohne jedes Beratungshonorar erfolgen. Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein.

Als „Durchlauferhitze“ soll das TechnologieZentrum mit seinen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse Gründer bei der Schaffung zukunftssicherer und qualifizierter Arbeitsplätze unterstützen.

Das heißt, der eigentliche Nutzen des TechnologieZentrums liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Technologie-Zentrums einfließen

Der konzeptionelle Ansatz für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum sieht deshalb einen Wechsel von erfolgreichen Jungunternehmern aus dem Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in den TechnologiePark Bergisch Gladbach oder die Region im Rahmen einer technologieorientierten Wirtschaftsförderung ausdrücklich vor.

Finanzlage

Die kommunalen Gesellschafter des RBTZ haben sich im Rahmen einer Patronatserklärung zu einer Verlustausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 100 T€ p.a. verpflichtet.

Der finanzielle Verlustausgleich erfolgt erst nach Fertigstellung der Bilanz im Folgejahr. Die Gewährleistung der Liquidität im Geschäftsjahr kann deshalb nicht alleine hierdurch gesichert werden. Hierzu dient auch der außerordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Teileigentums, der in die Gewinnrücklage eingestellt wurde.

Im Berichtsjahr wurde ein Vertrag mit der Kreissparkasse Köln geschlossen, der für die Jahre 2015 bis 2018 eine jährliche Vergütung von 80.000 € zuzüglich Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe für Werbeleistungen durch das RBTZ vorsieht.

Vermögenslage

Auf der Passivseite wird ein Eigenkapital in Höhe von 489 T€ ausgewiesen. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Stammkapital in Höhe von 100 T€, der Kapitalrücklage in Höhe von 26 T€, einer Gewinnrücklage in Höhe von 373 T€ und einem Jahresfehlbetrag von -10 T€.

Risikobericht

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem auf die Geschäftsführer ausgerichtet. Aus diesem Grund gibt die Geschäftsführung in den turnusmäßigen Gesellschafterversammlungen im Rahmen des Berichts zur aktuellen Situation den Gesellschaftern alle notwendigen Informationen zu sämtlichen Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit resultieren könnten.

Mögliche Risiken werden aus diesem Grunde auch in den entsprechenden Protokollen der Gesellschafterversammlungen dokumentiert.

9. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum vermietet seit 2006 an die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW).

Die Jahresnettomiete betrug inkl. Nebenkosten im Jahr 2014 24.929,24 €. Der Bruttogesamt-betrag inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 29.666 €

Weiter werden regelmäßig Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW geschaltet. Im Jahr 2014 wurden 1.951,60 € Brutto an die RBW gezahlt.

10. Ausblick

Um den weiteren Geschäftsbetrieb im bisherigen Umfang für die Zukunft sicherzustellen, wurde bereits im Jahr 2014 die vom Vermieter vertraglich zugesicherte Option zur Verlängerung des Hauptmietvertrages für Haus 08 fristgerecht gezogen. Die Laufzeit beträgt weitere fünf Jahre ab 2016 unter Beibehaltung von Vorzugskonditionen.

Um die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten, verstärkt die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die künftige Gründerakquisition durch weitere Aktivitäten.

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbs
- Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag Köln in der IHK
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Zusammenarbeit mit der RBW im Rahmen der STARTCENTER.NRW-Aktivitäten
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung und des zugehörigen Newsletters als Akquisitionsinstrument
- Kooperation mit dem VDI Bezirksverein Köln
- Im Berichtsjahr hat die Geschäftsleitung eine neue Imagebroschüre für Gründungsinteressierte und Multiplikatoren geplant. Umsetzung und Druck sind für das 2. Quartal 2015 geplant.

Wirtschaftliche Daten des Rhein.-Berg. TechnologieZentrums GmbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

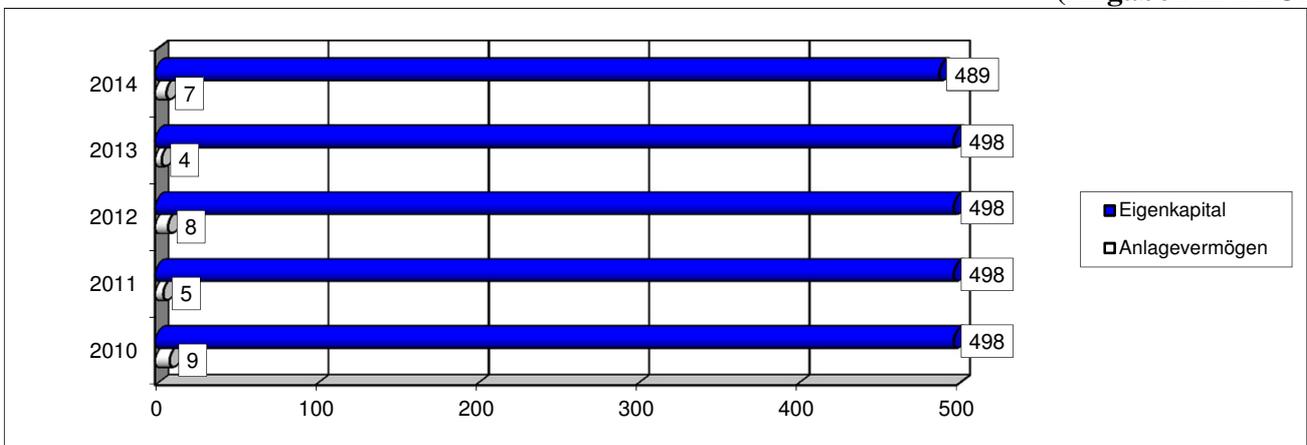
Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	4	2	1	-1
Sachanlagen	9	5	4	2	6	4
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	9	5	8	4	7	3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97	112	94	90	105	15
Flüssige Mittel	453	448	464	489	459	-30
Umlaufvermögen	550	560	558	579	564	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	1	1	0
Bilanzsumme	560	565	566	584	572	-12

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	100	100	100	100	100	0
Kapital + Gewinnrücklage	398	398	398	398	399	1
Bilanzverlust	0	0	0	0	-10	-10
Eigenkapital	498	498	498	498	489	-9
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	39	45	41	46	49	3
Verbindlichkeiten	9	9	12	23	16	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	14	13	15	17	18	1
Bilanzsumme	560	565	566	584	572	-12

Finanzierung des Anlagevermögens (abzgl. Sonderposten) durch Eigenkapital

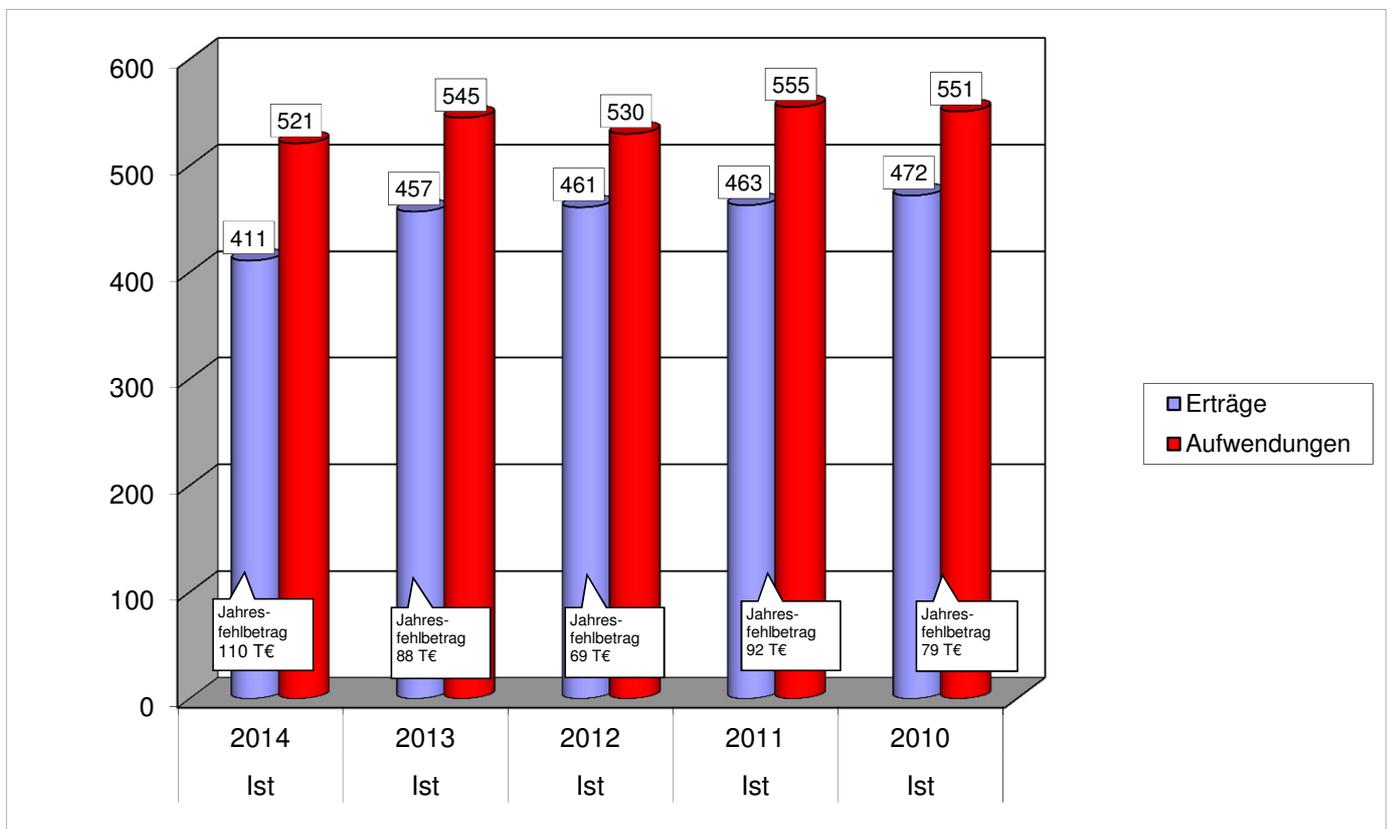
(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums GmbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	325	310	337	325	317	341	-27
2. Sonstige betriebliche Erträge	100	101	119	133	142	128	-18
3. Betriebliche Erträge (1+2)	425	411	456	458	459	469	-45
4. Personalaufwand	-129	-131	-133	-127	-121	-118	2
5. Abschreibungen	-3	-4	-5	-5	-4	-3	1
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-409	-386	-407	-398	-430	-430	21
7. Betriebsaufwand (4+5+6)	-541	-521	-545	-530	-555	-551	24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1	3	4	3	-1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
10. Finanzergebnis (8+9)	1	0	1	3	4	3	-1
11. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
13. Außerordentliches Ergebnis (11+12)	0						
14. Ergebnis vor Steuern (3+7+10+13)	-115	-110	-88	-69	-92	-79	-22
15. Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0	0
16. Jahresüberschuss (14+15)	-115	-110	-88	-69	-92	-79	-22

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. TechnologieZentrum GmbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,9%	1,4%	0,7%	0,7%	1,2%
Umlaufintensität in %	99,1%	98,6%	99,1%	99,1%	98,6%
Investitionsquote	100,0%	12,5%	175,0%	50,0%	100,0%
Reinvestitionsquote	125,0%	20,0%	140,0%	40,0%	175,0%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	88,1%	88,0%	85,3%	85,3%	85,5%
Fremdkapitalquote in %	9,6%	9,4%	14,7%	14,7%	14,5%
Anlagendeckung I in %	9960,0%	6225,0%	2450,0%	12450,0%	6985,7%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-83 T€	-83 T€	-69 T€	-43 T€	-112 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-20,0%	-28,6%	-21,4%	-26,1%	-35,5%
Eigenkapitalrentabilität	-18,5%	-13,9%	-17,7%	-17,7%	-22,5%
Gesamtkapitalrentabilität	-16,3%	-12,2%	-15,1%	-15,1%	-19,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	26,4%	27,7%	39,5%	39,5%	42,3%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Verlustübernahme/ Aufwand	39.342 €	46.140 €	34.666 €	44.108 €	50.000 €

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Str., 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	05.11.1992
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 22.09.2004, zuletzt angepasst am 15.07.2013
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 46525
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In die **Gesellschafterversammlung** entsenden:

-der Rhein.-Berg. Kreis	9 Vertreter
-die beteiligten kreisangehörigen Kommunen	je 1 Vertreter
-die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen	je 1 Vertreter
-die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rhein. Berg. Kreis	1 Vertreter

Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Im Geschäftsjahr fanden 2 Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Gemäß dem am 07.10.2004 neu gefassten Gesellschaftervertrag sind Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war Herr Dr. Erik Werdel, Overath vom 01.01.14 – 30.09.14, Herr Volker Suermann, Düsseldorf ab 01.10.14. Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschafterversammlung hat mit Beschluss vom 22.09.2004 die Erhöhung des Stammkapitals auf **74.300 €** beschlossen, die am 21.12.2004 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Rhein.-Berg. Kreis	37.900	51,00
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,40
Gemeinde Kürten	1.040	1,40
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,50
Gemeinde Odenthal	1.040	1,40
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	7.800	10,50
Bensberger Bank, Volks- und Raiffeisenbanken im Rhein.-Berg. Kreis in GbR	9.100	12,25
	74.300	100

Zur Deckung etwaiger Verluste aus dem gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft außerhalb des Sondervermögens nach § 5 sowie außerhalb der Betätigungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft sich zur ganzen oder teilweisen Verlustdeckung verpflichtet hat, leistet der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft.

5. Beschäftigte

In 2014 wurden durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vj. 7) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HFI GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum vermietet seit 2006 an die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW).

Die Jahresnettomiete betrug inkl. Nebenkosten im Jahr 2014 24.929,24 €. Der Bruttogesamtbeitrag inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 29.666 €

Weiter werden regelmäßig Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW geschaltet.

Im Jahr 2014 wurden 1.951,60 € Brutto an die RBW gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und -nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und –marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2014 einen planmäßigen Geschäftsverlauf.

Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht. Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2014 fort. Die RBW entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals im Jahr 2006 durchgeführt wurde. In 2014 wurde das Controlling fortgeschrieben. Insgesamt zeigt sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsfeldern der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden. Das Qualitätsmanagementsystem der RBW ist nach DIN ISO 9001 durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Am 11. Dezember 2014 wurde das Qualitätsmanagementsystem erneut durch den TÜV Rheinland im Rahmen eines Zwischenaudits geprüft. Das Zwischenaudit ist erforderlich, um weiterhin nach DIN ISO 9001 zertifiziert zu bleiben. Die Tätigkeitsfelder und die damit verbundenen Prozesse wurden stichprobenweise geprüft. Besonders positiv wurde die klare Struktur in den Prozessbeschreibungen der Mitarbeiter sowie insgesamt die Qualität und die Weiterentwicklung des Managementhandbuches hervorgehoben. Nach der erfolgreichen Prüfung ist damit die RBW weiterhin mit einem jeweils aktuell angepassten und für die Zukunft sicheren Qualitätsmanagementsystem ausgestattet. Die RBW hat im Frühjahr 2014 eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Mehr als 400 Unternehmen (von rd. 2000 Befragten) haben sich zu den Standortbedingungen und der aktuellen Fachkräftesituation im Rheinisch-Bergischen Kreis geäußert. Mehr als zwei Drittel der Betriebe bewerten den Standort insgesamt als gut bis sehr gut. Gute Noten gaben die befragten Unternehmen der überregionalen und örtlichen Verkehrsanbindung, den Schulangeboten im Kreis sowie den Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Etwas weniger positiv betrachten sie die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und die Breitbandversorgung. Als „nur“ befriedigend wurden das Preisniveau und die Verfügbarkeit der Gewerbeflächen bewertet. Bezogen auf die einzelnen Standortfaktoren zeigen die Ergebnisse, dass die RBW mit ihren Schwerpunktthemen gut aufgestellt ist. Das Angebot der RBW entspricht der Nachfrage der Unternehmen. Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung wurden im Rahmen eines Standortdialogs präsentiert und mit den Teilnehmern diskutiert. Auch im Jahr 2014 stand die einzelbetriebliche Bestandspflege und bedarfsorientierte Betreuung der Unternehmen im Mittelpunkt aller Tätigkeitsfelder der RBW. Daneben wurden im Jahr 2014 aber auch neue Angebote und Formate etabliert. Mit der Kapazitätenbörse Rhein-Berg bietet die RBW seit Juni 2014 den Unternehmen einen zusätzlichen Service an. Die Kapazitätenbörse hat das Ziel, den im Rheinisch-Bergischen Kreis ansässigen Unternehmen die Suche nach benötigten Kapazitäten wie z.B. nach Material, gebrauchten Maschinen, Lagerflächen, Know-how und vielem mehr zu erleichtern. Die

Börse der RBW fungiert dabei als eine neutrale, anonymisierte und informelle Informationsdrehscheibe. Die Kapazitätenbörse führt Vermittlungen von Gesuchen durch und ist nicht als Anbieterbörse, Werbe- oder Vertriebsplattform gedacht. Die möglichen Fragestellungen und Gesuche können dabei vielfältig sein. So können Unternehmen z.B. nach Zulieferern suchen, die ein bestimmtes Werkstück kurzfristig herstellen können, nach kurzfristig verfügbarer Lagerfläche oder nach Erfahrungen in der Einführung von einem Innovationsmanagement.

Mit dem Veranstaltungsformat „Innovationsforum“ richtet sich die RBW insbesondere an kleine und mittlere, innovative, produzierende Unternehmen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Im Fokus der Veranstaltung stehen dabei insbesondere die Themenbereiche „Innovation“ und „Fördermittel“. So thematisierte die Veranstaltung 2014 die Bereiche „Innovationsmanagement“ sowie die Möglichkeit zur Beantragung von Zuschüssen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Es wurden Förderprogramme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene vorgestellt. Gastgeber des Innovationsforums sind thematisch passende KMU aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, die im Anschluss an die Veranstaltung einen Betriebsrundgang anbieten.

Die RBW führt im Rahmen der Initiative „Kluge Köpfe bewegen – Fachkräfte für den Rheinisch-Bergischen Kreis“ seit 2014 Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Fachkräftethemen in den einzelnen Kommunen durch. Ziel ist es, Unternehmen vor Ort zu erreichen und im kleineren Rahmen eine diskussionsfreudige Atmosphäre zu schaffen. Die Veranstaltungen werden gemeinsam mit den kommunalen Wirtschaftsförderern durchgeführt. Die Themen werden theoretisch beleuchtet und mit einem Unternehmensbeispiel aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis untermauert.

Im Jahr 2014 wurden zwei Pressetreffs durchgeführt. Der Pressetreff ist für die Vertreter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings in den Unternehmen und für die hiesigen Medien gedacht. Er soll dem persönlichen Kennenlernen und dem Erfahrungsaustausch dienen. Die Idee ist es, ein Netzwerk der Kommunikation im Rheinisch-Bergischen Kreis zu bilden, um über den Wirtschaftsstandort Rhein-Berg intern wie extern professionell kommunizieren zu können. Die Treffen sollen in Unternehmen oder Medienhäusern stattfinden und deren Präsentation beinhalten.

9. Ertragssituation

Auf Grund des Gesellschaftszwecks ist die RBW nur bedingt in der Lage, Erträge zu erwirtschaften und muss andererseits zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks personelle und sachliche Ressourcen vorhalten, die, gemessen an den Erträgen, relativ hohe Aufwendungen verursachen. Deshalb sieht der Gesellschaftsvertrag einen jährlichen Beitrag durch die Gesellschafter vor, mit denen die Aufwandsüberhänge ausgeglichen werden können.

Die RBW erzielte in 2014 bei Betriebserträgen von 79.081,28 € (Vj.: 51.755,24 €) und Betriebsaufwendungen von 659.586,39 € (Vj.: 621.765,04 €) ein Betriebsergebnis von -580.505,11 € (Vj.: -570.009,80 €). Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 11.451,63 € (Vj.: 12.486,38 €) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 569.293,40 € (Vj.: 557.523,42 €).

Die Erhöhung der Betriebserträge in 2014 um rd. 27 T€ gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Zuschüssen im Rahmen des Sonderprogramms „Bildungscheck NRW Fachkräfte“. Dies führte dazu, dass der Jahresfehlbetrag in 2014 etwas geringer als geplant ausfiel. Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen.

Die gewährten Gesellschafterbeiträge lagen in 2014 mit 592 T€ über dem Jahresfehlbetrag von 569 T€, sodass der Kapitalrücklage dadurch per Saldo 23 T€ zugeführt wurden. Andererseits wurde aber der Eigenanteil der RBW für das Projekt „Breitbandversorgung“ in Höhe von 351 T€ in 2014 aus der Kapitalrücklage (im Zusammenhang mit dem Sondervermögen) entnommen, sodass sich die Kapitalrücklage insgesamt von 3.223 T€ auf 2.895 T€ reduziert hat.

Die Entwicklung der Vermögens- und Kapitalstruktur sowie der Finanzlage der Gesellschaft stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

1. Den sonstige Ausleihungen aus dem Public Leasing in Höhe von rund 0,7 Mio. € (Vj.: 0,9 Mio. €) stehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in etwa gleicher Höhe gegenüber. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind zudem Forderungen gegen Leasingnehmer aus gestundeten bzw. rückständigen Leasingraten in Höhe von rund 172 T€ (Vj.: 172 T€) ausgewiesen.
2. Zum 31.12.2014 bestand eine Forderung gegen das Land NRW auf Zuwendung im Zusammenhang mit der Durchführung des Projektes „Breitbandversorgung“ von 1.034 T€ (Vj.: 0,00 €).
3. Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2014 rund 1.802 T€ (Vj.: 3.162 T€).
4. Die Kapitalrücklagen betragen zum 31.12.2014 rund 2.895 T€ (Vj.: 3.223 T€).

Nach Ausgleich der Forderungen gegen das Land NRW im Jahr 2015 sind die Bankguthaben und die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch den Eigenanteil der RBW für das Projekt „Breitbandversorgung“ reduziert.

Bei einer gesunkenen Bilanzsumme zum 31.12.2014 auf rund 3.812 T€ (Vj.: 4.239 T€) betrug die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag wiederum gut 78 %.

10. Ausblick

Hinsichtlich der Risiken der Geschäftstätigkeit bezogen auf die beiden Public-Leasing-Projekte hat die Gesellschaft in den letzten Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die RBW zur Absicherung des Ausfallrisikos Rücklagen aus den Mietsonderzahlungen und aus der Zinsertragsmarge von Public Leasing bilden sollte. Auf Grund der Ertrags- und Kostensituation ist dies auch in 2014 nicht in ausreichendem Maße gelungen.

Die Reduzierung dieses Risikos ergibt sich zum einen durch die potentielle Verwertbarkeit der Objekte, die planmäßige Tilgung der Leasingraten sowie durch eine kontinuierliche kaufmännische Beobachtung und Begleitung der beiden Unternehmen. Eine Absicherung der Gesellschaft ist für den Public Leasing-Bereich zusätzlich über die Bürgschaften der Stadt Rösrath gegeben. Das Geschäftsfeld Public Leasing wurde durch Beschluss im Jahr 2003 aufgegeben.

Die Frage über die Umsatzsteuerbehandlung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen ist in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2014 noch nicht abschließend beantwortet worden. Zur Verringerung des umsatzsteuerlichen Risikos hatte die Gesellschafterversammlung im Dezember 2012 klarstellende Anpassungen im Gesellschaftsvertrag beschlossen und umgesetzt

Ferner wurde der Gesellschaftsvertrag Mitte 2013 im Hinblick auf die Durchführung eines Betrauungsaktes an einigen Stellen neu gefasst. Der Abschluss des Betrauungsaktes erfolgte Ende 2013. Damit wurde das Risiko eines Verstoßes gegen EU-Beihilferecht verringert.

Die RBW plant für 2015 bei Erträgen in Höhe von insgesamt 64 T€ mit Personal- und Sachkosten von rund 656 T€. Unter Berücksichtigung des Beitrages des Rheinisch-Bergischen Kreises von 592 T€ ergäbe sich dann in 2015 ein etwa ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben.

Insgesamt nahezu identisch sehen auch die Wirtschaftspläne für die Jahre 2015 ff. aus. Die Gesellschaft weist weiterhin darauf hin, dass sie im Hinblick auf die ihr gestellten Aufgaben und auf Grund ihrer Geschäftstätigkeit keine Gewinne erzielen kann und nur durch eine kostenbewusste Haushaltsführung unter Berücksichtigung des feststehenden Gesellschafterbeitrages ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen kann.

Wirtschaftliche Daten der Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

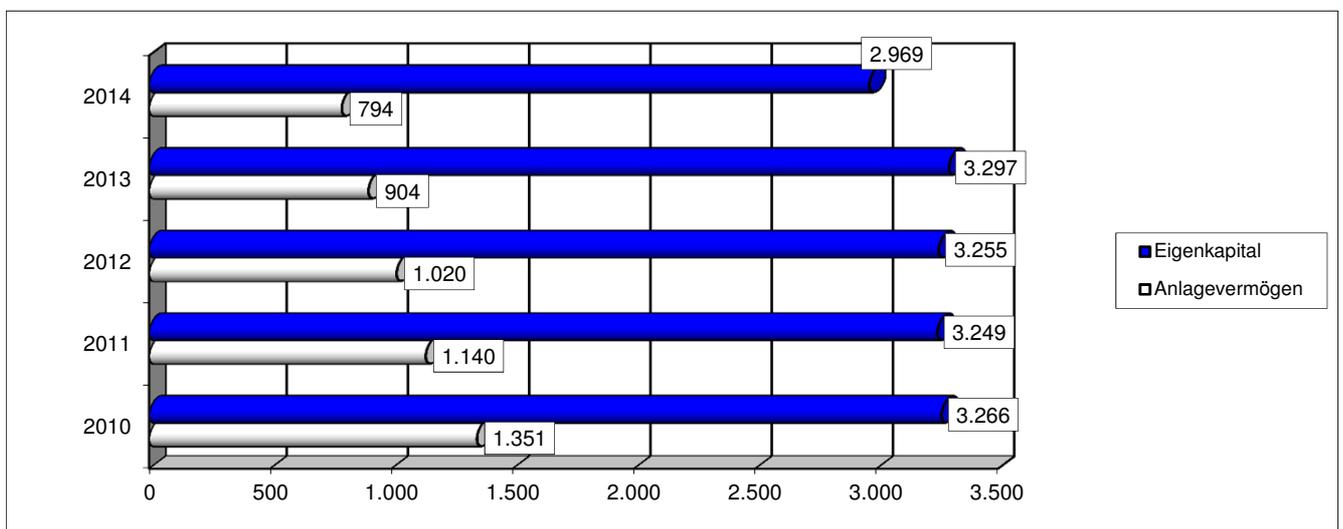
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in T€

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	37	10	9	19	14	-5
Sachanlagen	32	25	24	19	40	21
Finanzanlagen	1.282	1.105	987	866	740	-126
Anlagevermögen	1.351	1.140	1.020	904	794	-110
Vorräte	0	0	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	402	458	527	174	1.216	1.042
Flüssige Mittel	2.930	2.946	2.930	3.161	1.802	-1.359
Umlaufvermögen	3.332	3.404	3.457	3.335	3.018	-317
akt. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	4.683	4.544	4.477	4.239	3.812	-427

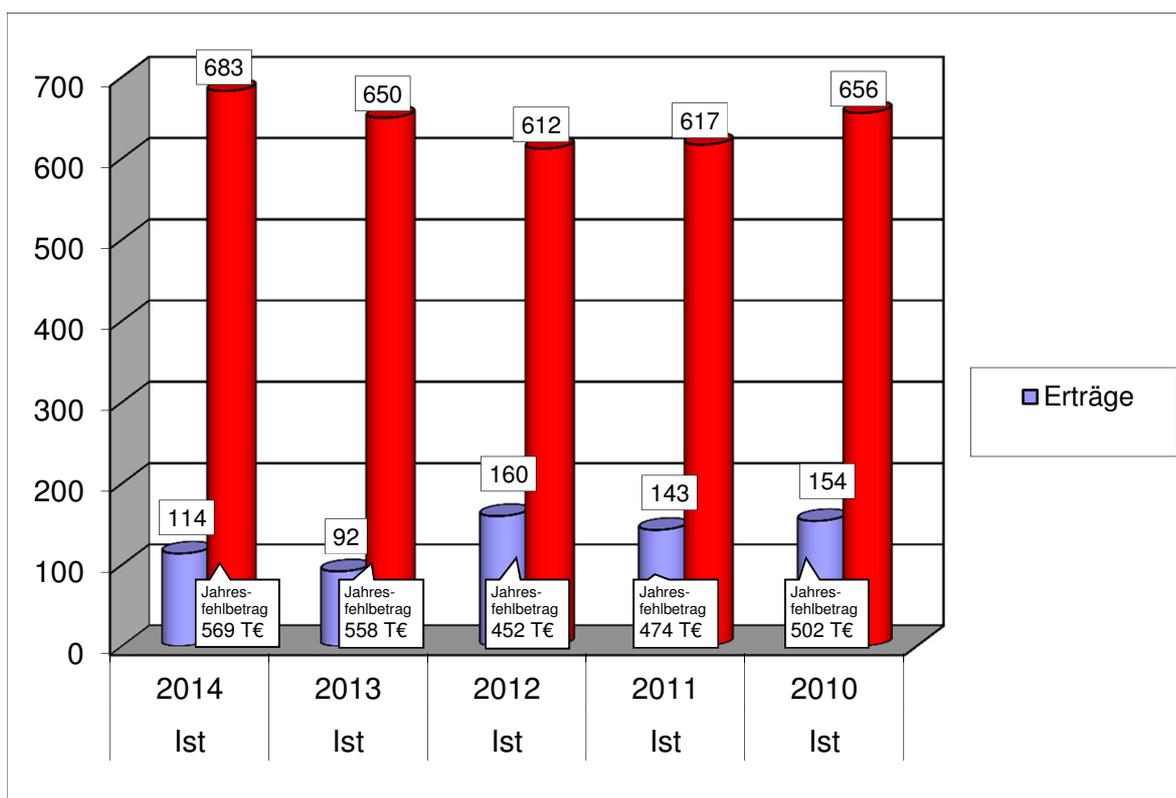
PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	74	74	74	74	74	0
Kapitalrücklage	3.192	3.175	3.181	3.223	2.895	-328
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0	0
Einlagen zur Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	3.266	3.249	3.255	3.297	2.969	-328
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	67	76	83	83	109	26
Verbindlichkeiten	1.350	1.219	1.139	859	734	-125
Bilanzsumme	4.683	4.544	4.477	4.239	3.812	-427

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital



Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft

in T€	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	32	43	39	54	35	27	4
2. Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	23	36	13	20	66	89	23
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	55	79	52	74	101	116	27
5. Materialaufwand	0					0	0
6. Personalaufwand	-375	-386	-379	-328	-316	-313	-7
7. Abschreibungen	0	-13	-13	-9	-12	-20	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-276	-261	-230	-244	-252	-261	-31
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-651	-660	-622	-581	-580	-594	-38
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	35	40	86	42	38	-5
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-23	-28	-31	-37	-62	5
12. Finanzergebnis (10+11)	5	12	12	55	5	-24	0
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (13+14)	0	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	-591	-569	-558	-452	-474	-502	-11
17. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
18. Jahresüberschuss (16+17)	-591	-569	-558	-452	-474	-502	-11

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	28,8%	25,1%	22,8%	21,3%	20,8%
Umlaufintensität in %	71,2%	74,9%	77,2%	78,7%	79,2%
Investitionsquote	1,7%	0,2%	0,6%	1,9%	3,7%
Reinvestitionsquote	115,0%	16,7%	72,2%	130,8%	223,1%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	69,7%	71,5%	72,7%	77,8%	77,9%
Fremdkapitalquote in %	30,3%	28,5%	27,3%	22,2%	22,1%
Anlagendeckung I in %	241,7%	285,0%	319,1%	364,7%	373,9%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-482 T€	-436 T€	-345 T€	-226 T€	-1.443 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-1835,3%	-1361,1%	-938,1%	-1461,5%	-1351,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	-15,4%	-14,6%	-13,9%	-16,9%	-19,2%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-9,4%	-9,6%	-11,3%	-12,5%	-14,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	1265,4%	902,9%	607,4%	971,8%	897,7%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt	2010	2011	2012	2013	2014

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Kreishaushaltes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Borngasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.01.1997
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.12.1996 mit Änderung vom 22.11.2001, 04.07.2012 und 12.07.2014.
Handelsregister	HR B 46868 beim Amtsgericht Köln (bis 30.11.2002 HR B 4597 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach, letzte Eintragung vom 10.07.2012)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Stadt hat ihren Regiebetrieb "Städtische Bäder" per 06.10.1997 gemäß § 126 Umwandlungsgesetz (UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme in die Bädergesellschaft eingebracht. Die mit Wirkung vom 16. Dezember 2013 gegründete „Stadtwerke Bergisch Gladbach GmbH“ wurde zum 31. Dezember 2014 wieder aufgelöst und die Option „Beteiligung der Bädergesellschaft am örtlichen Stromversorger BELKAW“ als Wiedereinstieg in die regionale Energieversorgung der Stadt Bergisch Gladbach vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 8. April 2014 gewählt. Zu diesem Zweck erwarb die Stadt Bergisch Gladbach, rückwirkend zum 1. Januar 2014 über die Bädergesellschaft (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2014) von der RheinEnergie AG eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Höhe von 49,9 % zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. an der BELKAW.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Gegenstand des Unternehmens ist des Weiteren die Planung und der Betrieb von Netzen zur Verteilung von Energie und Wasser sowie der Handel mit Energie und Wasser einschließlich der dazugehörigen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck erfüllt und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates füllt auch exklusiv die Funktion des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung aus. Im Geschäftsjahr 2014 fanden fünf Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Lutz Urbach, Bürgermeister zu Bergisch Gladbach

Aufsichtsratsmitglieder:

Dr. Peter Baeumle-Courth, MdR, Bergisch Gladbach

Dr. Reimer Fischer, MdR, Bergisch Gladbach (bis 9/2014)

Dr. Wolfgang Miede, MdR, Bergisch Gladbach (bis 9/2014)

Peter Mömkes, MdR, Bergisch Gladbach

Robert Martin Kraus, MdR, Bergisch Gladbach, (bis 9/2014)

Gerhard Neu, MdR, Bergisch Gladbach

Dr. Michael Metten, MdR, Bergisch Gladbach (ab 9/2014)

Hans-Josef Haasbach, MdR, Bergisch Gladbach, (ab 9/2014)

Klaus Orth, MdR, Bergisch Gladbach, (ab 9/2014)

Im Geschäftsjahr 2014 fanden 3 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Günter Hachenberg, Dipl.-Verwaltungswirt. Die Altersversorgung ist durch die Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln abgesichert.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.113.000 €. Das Stammkapital setzt sich wie folgt zusammen:

a) eine Stammeinlage von 25.565 €

b) eine Stammeinlage von 5.087.435 €

Die Stammeinlage unter a) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei Gründung durch Barleistung übernommen.

Die Stammeinlage unter b) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei der Kapitalerhöhung vom 13.08.1997 übernommen und leistet sie dadurch, dass sie ihren Bäderbetrieb als Ganzes mit den dazugehörigen Aktiva und Passiva im Wege einer Ausgliederung nach §§ 168 ff, 123 ff UmwG in die Gesellschaft eingebracht hat.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2014 waren bei der Gesellschaft 20 Mitarbeiter (Vorjahr: 20) beschäftigt. Weiterhin werden Aushilfskräfte nach Bedarf, hauptsächlich während der Freibadsaison eingesetzt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach

Die Gesellschaft zahlte eine Raummiete von 3.917 € an die Bürgerhaus Bergischer Löwen GmbH für die Bürgerversammlung "Künftige Energieversorgung der Stadt". Außerdem beauftragte Sie die GL Service gGmbH mit dem Aufhängen von Plakaten (Kosten 161 €) für die o.g. Versammlung.

8. Geschäftsverlauf

Das Gesamtergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.039 auf - TEUR 502 verbessert. Ausschlaggebend hierfür ist das Beteiligungsergebnis in Höhe von + TEUR 3.493 aufgrund der Vorabausschüttung der BELKAW im Vorgriff auf ihr Jahresergebnis 2014 nach Abzug der Finanzierungskosten für den Anteilskauf des Kaufpreis in Höhe von TEUR 2.403 für die 49,9 %-ige Beteiligung an der BELKAW. Das Betriebsergebnis (EBIT) verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um - TEUR 290 (= - 17,3 %). Ursächlich hierfür waren die gefallenen Umsatzerlöse (- TEUR 73), der Anstieg bei den Personalkosten (TEUR 191), bei den Verwaltungsaufwendungen (TEUR 18), den Vertriebsaufwendungen (+ TEUR 8) und beim übrigen Betriebsaufwand (+ TEUR 10). Hinzu kamen der Rückgang bei den übrigen Betriebserträgen (- TEUR 6). Positiv dagegen wirkte sich der gesunkene Materialverbrauch (- TEUR 12) und die Verminderungen bei den planmäßigen Abschreibungen (- TEUR 4) aus. Das Beteiligungsergebnis beruht auf einer aus Liquiditätsgründen bei der Bädergesellschaft von der BELKAW an die Bädergesellschaft ausgekehrten Vorabausschüttung in Höhe von TEUR 3.493, die auf die endgültige Ergebnisausschüttung für das Geschäftsjahr 2014 angerechnet wird. Die Verschlechterung des Finanzergebnisses um - TEUR 2.434 auf - TEUR 1.654 ist vornehmlich auf den gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Zinsaufwand aufgrund des Kaufs der BELKAW Anteile (TEUR 2.403) zurückzuführen. Hinzu kamen die gegenüber dem Vorjahr um - TEUR 5 reduzierten Ausschüttungen der ordentlichen Erträge aus den Fondsanlagen sowie der Anstieg bei den Zinsaufwendungen

für die kurzfristigen Bankverbindlichkeiten (TEUR 32), die nur teilweise durch den im Vorjahresvergleich um - TEUR 12 niedrigeren Zinsaufwand für die „Altdarlehen“ der Bäder GmbH kompensiert werden konnten. Die Umsatzerlöse erreichten im Jahr 2014 TEUR 1.300 und damit TEUR 73 (= - 5,3 %) weniger als im Vorjahr. Der Rückgang der Umsatzerlöse beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Besucherzahlen von - 44,6 % im Freibad Milchborntal, der sich aufgrund der unsteten Witterungsverhältnisse auf die gesamte Freibadsaison 2014 verteilt. Das Kombibad Paffrath ist durch die kombinierbare Außen- und Innennutzung nicht so einschneidend von der Witterung abhängig. Im Einzelnen waren im Kombibad Paffrath Umsatzeinbußen von insgesamt - TEUR 15 (= - 1,3 %), im Freibad Milchborntal von - TEUR 58,8 (= - 41,8 %) zu verzeichnen. In der Sauna/Solarium ergab sich eine Umsatzsteigerung von + TEUR 0,6 (= + 0,6 %). Dagegen bewegte sich der Umsatz im Hallenbad Stadtmitte mit TEUR 4,4 auf dem Vorjahresniveau. Der Materialaufwand - hier handelt es sich hauptsächlich um den frequenz- und temperaturabhängigen Bewirtschaftungsaufwand (Energie- und Wasserbezug) - ist gegenüber dem Jahr 2013 um - TEUR 12 (= - 1,6 %) gefallen. Die Verminderung beruht sowohl auf den geringeren Gaskosten (= - 6,2 %) als auch auf Einsparungen bei Aufwendungen für Honorarkräfte für die Kursprogramme (= - 25 %). Der Personalaufwand (TVöD Tarifverträge) ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 191 gestiegen. Dies resultiert aus einer Erhöhung um TEUR 97,5 bei den Löhnen und Gehältern. Ursächlich hierfür waren u. a. die Tarifierhöhung 2014 (+ 3 % ab März 2014) und die Erhöhung der Krankheitsquote mit Lohnfortzahlung. Hinzu kam ein unproportionaler Anstieg bei den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (+ TEUR 83,4), vor allem für Pensionsaufwendungen. Wie im Vorjahr waren im Jahresdurchschnitt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest angestellt. Um auf die unterschiedliche Besucherfrequenz reagieren zu können, beschäftigt die Gesellschaft neben der gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Stammebelegschaft in den Bädern ganzjährig zusätzliche, die Sicherheitsstandards erfüllende Aushilfskräfte. Zur bedarfsgerechten Steuerung der Mitarbeiterzahl und der Arbeitszeiten wird auf Flexibilisierungsinstrumente wie z. B. Zeitkonten und Schichtmodelle, um die Personalkosten, die den größten Aufwandsposten im operativen Ergebnis darstellen, möglichst gering zu halten gesetzt. Im Geschäftsjahr 2014 wurden nur dringend erforderliche Reparaturen und Instandhaltungen in den Bädern durchgeführt. Der Gesamtaufwand belief sich dabei auf TEUR 228 und war damit um TEUR 8 (= - 3,4 %) geringer als im Vorjahr.

Die größte Investition der Bädergesellschaft im Jahr 2014 war der Erwerb einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung in Höhe von 49,9 % an der BELKAW zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. von der RheinEnergie AG. Zweck dieses Kaufes war der Wiedereinstieg der Stadt Bergisch Gladbach in die regionale Energieversorgung, wobei die Umsetzung, d. h. die steuerliche und gesellschaftsrechtliche Anbindung, über die Bädergesellschaft erfolgt. Die mit Wirkung vom 16. Dezember 2013 gegründete „Stadtwerke Bergisch Gladbach GmbH“ wurde zum 31. Dezember 2014 wieder aufgelöst und die Option „Beteiligung der Bädergesellschaft am örtlichen Stromversorger BELKAW“ als Wiedereinstieg in die regionale Energieversorgung der Stadt Bergisch Gladbach vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 8. April 2014 gewählt. Zu diesem Zweck erwarb die Stadt Bergisch Gladbach, rückwirkend zum 1. Januar 2014 über die Bädergesellschaft (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2014) von der RheinEnergie AG eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Höhe von 49,9 % zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. an der BELKAW.

Neben den o. a. Beteiligungen stellt ein wesentlicher Posten des Anlagevermögens die Bilanzposition Wertpapiere des Anlagevermögens dar. Dabei handelt es sich um eine Anlage in zwei Spezial-Fonds bei der Deutschen Bank/DEAM und der Kreissparkasse Köln/Meriten Investment Management. Ziel war es, mit den Ausschüttungen aus der im Jahre 2000 erfolgten Vermögensanlage einen zuschussfreien Betrieb der Bädergesellschaft zu erreichen. Aufgrund der Marktentwicklung konnte dieses vorab prognostizierte Ziel jedoch in der Vergangenheit ohne Substanzverluste nicht erreicht werden. Die Anschaffungskosten betragen im Geschäftsjahr 2000 insgesamt EUR 46,0 Mio. Nach Abzug von Anteilsverkäufen Ende 2002 in Höhe von EUR 2,7 Mio. zur Finanzierung einer Ausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Bergisch Gladbach betragen die Anschaffungskosten der Anlage noch EUR 43,3 Mio. Auf diese verbleibenden Anschaffungskosten war zum 31. Dezember 2002 eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von EUR 3,5 Mio. vorgenommen worden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2003 wurde diese Abschreibung aufgrund einer Wertaufholung um EUR 0,2 Mio. teilweise korrigiert, so dass die Anlage bis zum 31. Dezember 2006 mit einem Buchwert von EUR

40,0 Mio. aktiviert war. Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 betrug der Kurswert der Fondsanlagen EUR 37,7 Mio., so dass eine weitere Abschreibung in Höhe von EUR 2,3 Mio. zum 31. Dezember 2007 vorgenommen wurde. Ende Dezember 2008 betrug der Kurswert der Fondsanlagen EUR 34,8 Mio. nach Abzug von EUR 0,8 Mio. zur Ausschüttung vorgesehener ordentlicher Erträge, so dass eine weitere Abschreibung in Höhe von EUR 2,9 Mio. auf den niedrigeren beizulegenden Wert von insgesamt EUR 34,8 Mio. zum 31. Dezember 2008 vorzunehmen war. Zum 31. Dezember 2010 lag der Kurswert der Fondsanlage bei EUR 35,7 Mio. und damit um EUR 0,9 Mio. über dem Buchwert, so dass eine Zuschreibung geboten war. Die im Jahr 2010 vorgenommene Wertaufholung betrug insgesamt TEUR 852 auf EUR 35,7 Mio. Da die Kurswerte zum Jahresultimo EUR 36,3 betragen, war zum 31. Dezember 2014, nicht zuletzt aufgrund des aktuell sehr volatilen Marktes, weder eine Zu- noch eine Abschreibung geboten.

In die Bäder wurden im Geschäftsjahr 2014 TEUR 35 investiert. Betragsmäßig nennenswerte Investitionen waren dabei der altersbedingte Austausch der finnischen Saunakabine (TEUR 25), die Installation einer Schutzabtrennung im Kinderbereich des Kombibades (TEUR 4) und die Neuanschaffung einer EDV-Software für das Kursprogramm (TEUR 2). Die Zahlungsfähigkeit während des Geschäftsjahres und zum Abschlussstichtag war jederzeit gegeben, nicht zuletzt durch einen Tagesgeldkredit, der zum Jahresultimo mit EUR 6,6 Mio. in Anspruch genommen war. Der Kreditrahmen hierfür beträgt derzeit EUR 7,0 Mio., davon sind EUR 2,5 Mio. abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bergisch Gladbach und EUR 4,5 Mio. über die Verpfändung des Wertpapierdepots bei der Kreissparkasse Köln. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um - TEUR 103 auf - TEUR 1.170 gesunken. Ebenso gesunken gegenüber dem Vorjahr ist der Cashflow aus der Investitionstätigkeit mit einem Rückgang um - TEUR 77.981 auf - TEUR 78.073. Grund hierfür sind vor allem die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen, hier der Kauf der BELKAW-Anteile (TEUR 78.038) und Investitionen in das Sachanlagevermögen (TEUR 33) und in das immaterielle Anlagevermögen (TEUR 2) für EDV-Software für das Kursprogramm. Entsprechend ist dagegen der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit um + TEUR 78.083 gestiegen. Ursächlich hierfür ist die Aufnahme von Krediten für den Kauf der BELKAW-Anteile. Insgesamt ergab sich hierdurch eine Veränderung des Finanzmittelfonds um TEUR 10. Der Finanzmittelfonds betrug am Ende der Periode TEUR 43 (i. V. TEUR 33).

9. Leistungsdaten

Im Geschäftsjahr 2014 zählte die Bädergesellschaft insgesamt **324.930 Besucher** (Vj: 356.797 Besucher).

Umsatzerlöse

	2014	2014	2013	2013	Veränderung	
	Besucher Anzahl	Erlöse EUR	Besucher Anzahl	Erlöse EUR	Besucher Anzahl	Erlöse EUR
Kombibad Paffrath	235.139	1.118.521	249.764	1.133.112	-14.625	-14.591
Hallenbad Stadtmitte	58.705	4.416	57.086	4.416	1.619	0
Freibad Milchborntal	22.817	81.979	41.149	140.850	-18.332	-58.871
Sauna/Solarium	8.269	94.950	8.798	94.374	-529	576
	324.930	1.299.866	356.797	1.372.752	-31.867	-72.886

(Insgesamt wurde eine Verminderung der Besucherzahlen um - 8,9 % und der Erlöse um - 5,3 % registriert.)

10. Berichterstattung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist tätig in den Bereichen Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 4. Juli 2012 wurde der Gegenstand des Unternehmens um die Planung und den Betrieb von Netzen zur Verteilung von Energie und Wasser sowie den Handel mit Energie und Wasser einschließlich der dazugehörigen Dienstleistungen erweitert. Da die Gesellschaft auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglichen soll, sind die Benutzungsentgelte sozial verträglich gestaltet. Schule und Vereine nutzen die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich noch unentgeltlich.

11. Ausblick

Mit flexiblen, witterungsabhängigen Öffnungszeiten im Freibadbereich (Freibad Milchborntal) und angepasstem Personaleinsatz versucht die Bädergesellschaft die Kosten weiter zu reduzieren und den stark wetterabhängigen Schwankungen bei den Umsatzerlösen in den Freibadbereichen zu begegnen. Gleichzeitig wird versucht, die Umsatzschwankungen im Freibadbereich über Kurse, Gesundheitsprogramme und den steigenden Verkauf von Badartikeln auszugleichen. Um die wirtschaftliche Situation der Kommune zu verbessern, ist die Gesellschafterin in die regionale Energieversorgung eingestiegen. Zu diesem Zweck wurden mehrere Einstiegsoptionen, u. a. die Gründung eines eigenen Stadtwerks, überprüft und sich letztendlich für eine Beteiligung am örtlichen Stromversorger BELKAW entschieden. Die gesellschafts- und steuerrechtliche Anbindung erfolgt dabei über die Bädergesellschaft. In diesem Zusammenhang hat die BELKAW zur Generierung eines steuerlichen Querverbundes eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Bäderbetriebsgesellschaft“ gegründet (Handelsregistereintrag 11. Juni 2015), welche den Bäderbetrieb der Bädergesellschaft pachten und mit der BELKAW einen Gewinnabführungsvertrag abschließen wird. Beabsichtigt ist hierbei, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bädergesellschaft und des Gesamtkonzerns „Stadt Bergisch Gladbach“ zu erreichen. Erste Auswirkungen zeigen sich schon im gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.039 besseren Gesamtergebnis. Dies ist vor allem auf das Beteiligungsergebnis zurückzuführen, in dem ein Ertrag in Höhe von EUR 3,5 Mio. ausgewiesen ist. Dabei handelt es sich um eine Vorabschüttung der BELKAW auf den endgültigen Gewinnanteil der Bädergesellschaft für das Geschäftsjahr 2014, der sich auf EUR 7,5 Mio. beläuft.

Neben den allgemeinen Risiken für ein Unternehmen sieht die Geschäftsführung nur grundsätzliche Risiken in der zeitlichen als auch gestalterischen Durchsetzung des steuerlichen Querverbundes und den Ausschüttungsmöglichkeiten der BELKAW. Hinzu kommen die anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und die konjunkturelle Entwicklung, die eine Planung der Erträge der aufgelegten Bäderfonds und der Zinsentwicklung entsprechend erschweren. Die Risiken in den Bädern definieren sich über die Aufrechterhaltung aller betriebsnotwendigen Anlagen, u. a. aufgrund des Sanierungsstaus (Außenbereich Kombibad Paffrath, Hallenbad Stadtmitte), beim Energieverbrauch bzw. bei den Energiepreisen und im Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich. Aus heutiger Sicht erkennt die Geschäftsführung jedoch keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Für die Folgejahre wird sich nach Einschätzung der Geschäftsführung die wirtschaftliche Situation der Bädergesellschaft aufgrund der geänderten Konstellation, d. h. u. a. durch den Wegfall der Bäderverluste aufgrund der Verpachtung des Bäderbetriebs an die Bäderbetriebsgesellschaft, den Erträgen aus der Beteiligung an der BELKAW ergänzt mit den Erträgen aus der Fondsanlage, gegenüber dem Status Quo u. E. nach generell erheblich günstiger darstellen. Hinsichtlich der Beteiligungserträge an der BELKAW geht die Bädergesellschaft in ihrer aktuellen Prognose für das Wirtschaftsjahr 2015 von einem gegenüber dem Jahr 2014 leicht sinkenden Ergebnis aus. Aufgrund der Einschätzungen der Fondsmanager der Spezial-Fonds wird eine Ausschüttung an ordentlichen Erträgen von TEUR 814 erwartet.

Wirtschaftliche Daten der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

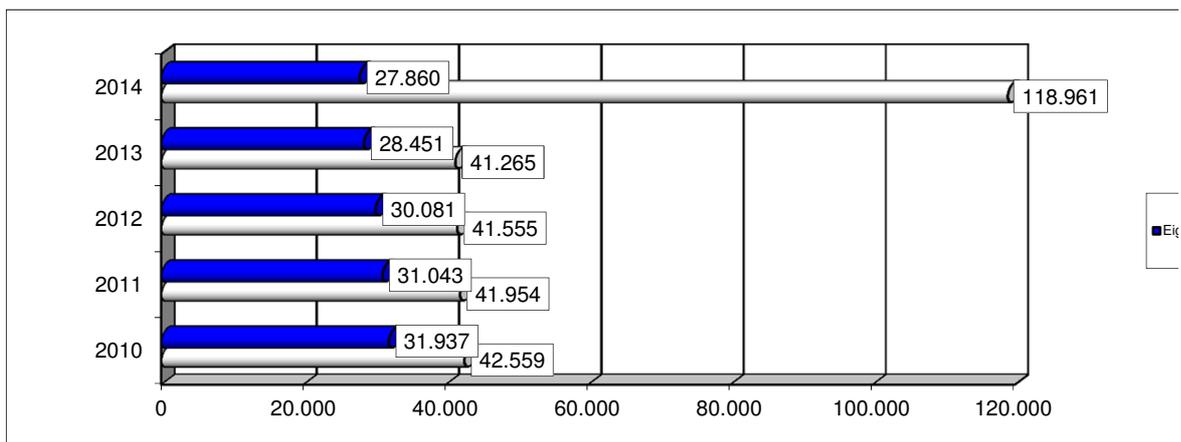
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	0	2
Sachanlagen	6.848	6.244	5.845	5.530	5.186
Finanzanlagen	35.710	35.710	35.710	35.735	113.773
Anlagevermögen	42.559	41.954	41.555	41.265	118.961
Vorräte	7	8	9	12	13
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	661	609	314	287	1.196
Flüssige Mittel	38	50	22	33	43
Umlaufvermögen	706	667	345	332	1.252
Rechnungsabgrenzungsposten	9	5	36	29	4
Bilanzsumme	43.274	42.626	41.936	41.626	120.217

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014
gez. Kapital	5.113	5.113	5.113	5.113	5.113
Kapitalrücklage	14.409	14.409	13.681	14.409	14.409
Gewinnrücklagen	10.941	10.941	10.941	9.341	7.801
Jahresfehlbetrag	0	-728	-872	-1.540	-502
Eigenkapital	30.463	29.735	28.863	27.323	26.821
Sonderposten für Zuwendungen	2.947	2.615	2.435	2.255	2.078
Rückstellungen	167	129	74	84	70
Verbindlichkeiten	9.697	10.147	10.564	11.964	91.248
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	43.274	42.626	41.936	41.626	120.217

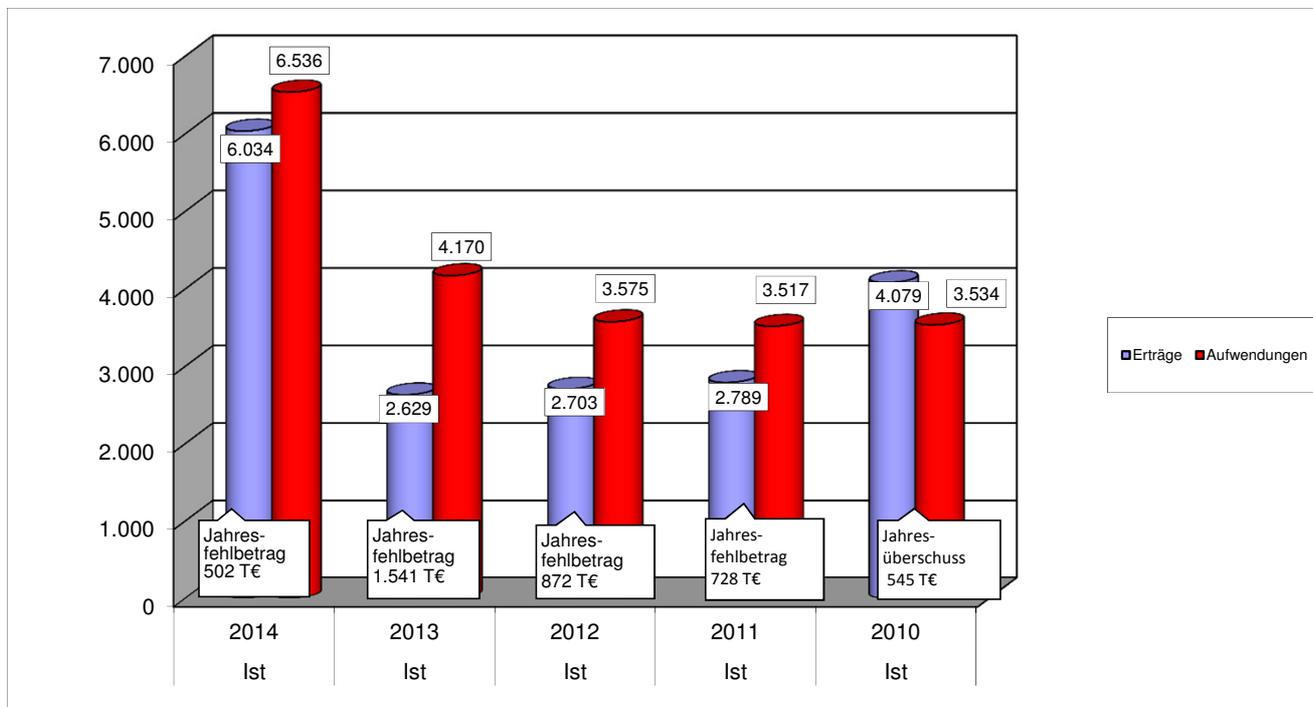
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. 1/2 des Sonderpostens für Zuwendungen)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	1.356	1.300	1.373	1.300	1.200	1.260	-73
2. Sonstige betriebliche Erträge	42	278	282	338	510	797	-4
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.398	1.578	1.655	1.638	1.710	2.057	-77
4. Materialaufwand	-932	-762	-774	-873	-786	-760	12
5. Personalaufwand	-1.268	-1.469	-1.278	-1.236	-1.159	-1.138	-191
6. Abschreibungen	-221	-378	-382	-429	-613	-633	4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-867	-748	-687	-754	-629	-681	-61
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-3.288	-3.357	-3.121	-3.292	-3.187	-3.212	-236
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	946	4.456	974	1.065	1.077	1.170	3.482
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-238	-2617	-194	-249	-305	-310	-2423
11. Finanzergebnis (9+10)	708	1.839	780	816	772	860	1.059
12. Außerordentliche Erträge	65	0	0	0	0	852	0
13. Außerordentliche Aufwendungen	-10	-528	-820	0	0	0	292
14. Außerordentliches Ergebnis (12+13)	55	-528	-820	0	0	852	292
15. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	-1.127	-468	-1.506	-838	-705	557	1.038
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	2	0	0
17. Sonstige Steuern	0	-34	-35	-34	-25	-12	1
18. Jahresüberschuss (15+16+17)	-1.127	-502	-1.541	-872	-728	545	1.039

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



Kennzahlen im Überblick/Bädergesellschaft mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	98,3%	98,4%	99,1%	99,1%	99,0%
Umlaufintensität in %	1,6%	1,6%	0,8%	0,8%	1,0%
Investitionsquote	0,2%	0,02%	0,07%	0,22%	65,63%
Reinvestitionsquote	10,7%	1,1%	7,0%	17,5%	8,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	70,4%	69,8%	68,8%	65,6%	22,3%
Fremdkapitalquote in %	29,6%	30,2%	31,2%	34,4%	77,7%
Anlagendeckung I in %	71,6%	70,9%	69,5%	66,2%	22,5%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	- 292 T€	-360 T€	- 685 T€	- 1.067 T€	- 1.170 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-141,5%	-155,6%	-143,5%	-122,1%	-151,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	1,8%	-2,4%	-3,0%	-5,6%	-1,9%
Gesamtkapitalrentabilität in %	2,0%	-1,0%	-1,5%	-3,0%	1,8%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	90,3%	96,6%	95,1%	93,1%	113,0%
Haushalt					
Kernhaushalt/ Erfolgsplan	2010	2011	2012	2013	2014
Entgeltzahlung der Stadt für Überlassung Wasserflächen für Schwimmkurse	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Aufwand Ausgleichszahlung FB 5 + Benutzungsentgelt Schulen	-9.714 €	-5.555 €	-2.160 €	-1.620 €	-4.725 €
Aufwand Ausgleichszahlung Zinsen	-74.189 €	-68.267 €	-67.445 €	-61.336 €	-56.721 €
Erträge Grundbesitzabgaben und Grundsteuer		34.815 €	32.248 €	33.027 €	40.010 €
Erträge Stadt aus Verrechnungen	45.916 €	117.493 €	145.534 €	155.524 €	170.555 €
Zinsertrag Rückwirkung Kaufpreiszahlung BELKAW					14.070 €
Zinserträge Darlehen BELKAW-Kauf					889.925 €
Saldo	-37.987 €	78.486 €	108.177 €	125.595 €	1.053.114 €

Stellenplan Bädergesellschaft	2010	2011	2012	2013	2014
Stellenanteil der nicht mehr im Sammelnachweis enthalten ist	20	20	20	20	20

BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH Bergisch Gladbach
Sitz	Senfelderstr. 15, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	27. Mai 1997 (Gesellschaftsvertragsabschluss), letzte Änderung des Gesellschaftsvertrags am 22. Dezember 1997
Handelsregister	HR B-Nr. 46936 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Errichtung und der gewerbsmäßige Betrieb eines Eisenbahnverkehrsunternehmens zur Güterbeförderung sowie die Errichtung und der gewerbsmäßige Betrieb eines Eisenbahn-Infrastrukturunternehmens zur Güterlagerung und Güterverladung.

Das Eisenbahn-Güterverkehrsunternehmen steht im Rahmen des Gesellschaftszweckes jedermann zur Verfügung. Das Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen ist in seiner Eigenschaft zweckgebunden und demzufolge nicht öffentlich.

Die BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH Bergisch Gladbach („BGE“) erbringt Logistikdienstleistungen, insbesondere für ihre Mehrheitsgesellschafterin, die Zanders GmbH, Bergisch Gladbach. Nach der Logistikvertragsauflösung zum 31.12.2012 zwischen MBZ und der Rhenus Logistics GmbH („Rhenus“) hat die BGE die logistischen Teilaufgaben von Rhenus zum 01.01.2013 übernommen und führte diese nunmehr direkt durch. Die Tätigkeiten der BGE für die Zanders GmbH sind fokussiert auf den Außentransport, die Lagerverwaltung im Hochregallager und die Transportplanung.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann insbesondere Zweigniederlassungen oder Gesellschaften errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die von den Gesellschaftern in den Angelegenheiten der Gesellschaft zu treffenden Bestimmungen und Entscheidungen erfolgen durch Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der bei Beschlussfassung abgegebenen Stimmen, es sei denn, Gesetz oder Gesellschaftsvertrag schreiben zwingend eine größere Mehrheit vor. Je 500 € Nominalbetrag eines Geschäftsanteils geben eine Stimme. Im Jahr 2013 hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Die Stadt Bergisch Gladbach wird in der Gesellschafterversammlung vertreten durch Herrn Bernd Martmann, Leiter Fachbereich 8. Stellvertretendes Mitglied ist Herr Martin Westermann, Fachbereich 8.

3.2 Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehört ein Mitglied an. Aus der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sind die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten klar ersichtlich.

Im Geschäftsjahr 2014 gehörte der Geschäftsführung an:

Hardy Winter, Zanders GmbH, Köln

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 511.291,88 €. An der Gesellschaft waren am 31.12.2014 beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Zanders GmbH	460.162,69	90
Stadt Bergisch Gladbach	51.129,19	10

Die Gesellschafterin Häfen und Güterverkehr Köln AG hat mit Wirkung zum 30. September 2013 ihre Geschäftsanteile an der Gesellschaft an die Zanders GmbH verkauft.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr durchschnittlich 22 Mitarbeiter.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die BGE hat an den SEB AöR Miete in Höhe von 28.590,82 € gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf in 2014 war geprägt durch die geschäftliche Entwicklung der Zanders GmbH Bergisch Gladbach. Neben den geplanten Instandhaltungs- und Wartungstätigkeiten entstanden keine ungeplanten Reparaturen oder Sanierungen.

Die Zanders GmbH führte das Chromolux Geschäft in 2014 ebenso weiter wie das in 2012 eingerichtet neue Kundenservice- und Logistikzentrum für Faltschachtelkarton, inklusive einer Ausrüstung im Werk Gohrsmühle in Bergisch Gladbach.

Ende 2012 wurde seitens der Reflex Premium Papiere beschlossen, das Logistikzentrum in Düren nicht mehr nutzen zu wollen. Konsequenterweise ist der Betreiber des Hochregallagers zum Jahresende 2012 eingestellt worden. Das Hochregallager wurde von der Gesellschaft zum 31.03.2013 stillgelegt.

Der Betrieb des Logistikzentrums in Bergisch Gladbach wurde ohne Einschränkung durch die Gesellschaft als Dienstleistung für die Zanders GmbH auf Basis eines Logistikvertrages fortgesetzt. Der Dauernutzungsvertrag wurde mit notarieller Urkunde vom 23.09.2013 rückwirkend bis zum 31.12.2017 verlängert. Im Februar 2015 hat die Zanders GmbH der BGE Grundbesitz in Düren mit allen Rechten und Pflichten und gesetzlichen Zubehör an die REFLEX GmbH & Co. KG verkauft.

Im Vorfeld stimmte die BGE der Beendigung und Löschung des BGE Dauernutzungsrechtes und der BGE Dienstbarkeiten zu. REFLEX wurde mit Wirkung am 2.2.2015 die sofortige Nutzung des BGE Grundbesitzes zugestanden und hat damit gleichzeitig die Lasten des BGE Grundbesitzes übernommen. (nach Zahlungseingang des vereinbarten Kaufpreises auf dem BGE Konto).

Ausgenommen davon ist jedoch das Schienenterminal auf dem Kanzan Grundbesitz, das weiterhin in der Nutzung der BGE verbleibt.

Die Zweckbindung der Terminals in Bergisch Gladbach und Düren gegenüber dem Ministerium NRW endete am 30.11.2012.

Es wurden insgesamt 23.544 t (Vorjahr 22.492 t) Kohle/ Zellstoff für das Werk Gohrsmühle der Zanders GmbH auf der Schiene abgewickelt. Die Rückgänge der Bahnverkehre begründen sich ausschließlich in den Produktions- und Versandmengen von ZANDERS GMBH und erfolgten erwartungsgemäß.

Kanzan in Düren hat insgesamt 45.971 t (Vj. 45.148 t) auf dem Schienenweg transportiert.

9. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014 endete mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von 115 T€ (Vorjahr 493 T€).

Die Umsatzerlöse sanken erwartungsgemäß um 563 T€ von 3.139 T€ im Vorjahr auf 2.576 T€ im Jahr 2014.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag aus dem Vorjahr konnte erwartungsgemäß ausgeglichen werden. Die Eigenkapitalquote ist positiv, sie beläuft sich auf – 5,5% (Vorjahr – 2%).

Der Finanzmittelbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 301 T€ auf 677 T€ vermindert.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft stark von unserer Mehrheitsgesellschaft Zanders GmbH abhängig und im Vergleich zum Vorjahr unverändert angespannt.

10. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der Zanders GmbH eingebunden. Bis zum Erwerb der Zanders GmbH durch die mutares-Gruppe was das Risikomanagement der Gesellschaft fester Bestandteil der Prozesse der Metsä Board-Gruppe. Mit Datum des Voll-

zugs (20. Mai 2015) erfolgt die Einbindung in das Risikomanagementsystem der mutares-Gruppe.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der Gesellschaft resultiert aus der Abhängigkeit von der finanziellen und geschäftlichen Entwicklung der Zanders GmbH, die sich wie folgt darstellt:

Die Zanders GmbH unterliegt in besonderem Maße Finanzierungsrisiken, die zum einen aus der signifikanten und nachhaltigen Verlustsituation der Vergangenheit und zum anderen aus geplanten weiteren Verlusten und negativen Cash Flows aus laufender Tätigkeit für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 resultieren und die das wesentliche Risiko für die Gesellschaft darstellen. In diesem Zusammenhang wurden umfangreiche Restruktierungsmaßnahmen durchgeführt bzw. eingeleitet, die nach Planungen der Zanders GmbH zu einer wesentlichen Verbesserung des Jahresergebnisses und positiven Cash Flows aus laufender Tätigkeit ab dem Geschäftsjahr 2017 führen sollen.

Zum Zeitpunkt des Übergangs der Anteile an die mutares Holding-20 AG und die LACO Consulting GmbH stehen der Zanders GmbH ausreichend Mittel zur Verfügung, um ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen derzeit und auch in Zukunft, zumindest bis Ende 2016, nachkommen zu können. Die zukünftige Finanzierung der Gesellschaft ist derzeit in Verhandlung mit externen Geldgebern.

Vor diesem Hintergrund ist die Geschäftsführung der Zanders GmbH davon überzeugt, dass diese Gesellschaft in 2015 und 2016 trotz weiterhin erwarteter Verluste und negativer Cash Flows fortbestehen wird: Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist, dass die geplanten Ergebnisverbesserungsmaßnahmen greifen und sich die allgemeine Markt- und Wirtschaftslage nicht signifikant verschlechtert, so dass sich das Finanzrisiko dieser Gesellschaft und davon abhängig der BGE ab 2017 deutlich reduziert.

Die BGE unterliegt aufgrund der Art der Geschäftstätigkeit nahezu keinen Währungsrisiken. Aufgrund der Debitorenstruktur sind neben der Abhängigkeit von der geschäftlichen Entwicklung der Hauptgesellschafterin keine wesentlichen Ausfallrisiken gegeben.

Um unterschiedliche Auffassungen über die in den Bescheiden geforderten Mindestfrachtmengen auszuräumen, hatte die Gesellschaft am 19.12.2007 mit dem Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung NRW einen Vertrag geschlossen. Die Gesellschaft verpflichtet sich darin 250 T€ an das Ministerium zu zahlen. Die Mengenverpflichtung für Düren und Bergisch Gladbach wurden im Gegenzug reduziert und neu festgelegt.

Bei Nichteinhaltung der festgesetzten kumulierten Verpflichtungsmengen bis November 2012 für Düren oder für Bergisch Gladbach, muss die Gesellschaft einmalig eine weitere Zahlung von maximal 600 T€ (100 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung Düren und 500 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung Bergisch Gladbach) an das Ministerium leisten. Weiterer Rückforderung wegen Mengenunterschreitung sind ausgeschlossen. Die BGE hat aufgrund der Nichteinhaltung der Mengenverpflichtungen daher Rückstellungen in Höhe von 600 T€ gebildet und diese im Rahmen des Pachtvertrags als mit der Geschäftstätigkeit verbundene Nebenkosten im Geschäftsjahr 2012 an die Zanders GmbH weiterbelastet.

Gemäß Vertrag zwischen der BGE und der Zanders GmbH vom 19.12.2007 verpflichtet sich der Gesellschafter Zanders GmbH, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Ge-

sellschaft im Falle einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen dieser nachkommen kann.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft stark von der Mehrheitsgesellschafterin Zanders GmbH abhängig. Deren Geschäftsführung erwartet infolge der neuen Eigentümerstruktur eine ausschließlich auf die Bedürfnisse von Zanders ausgerichtete Strategie. Entscheidungen hinsichtlich Produktportfolio und Marktabdeckung können zukünftig konzernunabhängig getroffen werden.

11. Voraussichtliche Entwicklung

Der für die Beurteilung der Liquidität der Gesellschaft maßgebliche Finanzplan, aufgestellt bis zum Jahr 2016, sieht ein ausgewogenes Verhältnis von Erträgen und Aufwendungen vor. Die Umsatzerlöse, Transportmengen und Aufwendungen werden in 2015 im Vergleich zu 2014 voraussichtlich auf einem konstanten Niveau bleiben. Daher erwartet die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2015 ein positives Jahresergebnis, wobei der Grund von Sondereffekten der Jahresüberschuss leicht über dem Vorjahresniveau liegen wird.

Es werden keine wesentlichen Veränderungen der Vermögens- und Finanzlage erwartet. Naturgemäß können sämtliche Prognosen von den tatsächlich eintretenden Entwicklungen abweichen.

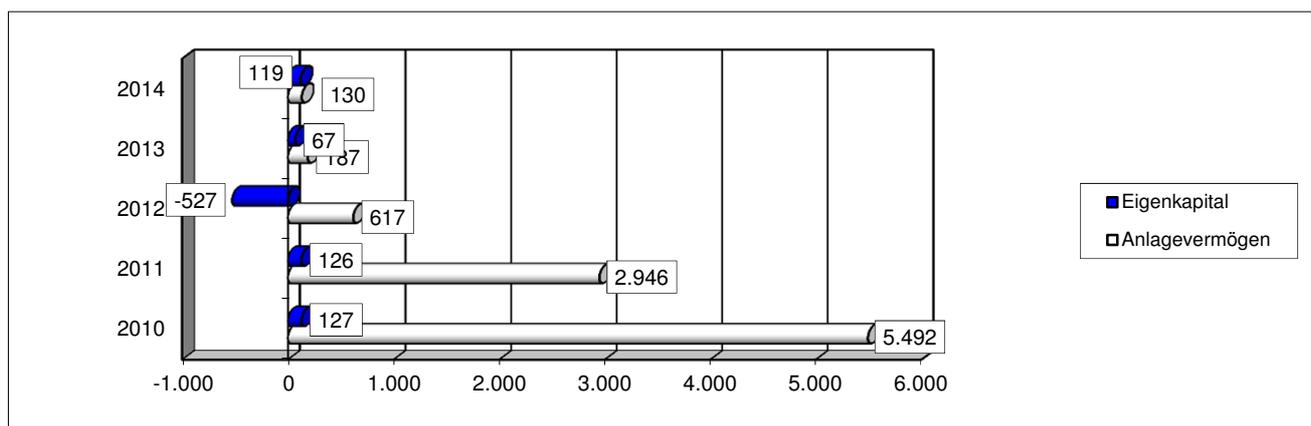
Wirtschaftliche Daten der BGE Eisenbahn Güterverkehr Gesellschaft mbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	51	66	30	9	0	-9
Sachanlagen	5.441	2.880	587	178	130	-48
Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	5.492	2.946	617	187	130	-57
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	105	139	49	611	623	12
Flüssige Mittel	913	928	1.043	978	677	-301
Umlaufvermögen	1.018	1.067	1.092	1.589	1.300	-289
Rechnungsabgrenzungsposten	74	57	57	57	41	-16
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	1.215	545	527	33	0	-33
Bilanzsumme	7.799	4.615	2.293	1.866	1.471	-395

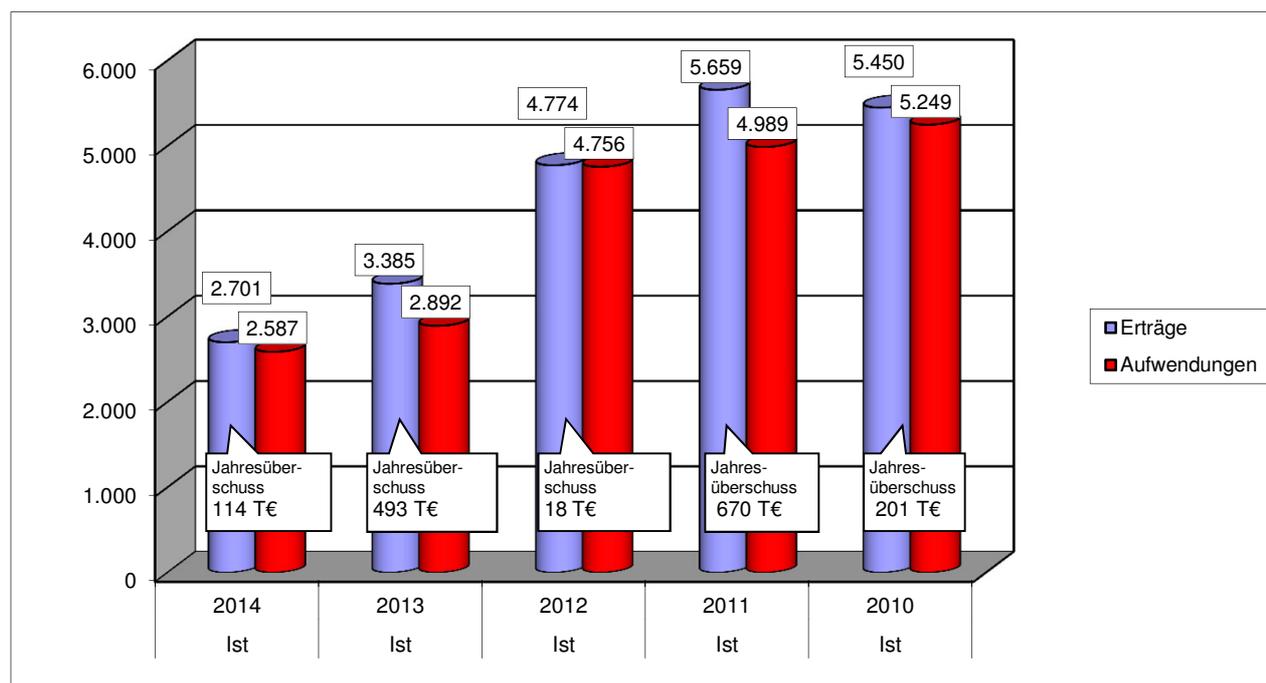
PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	511	511	511	511	511	0
Verlustvortrag	-712	-1.182	-1.056	-1.037	-544	493
Jahresfehlbetrag/ Jahresabschluss	2.001	670	18	493	114	-379
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	1.215	545	527	33	0	-33
Eigenkapital	0	0	0	0	81	81
Sonderposten mit Rücklageanteil	2.237	1.119	0	167	199	32
Rückstellungen	174	231	802	777	944	167
Verbindlichkeiten	4.918	2.795	1.179	922	247	-675
Rechnungsabgrenzungsposten	470	470	312	0	81	81
Bilanzsumme	7.799	4.615	2.293	1.866	1.471	-395

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital
(incl. 60 % des Sonderpostens mit Rücklageanteil)

Gewinn- und Verlustrechnung der BGE Eisenbahn Güterverkehr Gesellschaft mbH

in TEUR	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	2.576	3.139	3.640	4.512	4.318	-563
2. Sonstige betriebliche Erträge	122	246	1.134	1.146	1.132	-124
3. Betriebliche Erträge (1+2+3)	2.698	3.385	4.774	5.658	5.450	-687
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.179	-1.236	-1.573	-1.937	-1.933	57
5. Personalaufwand	-1.034	-892	0	0	0	-142
6. Abschreibungen	-58	-427	-2.334	-2.634	-2.810	369
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-199	-149	-717	-131	-153	-50
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-2.470	-2.704	-4.624	-4.702	-4.896	234
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	0	1	0	3
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-22	-23	-113	-156	-300	1
11. Finanzergebnis (9+10)	-19	-23	-113	-155	-300	4
12. Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
13. Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
14. Neutrales Ergebnis (11+12)	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	209	658	37	801	254	-449
16. Sonstige Steuern	-95	-165	-19	-131	-53	70
17. Jahresüberschuss (15+16)	114	493	18	670	201	-379

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



Kennzahlen im Überblick/BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	70,4%	63,8%	26,9%	10,0%	8,8%
Umlaufintensität in %	13,1%	23,1%	47,6%	85,2%	88,4%
Investitionsquote	2,2%	3,0%	0,8%	1,6%	0,8%
Reinvestitionsquote	4,6%	3,3%	0,2%	0,7%	1,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	15,6%	11,8%	23,0%	1,8%	5,5%
Fremdkapitalquote in %	84,4%	88,2%	77,0%	98,2%	94,5%
Anlagendeckung I in %	22,1%	18,5%	85,4%	17,6%	62,3%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.259 T€	1.596 T€	2.198 T€	1.333 T€	-380 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	4,1%	21,7%	4,1%	21,7%	9,0%
Eigenkapitalrentabilität in %	16,5%	122,9%	3,4%	1493,9%	140,7%
Gesamtkapitalrentabilität in %	7,1%	20,7%	0,8%	26,4%	7,7%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	0,0%	0,0%	0,0%	-28,4%	-40,1%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Zahlungen an die eigenbet. Einr. Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsf. Ab 01.01.2011 an SEB AöR gezahlt.	34.061 €	34.061 €	38.191 €	28.591 €	28.591 €

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	06.10.1999
Gesellschaftsvertrag	vom 06.08.1999 in der Fassung vom 17.03.2014
Handelsregister	HRB 47192 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung von Angeboten zur Personenbeförderung und zum Gütertransport sowie die Förderung der Belange des Umweltverbundes. Die Gesellschaft kümmert sich insbesondere um die dauerhafte Einführung eines Stadtbussystems. Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs werden erst übernommen, wenn die dazu erforderlichen Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz eingeholt sind.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben (z.B. Parkraumverwaltung und Parkraumbewirtschaftung, insbesondere Erwerb, Bau und Betrieb von Parkhäusern in der Stadt Bergisch Gladbach), sofern diese dem Gesellschaftszweck direkt oder indirekt dienlich und nicht dem hoheitlichen Bereich zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Im Geschäftsjahr 2014 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2014 an:

Lutz Urbach, Bürgermeister (Vorsitzender)

Christian Buchen, (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
Oliver Renneberg,
Boris Jentsch,
Hermann-Josef Wagner,
Michael Zalfen,
Mirko Komenda,
Dr. Cornelia Rüdig

Im Geschäftsjahr 2014 fanden zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer ist Herr Stephan Schmickler. (Bezüge Geschäftsjahr= 5.622,72 €)

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Neben dem Geschäftsführer, der diese Tätigkeit als Nebentätigkeit ausübt, wird seitens der Gesellschaft auf zwei weitere städtische Bedienstete zurückgegriffen, für die seitens der Gesellschaft eine Personalkostenerstattung an die Stadt gezahlt wird.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lag eine Leistungsbeziehung zur GL Service gGmbH GmbH vor, welche die Verteilung der Fahrpläne (Auftragswert in 2014: 73,83 €) übernahm. Auch zahlte die Stadtverkehrsgesellschaft an den SEB Miete in Höhe von 10.560,00 € für den Container am S-Bahnhof Bergisch Gladbach sowie an den Immobilienbetrieb eine Pacht für das Grundstück des Kiosk Neuenweg in Höhe von 2.448,00 €.

8. Geschäftsverlauf

Darstellung des Geschäftsverlaufes und Lage des Unternehmens

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von EUR 16.827,09 (Vorjahr: EUR 61.665,01) ab. Somit setzt sich der Trend aus dem Vorjahr, in dem ebenfalls ein Jahresüberschuss durch die Gesellschaft erwirtschaftet werden konnte, fort. Gleichfalls ergibt sich daraus eine Verbesserung des erwarteten Jahresergebnisses um TEUR 16.

Wie in den Vorjahren, wird weiterhin aufgezeigt, dass die anfallenden Kosten nicht über eigene erwirtschaftete Erträge abgedeckt werden können. Vielmehr ist die Gesellschaft auf öffentliche Zuschüsse bzw. Zuschüsse der Stadt als alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft angewiesen. Im Berichtsjahr sind von Seiten der Stadt Zuschüsse i. H. v. EUR 135.000,00 (Vorjahr: EUR 165.000,00) zur Verlustabdeckung 2014 gezahlt worden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die sich im Berichtsjahr auf EUR 200.443,18 (Vorjahr: EUR 204.190,42) belaufen, beinhalten im Wesentlichen den Aufwandsersatz für die von den Verkehrsunternehmen durchgeführten Betriebsleistungen sowie die Fahrpreiserstattungen für das SchülerTicket (gesetzliche Schülerfahrkostenerstattung).

Während die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben sind, haben sich die Verwaltungskosten von EUR 45.636,79 leicht auf EUR 46.079,69 erhöht. Letzteres betrifft in der Hauptsache die an die Stadt zu zahlende Personalkostenerstattung für die Erledigung der wesentlichen Aufgaben durch städtisches Personal.

Im Wirtschaftsjahr 2014 konnte nach jahrelangen Planungen mit dem Bau der „Fahrrad-Umwelt-Station“ am S-Bahnhof in Bergisch Gladbach begonnen werden. Die Fertigstellung der „Fahrrad-Umwelt-Station“ erfolgte im Laufe des Jahres 2015, so dass diese am 15.06.2015 in Betrieb genommen werden konnte. Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden hierfür bereits Investitionen in Höhe von EUR 297.535,43 getätigt. In diesem Zusammenhang flossen zudem Zuschüsse von EUR 231.008,10.

Durch die fortlaufende Unterstützung der Gesellschafterin kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass auch in der Zukunft alle Verbindlichkeiten fristgerecht bedient werden können.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag geprägt von der positiven Liquidität (TEUR 252 = 39,5% der Bilanzsumme). Darüber hinaus besteht vor allem langfristig gebundenes Vermögen in Form des Kiosks an der Haltestelle Neuenweg sowie des Grundstückes am S-Bahnhof Bergisch Gladbach, auf dem die „Fahrrad-Umwelt-Station“ errichtet wurde (32% der Bilanzsumme) sowie der bereits geleisteten Anzahlungen auf den Bau der „Fahrrad-Umwelt-Station“ (26,8 % der Bilanzsumme).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt zum Bilanzstichtag bei 46,00% (Vorjahr: 61,8%).

Im Berichtsjahr wurde ein Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR -33 (Vorjahr: TEUR 114) erwirtschaftet.

Vorgänge von Bedeutung, die nach Schluss der Wirtschaftsjahres 2014 eingetreten sind, dieses aber noch wirtschaftlich belasten und im Abschluss nicht ihren Niederschlag gefunden haben, ergaben sich nicht.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft.

Hinsichtlich des inneren Verwaltungsaufwandes hat sich die Situation nicht verändert. Eine weitere Senkung der Kosten wird nicht mehr erwartet.

Die Gesellschaft prüft weiterhin, inwieweit die Errichtung eines Kiosks an der Haltestelle „Kölner Straße“ realisierbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Sollte die Prüfung in diesem Fall zu einem positiven Ergebnis kommen, könnte in den Jahren 2016 ff. mit dem Bau begonnen werden.

Weiterhin konnte durch die Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2014 mit der Errichtung der „Fahrrad-Umwelt-Station“ am S-Bahnhof Bergisch Gladbach begonnen werden. Zwischenzeitlich konnte die Station am 15.06.2015 in Betrieb genommen werden, die endgültige Fertigstellung ist für den Herbst 2015 vorgesehen.

Die aus den Verpachtungen resultierenden Gewinne mindern in allen Fällen den aus Steuermitteln zu leistenden Deckungsbeitrag.

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den mittelfristig umzusetzenden Unternehmenszielen und ggf. veränderten gesetzlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Speziell sind zu nennen

die Kostenentwicklung bei den angemieteten Verkehren

Kosten- und Erstattungssituation beim Schülerticket (steigende Betriebskosten, erhöhte Inanspruchnahme der Schülerfahrkostenerstattung, sinkende Abnehmerzahlen).

Dabei werden alle Verträge jährlich indiziert gestaltet, wobei aber bei den angemieteten Verkehren aufgrund der fahrplantechnischen Vorlaufzeiten zusätzliche Kündigungsfristen zu beachten sind.

Sowohl die Investitions- und Baumaßnahmen als auch die Verhandlungen um das Schülerticket sowie zur Weiterentwicklung des Netzes haben wiederum gezeigt, dass die bestehende Gesellschaft durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten eine aktive Rolle – vor allem in der Kooperation mit dem Aufgabenträger und den Verkehrsunternehmen – einnehmen kann. Auch ohne die formalen Instrumente der Aufgabenträgerschaft oder der Verkehrsunternehmerfunktion lassen sich so die ÖPNV-Angebote in Bergisch Gladbach zeitnah und zielgerichtet beeinflussen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach weiterhin im Haushaltssicherungskonzept befindet und sowohl bei freiwilligen Leistungen als auch bei Investitionen erheblichen Beschränkungen und Zwängen unterworfen ist.

Für das Jahr 2015 ergibt sich laut Wirtschaftsplan eine voraussichtliche Unterdeckung in Höhe von EUR 173.700. Dieser Betrag soll durch einen Zuschuss der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von EUR 148.700 sowie einen weiteren zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von EUR 25.000, welcher ab dem Haushalt 2013 von der Stadt für Planung, Bau und Betrieb der Fahrrad-Umwelt-Station gezahlt wird, gedeckt werden. Dabei ist in der Unterdeckung der Investitionszuschuss des Landes i.H.v. EUR 122.000 für die „Fahrrad-Umwelt-Station“ bereits berücksichtigt.

Wirtschaftliche Daten der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

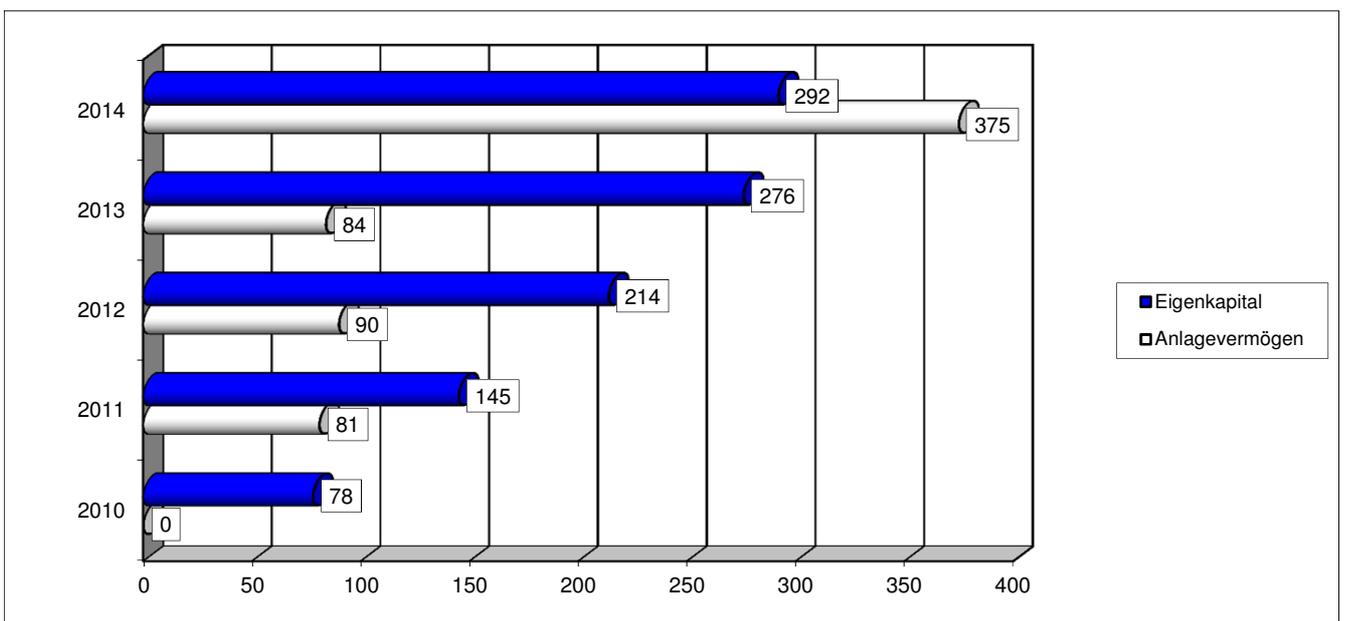
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

Angaben in TEUR

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Sachanlagen	0	81	90	84	375	291
Anlagevermögen	0	81	90	84	375	291
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42	144	12	4	9	5
Flüssige Mittel	184	141	252	359	252	-107
Fehlbetrag						0
Umlaufvermögen	226	285	264	363	261	-102
Rechnungsabgrenzungsposten	13	3	0	0	1	1
Bilanzsumme	239	369	354	447	637	190

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	86	66	70	62	17	-45
Verlustvortrag/ Gewinnvortrag	-33	54	119	189	250	61
Fehlbetrag						
Eigenkapital	78	145	214	276	292	16
Rückstellungen	17	96	36	9	10	1
Verbindlichkeiten	144	128	104	162	334	172
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	1
Bilanzsumme	239	369	354	447	637	190

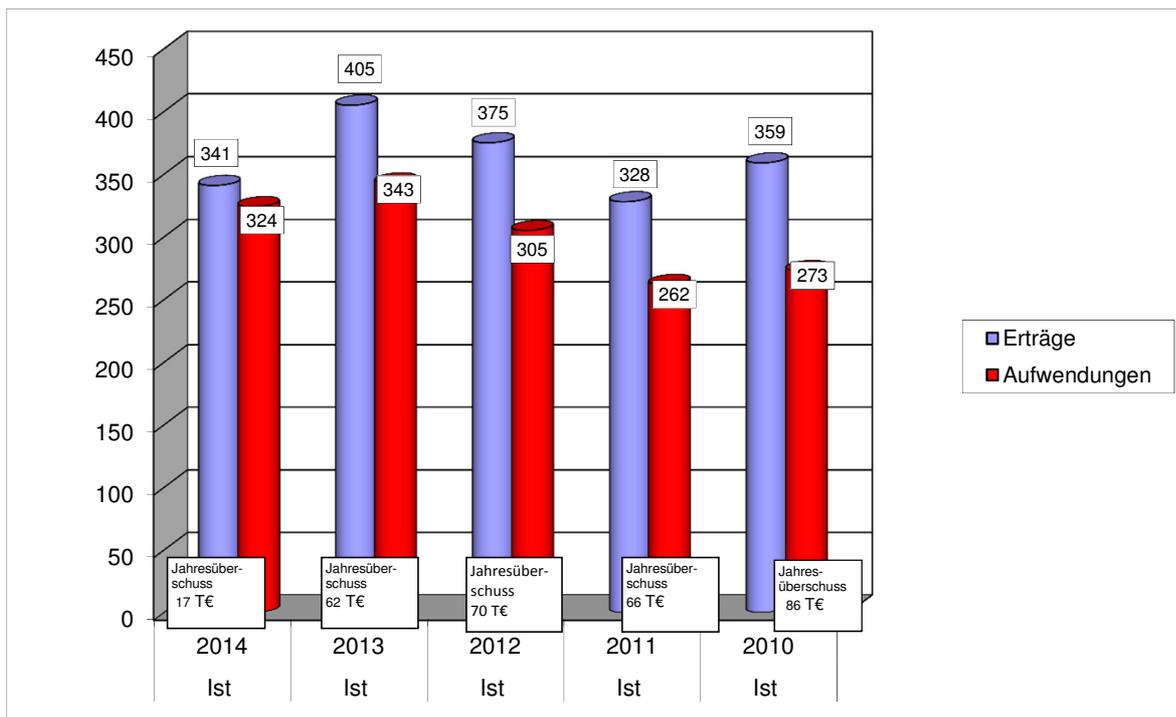
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14/ Ist 13
1. Umsatzerlöse	162	205	229	201	190	170	-24
2. Sonstige betriebliche Erträge	43	136	176	174	138	189	-40
3. Betriebliche Erträge (1+2)	205	341	405	375	328	359	-64
4. Materialaufwand	-268	-200	-204	-194	-183	-169	4
5. Personalaufwand	-38	-6	-6	-6	-6	-6	0
6. Abschreibungen	-12	-7	-6	-6	0	0	-1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-22	-109	-124	-96	-73	-98	15
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-340	-322	-340	-302	-262	-273	18
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-2	-3	-3	0	0	1
11. Finanzergebnis (9+10)	0	-2	-3	-3	0	0	1
12. Jahresüberschuss (3+8+11)	-135	17	62	70	66	86	-45

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Stadtverkehrsgesellschaft mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,0%	22,0%	25,4%	18,8%	58,9%
Umlaufintensität in %	94,6%	77,2%	74,6%	81,2%	41,0%
Investitionsquote	-	-	-	-	79,5%
Reinvestitionsquote	-	-	-	-	4257,1%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	32,6%	39,3%	60,5%	61,7%	45,8%
Fremdkapitalquote in %	67,1%	60,7%	39,5%	38,3%	54,0%
Anlagendeckung I in %	-	-	-	-	-
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	97 T€	-37 T€	131 T€	111 T€	-33 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	51,0%	35,8%	34,8%	27,1%	8,3%
Eigenkapitalrentabilität in %	110,3%	45,5%	32,7%	22,5%	5,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %	51,0%	17,9%	19,8%	14,3%	3,0%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	3,3%	3,0%	3,0%	2,6%	2,9%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
allgemeiner Zuschuss	187.950 €	136.700 €	172.041 €	165.000 €	135.000 €
davon für Vorjahre	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Investitionszuschuss	0 €	0 €	0 €	0 €	25.000 €
Erstattungen für Serviceleistungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Gesamt	187.950 €	136.700 €	172.041 €	165.000 €	160.000 €

Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
Sitz	Obereschbach 1, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	durch notariellen Vertrag vom 18. Dezember 2000
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 18.12.2000/ 26.06.2014
Handelsregister	HRB 47448 beim Amtsgericht Köln, Eintragung am 07. März 2001, HRB 47448 beim Amtsgericht Köln seit der Zuständigkeitsänderung der Führung der Handelsregister im Jahre 2002
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich der Sammlung, des Transportes und der Verwertung von Abfällen sowie die Strassenreinigung, die nicht Gegenstand der durch den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an ihnen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode gewählt werden. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der aus ihrer Mitte gewählte Vorsitzende.

Die Gesellschafterversammlung setzte sich 2014 wie folgt zusammen:

Herr Markus Sprenger (MdR (Vorsitzender der Gesellschaftervers.), bis 03.12.2014
Herr Karl-Adolf Maas	Mitglied des Rates
Herr Mirko Kommenda	Mitglied des Rates
Herr Stephan Schmickler	2. Beigeordneter und Stadtbaurat, bis 03.12.2014
Herr Michael Kremer	Leiter des Fachbereiches 7, ab 03.12.2014
Herr Oliver Renneberg	Mitglied des Rates, ab 03.12.2014
Herr Dr. Ulrich Steffen	Mitglied des Rates, ab 03.12.2014

Es fanden 3 Gesellschafterversammlungen im Berichtsjahr statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft verfügt über **keinen** Aufsichtsrat.

3.3 Geschäftsführung

Zu Geschäftsführern wurden Frau Diana Lauszus (Vertretung, Gesamtbezüge 2014= 0,6 T€) und Herr Wilhelm Carl (Gesamtbezüge 2014= 2 T€) berufen.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ist aufgrund Gesellschaftsvertrag vom 26.06.2014 um 75 T€ auf 100 T€ erhöht worden und wird in voller Höhe durch die Stadt Bergisch Gladbach gehalten.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2014 waren bei der Gesellschaft, neben den zwei Geschäftsführern, durchschnittlich 21,5 (Vorjahr: 19) Arbeiter beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow, Dr. Ott KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Für Fahrzeugvermietungen wurden von der GL Service gGmbH 23.099,61 € Netto gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 konzentrierten sich die Kerngeschäfte der Gesellschaft weiterhin auf Personalgestellung, Vermietung von Abfallbehältern und Fahrzeugen, der Abfallverwertung sowie des Betriebs einer Übergabestelle für Elektroaltgeräte.

Der im vorangegangenen Geschäftsjahr erwirtschaftete Gewinn ist im laufenden Jahr, insbesondere bedingt durch die Erstattung vergeblicher Planungskosten durch den Abfallwirtschaftsbetrieb und der Erholung der Marktpreise für Altpapier gestiegen, so dass ein Jahresüberschuss in Höhe von 181.858,02 Euro verbleibt. Eine Gewinnausschüttung an den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach als Gesellschafterin ist im Hinblick auf die Finanzierung anstehender Investitionen (Erweiterung des Fahrzeugbestandes, Planungs- und Baukosten für Verlagerung der Übergabestelle für Elektroaltgeräte mit Erweiterung zum Wertstoffhof) aus liquiden Mitteln nicht vorgesehen.

Ertragslage

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 181.858,02 Euro ab.

Die Entwicklung gegenüber der dem Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	2.068	1.671	397	23,8
Materialaufwand	-110	-121	11	-9,1
Personalaufwand	-762	-664	-98	14,8
Abschreibungen	-757	-545	-212	38,9
Sonstige Aufwendungen und Erträge (saldiert)	-64	-60	4	6,7
Betriebsergebnis	375	281	94	33,5
Finanzergebnis und neutra- les Ergebnis	-108	-100	8	8,0
Ertragsteuern	-85	-54	-31	57,4
Jahresüberschuss	182	127	55	43,3

Die Erlöse der Gesellschaft sind um 397 TEUR auf 2.068 TEUR gestiegen. Die aus der Geschäftsbeziehung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb und der Stadt erzielten Erlöse sind um 371 TEUR gestiegen, die Erlöse aus der Tätigkeit für Dritte sind um 26 TEUR gestiegen. Aufgrund der einjährigen Wiederbesetzungssperre für freie Stellen im AWB und der Beschäftigung von Mitarbeitern für die Altkleidersammlung erhöhten sich die Erlöse aus der Personalgstellung um 117 TEUR auf 735 TEUR. Nach dem starken Rückgang der Marktpreise für Papier und Schrott haben sich ab Jahresbeginn die Sekundärrohstoffpreise 2014 stabilisiert bzw. für den Bereich Papier leicht verbessert. So betragen die Erlöse im Bereich Verwertung rund 109 TEUR und liegen damit um 16 TEUR über dem Vorjahr. Durch verstärkte Investitionstätigkeit aufgrund der höheren Nachfrage haben sich die Erlöse im Geschäftsbereich „Vermietung Fuhrpark“ an die Stadt um 257 TEUR auf 983 TEUR erhöht. Die Erträge aus der Vermietung der Altpapiertonnen sowie die Erlöse aus anderen Vermietungen sind stabil. Der Personalaufwand ist um 98 TEUR auf 762 TEUR gestiegen. Die Abschreibungen sind um 212 TEUR auf 757 TEUR gestiegen und befinden sich weiterhin auf hohem Niveau. Die Ertragsteuern haben sich aufgrund des verbesserten Ergebnisses um 31 TEUR erhöht. Per Saldo ist der Jahresüberschuss um 55 TEUR von 127 TEUR auf 182 TEUR gestiegen.

Vermögenslage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr wieder Investitionen in das Sachanlagevermögen, insbesondere durch die Anschaffung von Müllfahrzeugen, Feuerwehrfahrzeugen und sonstigen Nutzfahrzeugen von 1.933 TEUR getätigt. Saldiert mit den Abschreibungen und Abgängen erhöhte sich das Anlagevermögen um 1.156 TEUR. Der Darlehensstand erhöhte sich insgesamt um 1.006 TEUR auf 4.015 TEUR; einer Darlehensaufnahme von 1.700 TEUR standen planmäßige Tilgungen u. ä. von 694 TEUR gegenüber.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	2014 TEUR	2013 TEUR	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	5.143	3.987	1.156	29,0
Umlaufvermögen	314	292	22	7,5
Liquide Mittel	223	90	133	147,8
Summe	5.680	4.369	1.311	30,0
Eigenkapital	1.289	1.032	257	24,9
Fremdkapital				
Langfristig	3.323	2.470	853	34,5
Kurzfristig	1.068	867	201	23,1
Summe	5.680	4.369	1.311	30,0

Chancen

Nach dem Ausschreibungsergebnis der DSD GmbH zur Sammlung von LVP-Verkaufsverpackungen konnte mit der beauftragten Firma die Fortsetzung der Vereinbarung zur Nutzung gemieteter Gelber Tonnen bis 2016 abgestimmt werden. Der Bereich Behältervermietung wird sich daher auch in den nächsten Jahren positiv gestalten. Die Nachfrage nach Großbehältern aus dem gewerblichen Bereich sowie größeren Wohnanlagen geht wie auch im Vorjahr weiter zurück. Im Bereich der Vermietung von Abfallbehältern ist die Vermietung von Altkleidercontainern in 2013 hinzugekommen. Diese wird ab 2015 durch Ersatzinvestitionen und den bedarfsgerechten Ausbau der Sammlung weiter zu einer Umsatzsteigerung führen. Im Hinblick auf den Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, bei der Gesellschaft alle für städtische Zwecke benötigten Fahrzeuge anzumieten, werden in den Folgejahren weiterhin verstärkt Investitionen – insbesondere im Bereich der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen - erforderlich. Das Geschäftsvolumen im Sektor Vermietung von Kraftfahrzeugen wird daher auch im kommenden Geschäftsjahr steigen. Zur (Teil-)Finanzierung denken wir den laufenden Überschuss dem Eigenkapital zuzuführen. Die EGBL wurde zwischenzeitlich durch den AWB mit Planung und Bau eines Wertstoffhofes beauftragt. Bei Realisierung dieses Projekts ergeben sich voraussichtlich höhere Umsätze aus Verwertung sowie Vermietung und Verpachtung als bisher.

Risiken

Im Hinblick auf die Rutschungen des Hanges an der Elektroaltgeräte-Übergabestation ist der beabsichtigte Ausbau zu einem Abfallcenter an dieser Stelle nicht mehr möglich. Die EGBL wurde vom städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb mit dem Grunderwerb und Bau eines neuen Abfallcenters an einem zentralen Standort in Bergisch Gladbach (Cederstraße) beauftragt. Daher hatte die EGBL in Erwartung des Grunderwerbs geeignete Ingenieurbüros mit der Anfertigung einer Vorplanung und der schalltechnischen Begutachtung des potentiellen Standort-

tes beauftragt. Da die Eigentümerin des Standortes ihre Verkaufsbereitschaft zurückgezogen hat, wurden die getätigten vergeblichen externen Aufwendungen gegenüber dem AWB als Auftraggeber zur Erstattung angefordert, sodass nur ein geringer Verlust entstanden ist. Auch bei dem Neuauftrag zum Nachfolgeprojekt besteht bis zum Vorliegen der Genehmigung und dem Abschluss des Grunderwerbs ein Ausfallrisiko. Weiterhin nicht absehbar ist im Hinblick auf das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz die mittelfristige Entwicklung der Vermietung Gelber Tonnen an Haushalte und Gewerbebetriebe. Der Gesetzentwurf sieht hier eine einheitliche Wertstofffassung vor. Wie die Umsetzung dieser Vorgaben erfolgt, wird in einem nachgeschalteten Wertstoffgesetz geregelt, dessen Entwurf für die zweite Jahreshälfte 2015 angekündigt ist.

Voraussichtliche Entwicklung in 2015

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Geschäftsführung im Bereich „Vermietung“ erneut einen weiteren Umsatzzuwachs im Hinblick auf die geplanten Investitionen in Fahrzeuge für verschiedene Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach. Zudem hat die Gesellschaft den Auftrag zur Errichtung eines Wertstoffhofes in Bergisch Gladbach (Refrather Weg – Kippemühle) erhalten. Die Planung und die Genehmigung werden voraussichtlich zum Jahresende abgeschlossen werden, sodass mit dem Bau in 2016 begonnen werden kann. Im Bereich „Verwertung“ kann mit leicht steigenden PPK-Sammelmengen gerechnet werden, sodass auch bei stagnierenden Rohstoffpreisen eine Ergebnisverbesserung denkbar ist. Dem stehen allerdings die Kosten der Vorplanung für einen Wertstoffhof gegenüber, die sich erst in den Folgejahren nach dessen Inbetriebnahme refinanzieren. Daher wird für das nächste Jahr – bereinigt um die in 2014 erfolgte einmalige Planungskostenerstattung – ein nahezu gleichbleibender Gewinn aus der Geschäftstätigkeit erwartet. Weitere gewinnschmälernde Risiken sind für das Geschäftsjahr 2015 derzeit nicht erkennbar.

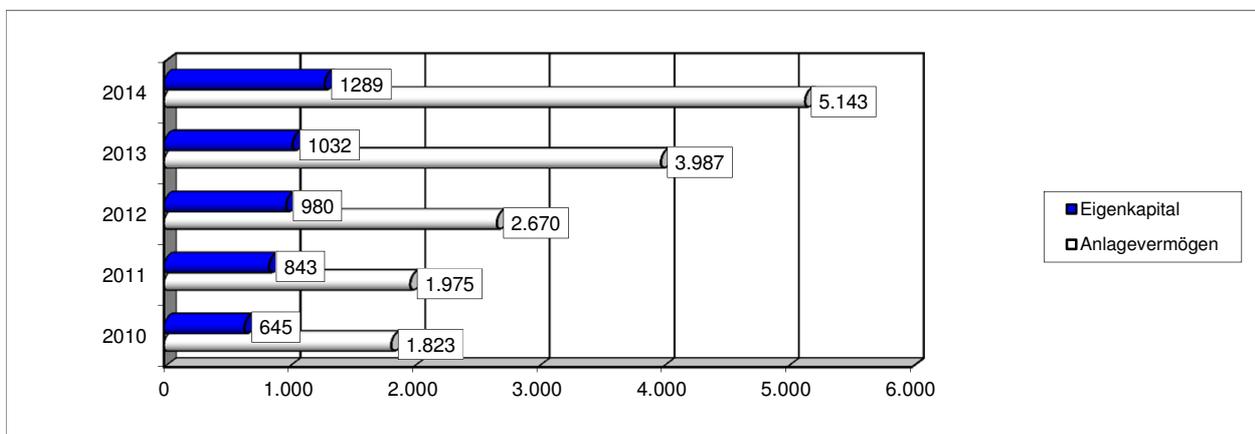
Wirtschaftliche Daten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)**Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	1	0	0	0	0
Sachanlagen	1.817	1.974	2.670	3.987	5.143	1.156
Anlagevermögen	1.823	1.975	2.670	3.987	5.143	1.156
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	520	258	187	292	314	0
Flüssige Mittel	251	200	43	90	223	22
Umlaufvermögen	771	458	230	382	537	133
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	155
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	2.594	2.433	2.900	4.369	5.680	0
						0
						1.311

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	100	75
Kapitalrücklage	1	1	1	1	1	0
Fehlbetrag aus Vorjahren/ Gewinnvortrag	441	619	817	880	1.006	126
Jahresfehlbetrag/-überschuss	178	198	137	126	182	56
nicht gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	645	843	980	1.032	1.289	257
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	217	178	137	60	90	30
Verbindlichkeiten	1.732	1.412	1.783	3.277	4.301	1.024
Bilanzsumme	2.594	2.433	2.900	4.369	5.680	1.311

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital

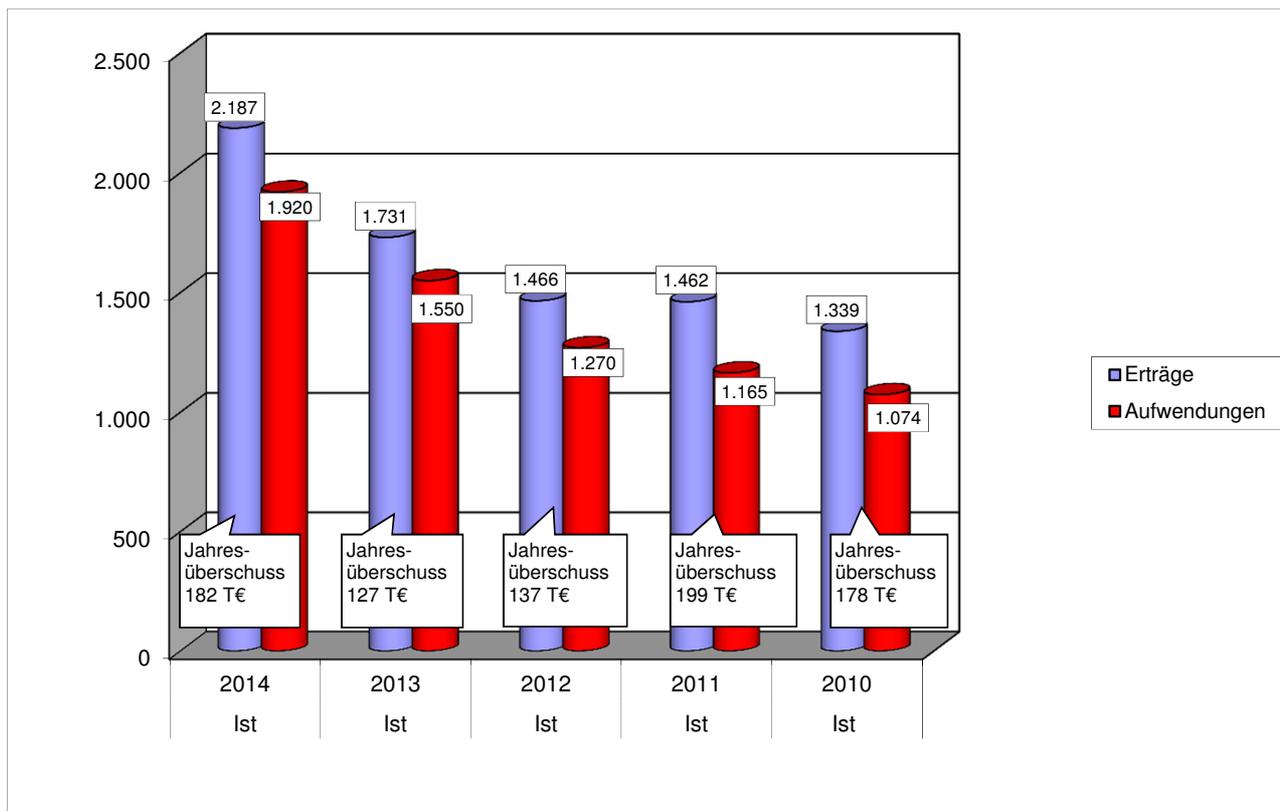
(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	1.803	2.068	1.671	1.400	1.416	1.312	397
2. Sonstige betriebliche Erträge	25	119	59	64	45	26	60
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.828	2.187	1.730	1.464	1.461	1.338	457
4. Materialaufwand	-67	-110	-121	-106	-92	-77	11
5. Personalaufwand	-705	-762	-664	-564	-530	-554	-98
6. Abschreibungen	-711	-757	-545	-398	-357	-311	-212
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-129	-181	-139	-143	-140	-87	-42
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1612	-1.810	-1.469	-1.211	-1.119	-1.029	-341
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1	2	1	1	-1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-126	-110	-81	-59	-46	-45	-29
11. Finanzergebnis (9+10)	-126	-110	-80	-57	-45	-44	-30
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-29	-85	-54	-59	-98	-87	-31
13. Jahresüberschuss (3+8+11+12)	61	182	127	137	199	178	55

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in % *	70,3%	81,2%	92,1%	91,3%	90,5%
Umlaufintensität in % *	29,7%	18,8%	7,9%	8,7%	9,5%
Investitionsquote	34,2%	25,8%	28,8%	46,9%	37,6%
Reinvestitionsquote	200,6%	142,6%	288,7%	343,3%	255,4%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	24,9%	34,6%	33,8%	23,6%	22,7%
Fremdkapitalquote in %	75,1%	65,4%	66,2%	76,4%	77,3%
Anlagendeckung I in %	35,4%	42,7%	36,7%	25,9%	25,1%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	541 T€	494 T€	633 T€	524 T€	959 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	23,4%	24,4%	18,1%	16,8%	17,8%
Eigenkapitalrentabilität in %	27,6%	23,6%	14,0%	12,3%	14,1%
Gesamtkapitalrentabilität in %	12,0%	14,2%	8,7%	6,0%	6,5%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	42,2%	37,4%	40,3%	39,7%	36,8%

Finanzielle Auswirkungen bzgl. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	2010*	2011*	2012*	2013*	2014*
Umsatzerlöse mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)	854.027 €	872.300 €	860.000 €	1.018.885 €	1.177.124 €
Umsatzerlöse mit der Stadt und dem Abwasserwerk	163.528 €	218.985 €	238.000 €	370.394 €	583.771 €
Erstattungen Personal- u. Sachkosten an den Abfallwirtschaftsbetrieb	-52.293 €	-50.000 €	-55.000 €	-60.000 €	-76.215 €
Saldo	965.262 €	1.041.285 €	1.043.000 €	1.329.279 €	1.684.680 €

* Zahlen lt. Jahresabschluss

Stellenplan EBGL GmbH	2012	2012	2013	2013	2014
Geschäftsführer	1*	1*	1*	1*	1*
Stellv. Geschäftsführer	1	1	1	1	1
Arbeiter	16	17	19	19	21,5

* Der Geschäftsführer ist ebenfalls für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB tätig.

GL Service gGmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	GL Service gGmbH
Sitz	Tannenbergsstraße 53-55, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	01.12.2007
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 17.03.2014
Handelsregister	HR B 62188 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die der Zweckbestimmung der Gesellschaft dienlich erscheinen. Hierzu gehören insbesondere die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz, Maßnahmen und Einrichtungen der Beschäftigung und Qualifizierung nach den Sozialgesetzbüchern II, III, VIII, IX und XII sowie Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschrift des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2014 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung:

Herr Dr. Johannes Bernhauser,	Vorsitzender/ Mitglied des Rates
Frau Brigitte Schöttler-Fuchs,	stellv. Vorsitzende/ Mitglied des Rates
Herr Thomas Galley	Mitglied des Rates
Frau Mechthildis Münzer,	Mitglied des Rates
Herr Lutz Urbach	Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Herr Thorsten Jungbluth	Mitglied des Rates (ab 17.06.2014)
Herr Rudolf Pick	Mitglied des Rates (ab 17.06.2014)
Frau Anna Maria Scherer	Mitglied des Rates (ab 17.06.2014)
Herr Markus Gerhards,	Mitglied des Rates (bis 16.06.2014)
Herr Manfred Kühl	Mitglied des Rates (bis 17.06.2014)
Herr Detlef Schnöring	Mitglied des Rates (bis 17.06.2014)

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Stephan Dekker. Die Bezüge des Geschäftsführers betragen 7 T€. Herr Andreas Kuhlen hat Handlungsvollmacht.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Die Stadt Bergisch Gladbach ist alleinige Gesellschafterin der GL Service gGmbH. Das Stammkapital ist voll eingezahlt worden.

5. Beschäftigte

In 2014 waren durchschnittlich 44 Vollbeschäftigte zu verzeichnen.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSRГ Dornbach GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lagen folgende Leistungsbeziehungen zu städtischen Gesellschaften vor:

- Leasing von Fahrzeugen über die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH für 23.099,62 € Netto.
- Verteilung von Fahrplänen der Stadtverkehrsgesellschaft mbH für 73,83 € Brutto.
- Erbringung von Dienstleistungen in Höhe von 6.888,69 € Brutto für die SEB AöR
- Aufhängen von Plakaten (Kosten 161 €) für die Bädergesellschaft mbH

8. Geschäftsverlauf

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Der Gesellschaftszweck wurde durch die im Jahre 2014 durchgeführten und vorgehaltenen Maßnahmen, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote eingehalten. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Qualifizierung und Betreuung arbeitsloser Menschen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Eine solche Integration konnte in vielen Fällen erreicht werden. Darüber hinaus wurde mit der Eröffnung der Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ ein neues Geschäftsfeld eröffnet, was künftig einen weiteren Schwerpunkt der Gesellschaft im Rahmen ihrer Eigenschaft als freier Träger der Jugendhilfe bilden wird. Über die Arbeit der Gesellschaft und die erzielten Erfolge wurde im zuständigen Fachausschuss der Gesellschafterin ausführlich berichtet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Arbeitsgelegenheiten sowie Erwerbslosenberatung

Im Bereich Arbeitsgelegenheiten und Erwerbslosenberatung ist das Geschäftsjahr 2014 wie bereits die Vorjahre geprägt durch Anpassungen, da die Zahl der Zuweisung von SGB II – Kundinnen und Kunden in die Arbeitsgelegenheiten weiter rückläufig ist. Auf die wirtschaftlichen Folgen des Rückgangs der Zuweisungen von SGB II – Kundinnen und Kunden hat die Geschäftsführung im Rahmen des Risikomanagements sowohl in der Gesellschafterversammlung, als auch im Verwaltungsvorstand der Gesellschafterin hingewiesen. Mit der Eröffnung der Jugendhilfestation konnte der Umbau der Gesellschaft abgeschlossen werden, so dass dieses Geschäftsfeld nur noch eine untergeordnete Bedeutung bei der Finanzierung der Gesellschaft hat. Die Erwerbslosenberatung erfolgt seit dem 01.01.2013 erfolgreich an der Tannenbergstraße.

Familienhilfe und Jugendhilfe

Die Aktivitäten bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung sind weiterhin erfolgreich. Der seit Sommer 2013 erfolgte Umbau des Gebäudes Gartenstraße in eine Jugendhilfestation sowie die Ausarbeitung eines Konzeptes für diese konnten erfolgreich und fristgerecht abgeschlossen werden. Die hierfür benötigten finanziellen Mittel stammen aus der Stiftung Scheuer.

Mensa-Bereich

Der Mensabereich konsolidierte sich in 2014 weiter, insbesondere wurden durch die Einführung eines Abo-Systems sowohl die Planungssicherheit, als auch die Sicherheit kontinuierlicher Einnahmen erhöht. Dennoch bleibt die qualitativ anspruchsvolle Essensversorgung an den Schulen weiterhin ein Zuschussgeschäft.

Stationäre Jugendhilfe

Die Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ nahm zum 01.01.2014 ihren Betrieb auf und konnte im Jahresverlauf ihre Belegungszahl kontinuierlich steigern. Trotz hoher Anlaufkosten beim Personal hat dieses neue Geschäftsfeld bereits im ersten Jahr zu einer positiven Entwicklung des Geschäftsergebnisses der Gesellschaft beigetragen.

2. Geschäftsverlauf

Im Lagebericht 2012 hatte die Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 einen weiteren Umsatzzuwachs bei dem ausgebauten Geschäftsfeld „ambulante Hilfen zur Erziehung“ bei gleichzeitig höheren Investitionen in Personal- und Sachkosten vorausgesagt. Dies war bereits im Jahr 2013 der Fall und hat sich auch im Jahr 2014 fortgesetzt. Allerdings ist durch die Beendigung des Angebotes der Sozialen Gruppenarbeit durch das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach ein Teil der Einnahmen in diesem Geschäftsfeld weggefallen

Neu hinzugekommen ist neben der stationären Jugendhilfe die neue „schnelle Eingreiftruppe“, der CityService, der im Auftrag der Stadt Bergisch Gladbach vorrangig im Bereich Grünpflege und Stadtreinigung tätig ist.

Weiterhin problematisch stellte sich die Situation im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ dar, das in 2012 bis in 2013 hinein unter der zweiten Umbauphase in der Küche der IGP zu leiden hatte. Im Jahr 2014 konnte auch aufgrund des neu eingeführten Abo-Systems an den Schulen „Ahornweg“ und „IGP“ eine leichte Verbesserung erzielt werden.

3. Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss i. H. v. € 46.875,03 ab.

Das Jahresergebnis verbesserte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 um T€ 84.

	2014	2013	Veränderung 2013 – 2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.224	1.333	+891
Aktivierete Eigenleistungen	46	114	-68
Sonstige betriebliche Erträge	120	115	+5
Materialaufwand inkl. Mensa	189	173	+16
Personalaufwand	1610	923	687
Abschreibungen	38	23	+15
Sonstige Aufwendungen	496	481	- 64
Betriebsergebnis	47	-37	+ 84
Zinsergebnis	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)/-überschuss	47	-37	+84

Die Erlöse der Gesellschaft betragen für das Geschäftsjahr 2014 rund T€ 2.223 und liegen damit um T€ 891 über dem Vorjahresergebnis. Die Steigerung resultiert insbesondere aus den Einnahmen aus dem neuen Geschäftsfeld der stationären Jugendhilfe, höherer Einnahmen im Cafeteria / Mensabereich sowie der schnellen Eingreiftruppe „CityService“. Durch die Jugendhilfestation konnten erstmalig T€ 771 erwirtschaftet werden. Die Erlöse im Rahmen der AGH-Maßnahmen sanken weiter um T€ 46 auf T€ 100; in 2009 beliefen sich die Erlöse noch auf T€ 312. Die Umsatzerlöse aus den flankierenden Tätigkeiten zu den AGH – Maßnahmen durch Betrieb von Schulmensen und Cafeterien erhöhten sich um T€ 87 auf T€ 343. Die Erlöse im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe sanken wegen der Aufgabe der sozialen Gruppenarbeit um T€ 14 auf T€ 307.

Der Materialaufwand beträgt im Geschäftsjahr 2014 rund T€ 189. Wesentliche Kostenpositionen waren hierbei die Aufwendungen für den Maler- und Lackierbereich (T€ 25) sowie die Kosten für den Betrieb der Mensen (T€ 148). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von T€ 15 oder 8 %.

Die im Vergleich zum Vorjahr um T€ 687 höheren Personalaufwendungen resultieren vor allem aus Einstellungen für die Jugendhilfestation und den CityService. Die Abschreibungen betragen T€ 38 und betreffen vor allem Fahrzeuge, Maschinen sowie Mietereinbauten. Unter dem sonstigen betrieblichen Aufwand sind vor allem die Aufwendungen für Mitarbeiter der Stadt (T€ 16), für Raumkosten (T€ 70), KFZ-Kosten (T€ 82), Kosten für den Schulungsaufwand der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen, sowie in der SPFH (T€ 100) zusammengefasst.

Per Saldo beträgt der Jahresüberschuss T€ 47 und liegt damit um T€ 84 über dem Vorjahresergebnis.

b) Finanzlage

Der Finanzmittelbestand per 31.12. beträgt T€ 159. Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 53. Unter Berücksichtigung des Mittelabflusses aus der Investitionstätigkeit von T€ 817 und einer (saldierte) Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 372 ergibt sich insgesamt eine Reduzierung des Finanzmittelbestandes gegenüber dem Vorjahr um T€ 392. Hinzuweisen ist darauf, dass die Kaufpreiszahlung von T€ 710 für das Gebäude in 2014 erfolgte, ebenso die Grunderwerbsteuer von T€ 36.

c) Vermögenslage

Aufgrund der Investitionen von T€ 837 erhöhte sich das Anlagevermögen saldiert um T€ 799. Die liquiden Mittel verringerten sich zum 31.12.2014 von T€ 551 um T€ 392 auf T€ 159. Dem stehen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von T€ 1162 (Vorjahr T€ 557) gegenüber. Die Verbindlichkeiten bestehen größtenteils gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen der Personalkostenerstattung, die mit Forderungen aus Kostenerstattungen verrechnet werden, sowie gegenüber Kreditinstituten im Rahmen des Erwerbs von Grundstücken und Gebäuden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013	Veränderung
	T€	T€	2013 - 2014
			T€
Anlagevermögen	1139	340	799
Vorräte	17	16	+1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen u.a.	434	107	327
Sonstige Vermögensgegenstände	41	125	-84
Liquide Mittel	159	551	-392
Eigenkapital	629	582	47
Rückstellungen	102	109	-7
Verbindlichkeiten	1060	448	612

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Geschäftsführung einen zumindest gleichbleibend hohen Umsatzanteil bei dem ausgebauten Geschäftsfeld „ambulante Hilfen zur Erziehung“. Zwar ist die soziale Gruppenarbeit als Angebot weggefallen, gleichzeitig konnte aber die Kooperation mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis verbessert werden, wodurch sich eine Kompensation ergibt. Gleichzeitig werden die Gesamtumsätze durch die im Januar 2014 eröffnete Jugendschutzstelle „Stiftung Scheurer“ weiter ansteigen, da die Auslastung nach den Entwicklungen im Jahr 2014 voraussichtlich weiter hoch sein wird. Ebenso werden die Kosten für Unterhaltung und Personal ansteigen. Ambulante und Stationäre Hilfen zur Erziehung sind inzwischen zur tragenden Säule der GL Service gGmbH geworden. Die Umsätze bei den Maßnahmeplätzen der Arbeitsgelegenheiten werden zumindest für die Jahre 2015 auf dem niedrigen Niveau konstant bleiben bzw. leicht absinken. Weitere Verbesserungen sind im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ zu erwarten, da durch die Einführung des Abo-Systems und die weitere Jahrgangsstufe an der neuen Nelson-Mandela-Gesamtschule die Essenszahlen weiter verbessert und die Umsatzzahlen gesteigert werden konnten. Dennoch wird das Geschäftsfeld insgesamt keine Gewinne erwirtschaften können, da der Qualitätsstandard an das Essen hoch ist und der Betrieb beim eingesetzten Personal den integrativen Charakter der Gesellschaft im Blick hat. Zudem sorgt der Betrieb des „CityService“, der schnellen Eingreiftruppe für die Verbesserung des Stadtbildes in der Stadt Bergisch Gladbach, weiterhin für zusätzliche Umsätze, die zusammen mit Synergieeffekten im Bereich „GL Service mobil“ zu einer insgesamt positiven Entwicklung der Ertragslage führen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen sieht die Geschäftsführung für die Zukunft vor allem in den beiden größten Geschäftsfeldern der ambulanten sowie der stationären Hilfen zur Erziehung. Die aktuelle Diskussion um die künftige Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge (UMF) könnte dazu führen, dass die Gesellschaft in Abstimmung mit der Gesellschafterin und der Gesellschafterversammlung ein zusätzliches Konzept für diesen Personenkreis entwickelt. Auch der Ausbau der ambulanten Hilfen für die Zukunft ist denkbar. Im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ ist für die Folgejahre einer weiteren Konsolidierung der Ergebnisse zu rechnen. Ziel der Geschäftsführung bleibt es, gerade in diesem Geschäftsfeld künftig wieder positive Ergebnisse zu erzielen. Allerdings sind der hohe Standard des Essens, sowie der wichtige integrative Charakter, der mit dem teils schwer auf dem Arbeitsmarkt zu integrierendem Personal im Mensabereich verfolgt wird, ein auch gesellschaftspolitisch wichtige Ziele, die nicht einem Gewinnmaximierungsprinzip in diesem Geschäftsfeld untergeordnet werden. Mit der im Geschäftsjahr 2014 umgesetzten Erweiterung der Geschäftsfelder um die „Stationären Hilfen zur Erziehung“ mit der Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ hat die Gesellschaft erfolgreich „Neuland“ im Hinblick auf die Erweiterung des Angebotes durch eine stationäre Einrichtung betreten. Hierdurch hat sich ab dem Geschäftsjahr 2014 eine deutliche Erhöhung der Umsatzzahlen ergeben. Außerdem wurde durch den Zufluss der Stiftungsmittel die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft deutlich verbessert.

2. Risikobericht (branchenspezifische, ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken)

Der durch die Geschäftsführung seit 2010 betriebene Umbau der Geschäftsfelder der Gesellschaft konnte im Jahr 2014 mit der Eröffnung der Jugendhilfestation und dem neuen Geschäftsfeld „Stationäre Hilfen zur Erziehung“, sowie der Implementierung des „CityService“ in 2014 abgeschlossen werden. Damit ist das bisher größte Risiko der Gesellschaft, die Abhängigkeit der Einnahmen von den Maßnahmepauschalen (branchenspezifisches und ertragsorientiertes Risiko) des Jobcenters Rhein-Berg und damit von einer ständigen Weiterbewilligung der von der GL Service gGmbH vorgehaltenen Arbeitsgelegenheiten, praktisch bedeutungslos geworden. Die Einnahmen aus den Arbeitsgelegenheiten sind relativ gut planbar und sicher. Im Gesamtumsatz der Gesellschaft spielen sie nur noch eine untergeordnete Rolle. Eine komplette Einstellung der Arbeitsgelegenheiten würde nicht mehr zwangsläufig zu einer Existenzbedrohung für die Gesellschaft führen. Die Risiken bestanden im Geschäftsjahr 2014 weiterhin bei den Umsätzen im Bereich GL Service Mensa (ertragsorientiertes Risiko). Zwar konnte durch die Einführung des Abo-Systems eine Planungssicherheit und eine Erhöhung der Erträge erzielt werden, allerdings sind die Umsätze auch weiterhin von verschiedenen Faktoren, wie Preis, Qualität, schulischen Rahmenbedingungen abhängig, die sich schnell verändern können. Darüber hinaus bestehen Risiken bei der Belegung von Fachleistungsstunden durch das städtische Jugendamt (ertragsorientiertes Risiko) im Rahmen der ambulanten Hilfe zur Erziehung. Hier gibt es auch weiterhin einen regelmäßigen Austausch, bei dem einerseits die Qualitätsstandards des Angebots besprochen und gleichzeitig freie Fallkapazitäten benannt werden. Hier sind Umsatzeinbrüche aktuell nicht zu erwarten. Außerdem wurde das Angebot mittlerweile auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ausgedehnt um freie Kapazitäten schnell wieder belegen zu können. Letztlich birgt auch der Betrieb der Jugendhilfestation ein Risiko für die Gesellschaft, da nur eine ausreichend hohe Belegung zu einer Deckung (ertragsorientiertes Risiko) der nicht unwesentlichen Personal- und Sachkosten führt. Die Erfahrungen des ersten Jahres zeigen aber, dass dieses Risiko zumindest derzeit überschaubar ist. Aufgrund der inzwischen stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar (finanzwirtschaftliches Risiko). Es sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

Wirtschaftliche Daten der GL Service gGmbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2010 - 2014)

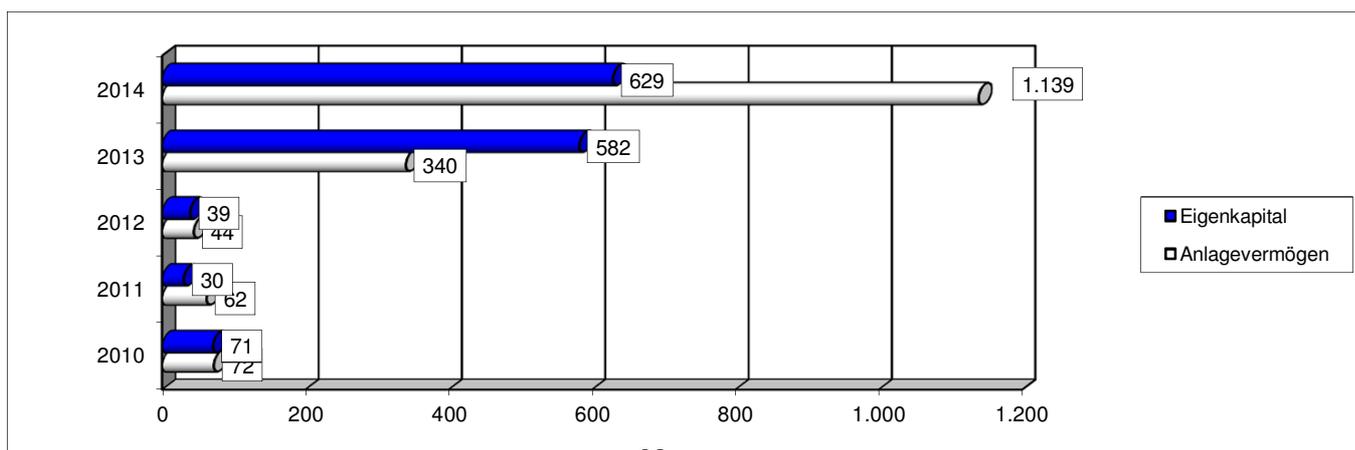
Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0	0	
Sachanlagen	71	61	43	340	1.139	799
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	72	62	44	340	1.139	799
Vorräte	22	18	19	16	17	1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	317	379	252	232	475	243
Flüssige Mittel	71	208	155	551	160	-391
Umlaufvermögen	410	605	426	799	652	-147
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	482	667	470	1.139	1.791	652

PASSIVA	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Kapitalrücklage	27	27	27	607	607	0
Gewinnvortrag	62	19	-22	-13	-50	-37
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-43	-41	9	-37	47	84
Eigenkapital	71	30	39	582	629	47
Sonderposten für Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	77	130	124	109	102	-7
Verbindlichkeiten	334	507	307	448	1.060	612
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	482	667	470	1.139	1.791	652

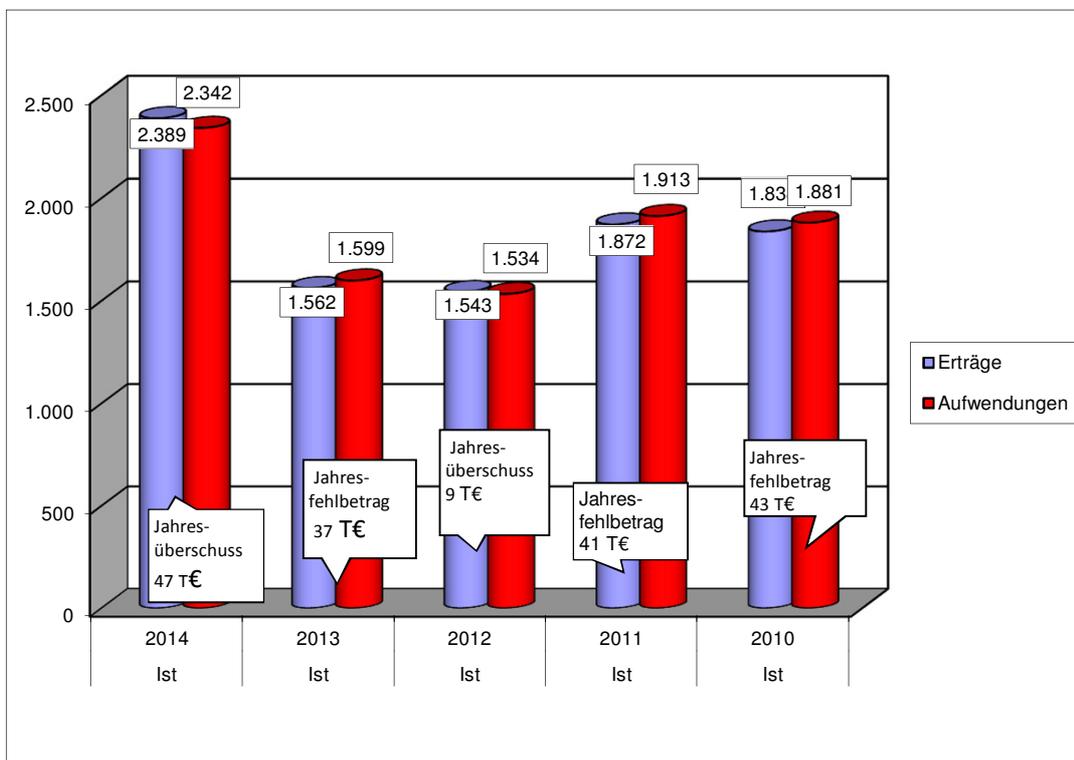
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital

(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der GL Service gmbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist 2010	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	1.893	2.224	1.333	1.413	1.758	1.597	891
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0	46	114	0	0	0	-68
3. Sonstige betriebliche Erträge	280	119	115	127	113	240	4
4. Betriebliche Erträge (1+2)	2.173	2.389	1.562	1.540	1.871	1.837	827
5. Materialaufwand	-51	-189	-172	-179	-203	-172	-17
6. Personalaufwand	-1.481	-1.610	-923	-899	-1.139	-1.174	-687
7. Abschreibungen	-49	-38	-23	-24	-24	-24	-15
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-564	-496	-481	-432	-547	-504	-15
9. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-2.146	-2.333	-1.599	-1.534	-1.913	-1.874	-734
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0	3	1	1	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15	-9	0	0	0	0	-9
12. Finanzergebnis (9+10)	-14,0	-9	0	3	1	1	-9
13. Außerordentliche Erträge	0,0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (12+13)	0,0	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	13,3	47	-37	9	-41	-36	84
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0	0	0	0	0	0
18. Sonstige Steuern	0,0	0	0	0	0	-7	0
19. Jahresüberschuss (15+16+17)	13,3	47	-37	9	-41	-43	84

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR

Kennzahlen im Überblick/ GL Service gGmbH

	2010	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	14,9%	9,3%	9,4%	29,9%	63,6%
Umlaufintensität in %	85,1%	90,7%	90,6%	70,1%	36,4%
Investitionsquote	41,7%	21,6%	18,2%	93,8%	73,5%
Reinvestitionsquote	125,0%	55,8%	33,3%	1387,0%	2202,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	14,7%	4,5%	8,3%	51,1%	35,1%
Fremdkapitalquote in %	85,3%	95,5%	91,7%	48,9%	64,9%
Anlagendeckung I in %	98,6%	48,4%	88,6%	171,2%	55,2%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	- 102 T€	151 T€	-45,5 T€	134,8 T€	52,6 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-0,6%	-3,4%	-0,8%	1,0%	1,0%
Eigenkapitalrentabilität in %	-60,6%	-136,7%	23,1%	3,2%	7,5%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-8,9%	-6,1%	1,9%	-3,2%	3,1%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	55,5%	64,8%	63,6%	69,2%	72,4%
den Haushalt Kernhaushalt					
Direkte Zuschüsse:	0 €	61.000 €	95.000 €	117.932 €	56.454 €
Stellenplan GL Service GmbH					
Anzahl Stellen lt. Stellenplan:	27	30	30	28	44

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	zum 01.01.2011 lt. Ratsbeschluss vom 05.10.2010
Satzung	Fassung vom 05.10.2010; letzte Fassung vom 18.10.2011
Handelsregister	HRA 28221 beim Handelsgericht Köln Letzte Eintragung vom 17.03.2011
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Aufgaben der Anstalt sind:

1. Die Verwaltung und Entwicklung von eigenem und fremden Grundbesitz, insbesondere
 - Erwerb, Entwicklung, Erschließung sowie Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 - Abschluss und Veränderung von schuldrechtlichen Nutzungsüberlassungsverträgen zur Wohnraumversorgung und zur Wirtschaftsförderung sowie zu Zwecken des landschaftspflegerischen Ausgleichs.im Rahmen der Tätigkeit als Dienstleister insbesondere
 - die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten,
 - Grundstücksgeschäfte für Zwecke des Straßenbaus, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Feuerschutzes,
 - sonstige Grundstücksgeschäfte.
2. Die administrative Betreuung des Vertragsbestandes aller Grundstücks- und Erbbauverträge.
3. Die Wirtschaftsförderung und Förderung des Fremdenverkehrs.
4. Ab dem 01. Januar 2012 Erzeugung, Erwerb, Handel, Vertrieb, Speicherung und Umwandlung von Energie aller Art.

Die Stadt kann der AöR weitere Aufgaben zur Wahrnehmung übertragen.

Die Anstalt ist berechtigt Gebührensatzungen für die Aufgaben nach 1. bis 4. zu erlassen.

Die Anstalt ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, wenn dies dem Anstaltszweck dient (Anwendung § 108 Abs. 1 GO NRW).

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Vorstand und Prokuristen

Vorstand ist Herr Bernd Martmann.

Prokuristen sind Frau Barbara Hauschild und Herr Martin Westermann

3.2 Verwaltungsrat

Die Anstalt hat einen Verwaltungsrat der aus achtzehn Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Bürgermeister Lutz Urbach, ist Vorsitzende/Vorsitzender des Verwaltungsrates. Der stellvertretende Vorsitzende ist Herr Stadtbaurat Stephan Schmickler.

Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehörten 2014 an:

Lutz Urbach, Bürgermeister (Vorsitzender)

Stephan Schmickler, Stadtbaurat (stellvertretender Vorsitzender)

Aufgrund der Kommunalwahl im Mai 2014 wurde der Verwaltungsrat im Juni neu besetzt.

Besetzung Januar bis Juni 2014

Bernhauser, Dr. Johannes

Fischer, Dr. Reimer

Henkel, Harald

Hoffstadt, Peter

Höring, Lennart

Komenda, Mirko

Metten, Dr. Michael

Mömkes, Peter

Mörs, Bernhard

Nagelschmidt, Felix

Neu, Gerhard

Santillán, Tomás M.

Schacht, Rolf-Dieter

Schmidt-Bolzmann, Renate

Schundau, Edeltraud

Steffen, Dr. Ulrich

Waldschmidt, Klaus W.

Besetzung Juni bis Dezember 2014

Außendorf, Maik

Bernhauser, Dr. Johannes

Bilo, Angelika

Ebert, Andreas

Glamann-Krüger, Annette

Henkel, Harald

Heuser, Wolfgang

Höring, Lennart

Klein, Thomas

Komenda, Mirko

Kühl, Manfred

Mömkes, Peter

Neu, Gerhard

Schundau, Edeltraud

Steffen, Dr. Ulrich

Waldschmidt, Klaus W

Willnecker, Josef

Im Geschäftsjahr 2014 fanden vier Verwaltungsratssitzungen statt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Anstalt beträgt 5.000.000 €. Alleinige Gewährsträgerin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2014 waren bei der Anstalt durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren der Vorstand und ein Prokurist mit je 50% zugeordnet, so dass insgesamt 6 Stellen vorhanden sind.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Anstalt beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lagen folgende Leistungsbeziehungen vor:

- In 2014 hat die Gesellschaft für Strom in der Tiefgarage eine Zahlung in Höhe von 10.690 € an die Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH geleistet.
- Für Werbung zahlte sie an die Bürgerhaus Bergischer Löwe 20.000 € zzgl. Umsatzsteuer.
- Die GL-Service gmbH hat für den SEB Dienstleistungen in Höhe von 6.888,69 € Brutto erbracht
- Die Stadtverkehrsgesellschaft hat an den SEB Miete in Höhe von 10.560,00 € gezahlt
- Die BGE hat an den SEB Miete in Höhe von 28.590,82 € gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 5.278.245,44 € (Vorjahr: 1.735.539,78 €) erwirtschaftet. Hinzutreten sonstige betriebliche Erträge in einer Höhe von 635.955,37 € (Vorjahr: 559.946,97 €). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erlöse von der Stadt Bergisch Gladbach (sog. Leistungsentgelte) für Personalkosten sowie Sachkosten in Höhe von 560 T€ enthalten. Die sog. Leistungsentgelte werden seitens der Stadt Bergisch Gladbach für die auf Ebene der SEB AöR im Zusammenhang mit der vollzogenen Aufgabenübertragung tatsächlich entstehenden Aufwendungen gezahlt. Im Ergebnis werden die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigten sog. Leistungsentgelte durch korrespondierende Aufwendungen neutralisiert.

Dem Gesamtertrag in Höhe von 5.914.200,81€ (Vorjahr: 2.295.486,75€) stehen Aufwendungen für den Materialaufwand in Höhe von 2.934.709,01€ (Vorjahr: 692.044,44€), Aufwendungen für die Personalgestellung in Höhe von 494.906,37€ (Vorjahr: 436.395,76€), Personalaufwendungen in Höhe von 7.397,79€ (Vorjahr: 589,46€) Abschreibungen auf Sachanlagen mit einem Betrag von 41.848,77€ (Vorjahr: 4.131,31€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 198.993,79€ (Vorjahr: 194.647,63€) und Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 20.603,88€ (Vorjahr: 19.189,11€) gegenüber.

Beachtet man die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge mit 19.051,65€ (Vorjahr: 7.286,20€), so ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.234.792,85€ (Vorjahr: 955.775,24€)€, das nach Abzug der erwarteten Ertragssteuerbelastung des steuerrelevanten Betriebes gewerblicher Art (BGA) „Parkplatzeinrichtungen“ in Höhe von 5.158,37€ (Vorjahr: 19.674,93€) und der sonstigen Steuern 24.583,83€ (Vorjahr: 31.676,59€) den Jahresüberschuss in Höhe von 2.205.050,65€ (Vorjahr: 904.423,72€) für das Jahr 2014 ergibt.

Für die einzelnen Sparten stellt sich die Situation wie folgt dar:

Sparte 1 - Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung enthält alle Aufwendungen und **Erträge, die im Zusammenhang mit dem Ankauf und Verkauf von Grundstücken sowie mit** der Bewirtschaftung von Grundstücken entstanden sind. In dieser Sparte entstehen naturgemäß die größten Aufwendungen und Erträge, da fast alle Projekte des Stadtentwicklungsbetriebs Grundstücksrelevanz besitzen. Die durchgeführten Verkäufe im Bereich „Am Eichenkamp“ und Gewerbegebiet „Obereschbach“ mit ihren guten Erlösen haben das Spartenergeb-

nis maßgeblich beeinflusst. Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 2.286.922,09 € (Vorjahr 921 T€).

Für das Grundstück am S-Bahnhof wird derzeit überprüft, ob ein Neubau als Ersatz für die abgängigen Stadthäuser zur Unterbringung der Stadtverwaltung realisiert werden kann. Bis dahin wird das Grundstück als provisorischer Parkplatz genutzt, der 2014 zur Behebung des Mangels an Parkplätzen für den Hol- und Bringverkehr am Busbahnhof, errichtet wurde.

Für das Grundstück "Lustheide" läuft zur Zeit ein Bauleitplan-verfahren, dessen Ausgang darüber entscheidet, ob an dieser Stelle ein für die Stadt wichtiger Wirtschaftsförderungsimpuls in Form der Realisierung eines kleinen Gewerbegebietes erfolgen kann. Die Umsetzung des Projektes ist aufgrund des Widerstandes der Anlieger fraglich. Aufgrund der vertraglichen Regelungen mit dem Voreigentümer wären keine Überschüsse für die SEB AöR zu erwarten. Das Grundstück an der Buchmühle konnte durch den Erwerb der benachbarten Liegenschaft vergrößert werden. Die Entwicklung der Gesamtfläche ist mittelfristig geplant.

Das Postamt in Bergisch Gladbach steht ab 2017 für Stadtentwicklungsmaßnahmen zur Verfügung, da entsprechende vertragliche Beziehung mit dem Mieter bis zum 31.12.2016 bestehen, die nicht einseitig gekündigt werden können. Erste Überlegungen zur Entwicklung der Liegenschaft wurden in 2014 durchgeführt.

Die Fortführung des Abrisses der verbleibenden Häuser im Bereich Reiser/Mondsrottchen und die dann folgende Neuparzellierung für den Verkauf, sind abhängig von der Beendigung der betreffenden Wohnraummietverträge in den noch nicht abgerissenen Gebäuden.

Grundstücksverkehr/-bewirtschaftung

	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	5.021.908,46	1.513.697,01
2. sonstige betriebliche Erträge	303.732,07	267.149,12
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	2.679.651,32	503.815,23
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	0,00	0,00
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	91,81	324,66
4. Aufwendungen für Personalgestellung	247.453,18	218.197,88
5. Personalaufwand	0,00	0,00
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	25.210,66	368,99
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	67.897,77	99.263,78
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.472,07	3.643,10
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.301,94	9.594,55
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.311.505,92	952.924,14
11. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
12. Sonstige Steuern	24.583,83	31.676,59
13. Jahresüberschuss	2.286.922,09	921.247,55

Sparte 2 – Parkraumbewirtschaftung

In dieser Sparte sind die Aufwendungen und Erträge für die Errichtung und den Betrieb von Parkplatzeinrichtungen aufgeführt. Im Jahre 2014 sind hier Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der folgenden Parkeinrichtungen entstanden:

- Übergangsparkplatz Buchmühle
- Tiefgarage Bergischer Löwe
- Provisorischer Parkplatz am Bahnhof
- und die im Bau befindliche Parkpalette Buchmühle.

Die Sparte schließt mit einer Überdeckung von 3.462,42 € (Vorjahr: 32 T€).

Parkplatzeinrichtungen

	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	283.172,95	221.842,77
2. sonstige betriebliche Erträge	90.526,82	75.209,37
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	66.759,60	21.127,84
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	0,00	0,00
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	124.456,81	113.037,38
4. Aufwendungen für Personalgestellung	74.235,96	65.459,36
5. Personalaufwand	7.397,79	589,46
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.226,96	3.504,03
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	74.911,28	38.472,74
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.090,58	2.878,37
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.620,79	51.982,96
11. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	5.158,37	19.674,93
12. Sonstige Steuern	0,00	0,00
13. Jahresüberschuss	3.462,42	32.308,03

Sparte 3 - Wirtschaftsförderung/Tourismus

In dieser Sparte sind die Aufwendungen und Erträge, die den klassischen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und dem Tourismus zuzuordnen sind, aufgeführt. Alle grundstücksrelevanten Aufwendungen und Erträge werden in der Sparte 1 dargestellt, auch wenn sie Wirtschaftsförderungsbezug besitzen. Die Sparte 3 schließt insgesamt mit einer Unterdeckung von 85.333,86 (Vorjahr: -22 T€) ab.

Wie bei anderen Institutionen der Wirtschaftsförderung ist auch für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach in der Sparte Wirtschaftsförderung/Tourismus keine Kostendeckung zu erreichen, da ihr Nutzen in Form der Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen nicht im Bereich der Erlöse des Stadtentwicklungsbetriebs verbucht werden kann. Gleichwohl ist die Arbeit, die in dieser Sparte kaufmännisch abgebildet wird, von hoher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach und seine Entwicklung

Wirtschaftsförderung / Tourismus

	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	0,00	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	217.588,48	217.588,48
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	-92,85	-42,52
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	76.448,20	53.749,66
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10,49	32,19
4. Aufwendungen für Personalgestellung	173.217,23	152.738,52
5. Personalaufwand	0,00	0,00
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	2411,15	258,29
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	43.902,09	56.911,11
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.472,08	3.643,10
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.211,36	6.716,19
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-85.333,86	-49.131,86
11. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
12. Sonstige Steuern	0,00	0,00
13. Jahresfehlbetrag (-)	-85.333,86	-49.131,86

Finanz- und Vermögenslage

Die Eckdaten der Finanz und Vermögenslage des Stadtentwicklungsbetriebs sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Bilanzsumme	16.708,8	13.455,7
Anlagevermögen	3.938,1	170,9
Umlaufvermögen	12.770,7	13.284,8
davon Vorräte	9.123,0	10.157,9
liquide Mittel	3.501,9	3.053,4
Eigenkapital	12.648,5	10.374,4
Eigenkapitalquote	75,7%	77,1%
Rückstellungen	555,0	64,6
Verbindlichkeiten	3.476,2	3.016,2

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde ein Darlehen in der Höhe von 2,7 Millionen € in Anspruch genommen.

Die Liquidität des Betriebes war zu jederzeit sichergestellt.

9. Ausblick

Das Jahresergebnis der SEB AöR wird maßgeblich durch das Ergebnis der Sparte 1 "Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung" beeinflusst. Insbesondere in den vergangenen Jahren war dies aufgrund der Verkäufe „im Reiser/Im Mondsrottchen“, im entwickelten Gebiet „Am Eichenkamp“ und im Gewerbegebiet „Obereschbach“ der Fall. Die anderen beiden Sparten Sparte 2 „Parkraumbewirtschaftung“ und Sparte 3 „Wirtschaftsförderung/Tourismus“ waren im Verhältnis dazu weniger relevant für die Erwirtschaftung des Ergebnisses. Die Bedeutung der Sparten 2 und 3 für das betriebliche Ergebnis wird in den kommenden Jahren zunehmen, auch weil viele der großen Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsprojekte entwickelt sind.

Die Projekte 1. Bauabschnitt Reiser/Im Mondsrottchen und Wohngebiet „Am Eichenkamp“ sind abgeschlossen. Alle Grundstücke wurden dort veräußert. Das Gewerbegebiet „Obereschbach“ wird in 2015 fertig erschlossen sein. Die ersten vier Verkäufe wurden bereits getätigt. Weitere Verkäufe sollen unter Beachtung des Grundsatzes "Qualität der Betriebe vor schneller Vermarktung" in den nächsten Jahren verkauft werden. Obwohl die großen Maßnahmen in 2015 abgeschlossen sein werden, stehen mittelfristig mit der der Bebauung in der Buchmühle, des Grundstückes Hauptpostamt, der Flächen entlang der Jakobstraße und der Entwicklung des 2. Bauabschnittes am Reiser / Im Mondsrottchen allerdings weitere Projekte mit positiven Ergebnisbeiträgen an.

Die Parkpalette Buchmühle wird voraussichtlich im ersten Quartal 2015 in Betrieb genommen. Gemeinsam mit dem Übergangsparkplatz Buchmühle, der Tiefgarage Bergischer Löwe und dem provisorischen Parkplatz am Bahnhof betreibt die SEB AöR damit inzwischen vier

Parkeinrichtungen mit insgesamt 330 Stellplätzen, die von besonderer Wichtigkeit für den Einzelhandel sind.

Von hoher Bedeutung für das Jahr 2015 und die mittelfristige Entwicklung des Betriebes ist die Beantwortung der Frage, ob die Stadtverwaltung ihren Sitz an das Kopfgrundstück am Bahnhof verlegen wird.

Durch den Ankauf des ehemaligen Sitzes des Bastei-Lübbe-Verlages wird bereits in 2015 das Vermietungsgeschäft ausgebaut, welches kurzfristig zu weiteren Überschüssen führen kann. Dies hängt allerdings davon ab, ob wie geplant auch die Stadtverwaltung mit Dienststellen den Gebäudeteil an der Scheidtbachstraße beziehen wird. Mit der Vermietung des Gebäudeteils an der Senefelderstraße zur Nutzung als Flüchtlingsheim für einen Zeitraum von zehn Jahren wurde der Ankauf erst möglich.

Der prognostizierte Überschuss für das Jahr 2015 geht auf ein normales Maß in Höhe von erwarteten T€ 25 zurück, weil viele Grundstückerträge in den Jahren 2013 und 2014 realisiert werden konnten.

Wirtschaftliche Daten des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

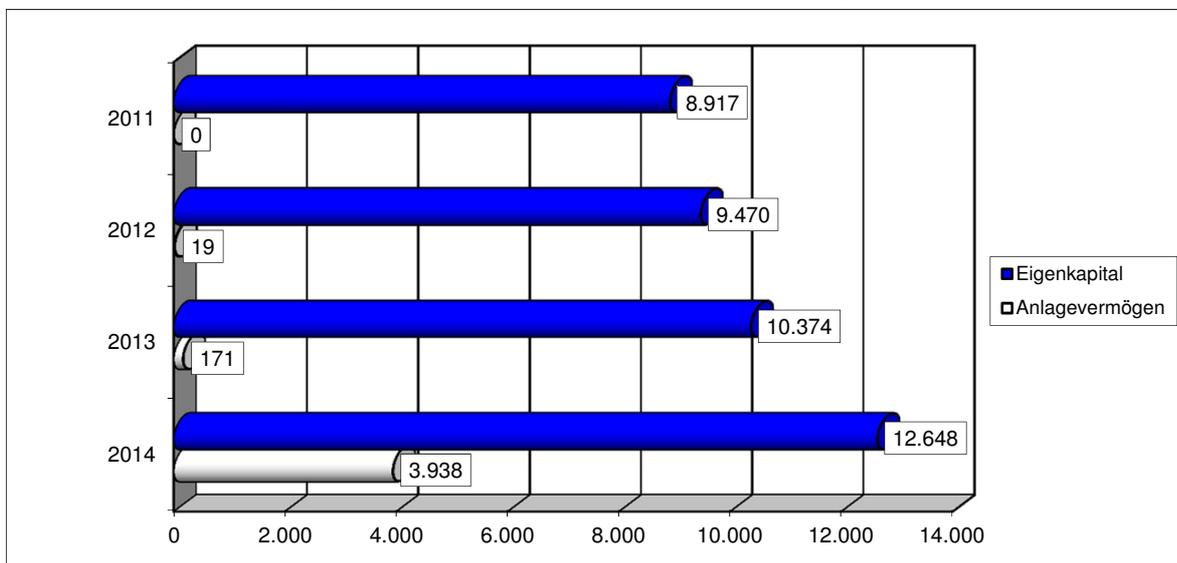
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahr 2011 - 2014)

Angaben in TEUR

AKTIVA	2014	2013	2012	2011	Veränderung
Sachanlagen	3.938	171	19	0	3.767
Anlagevermögen	3.938	171	19	0	3.767
Vorräte	9.123	10.158	9.814	8.690	-1.035
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	146	74	5	247	72
Flüssige Mittel	3.502	3.053	2.802	46	449
Fehlbetrag					
Umlaufvermögen	12.771	13.285	12.621	8.983	-514
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	16.709	13.456	12.640	8.983	3.253

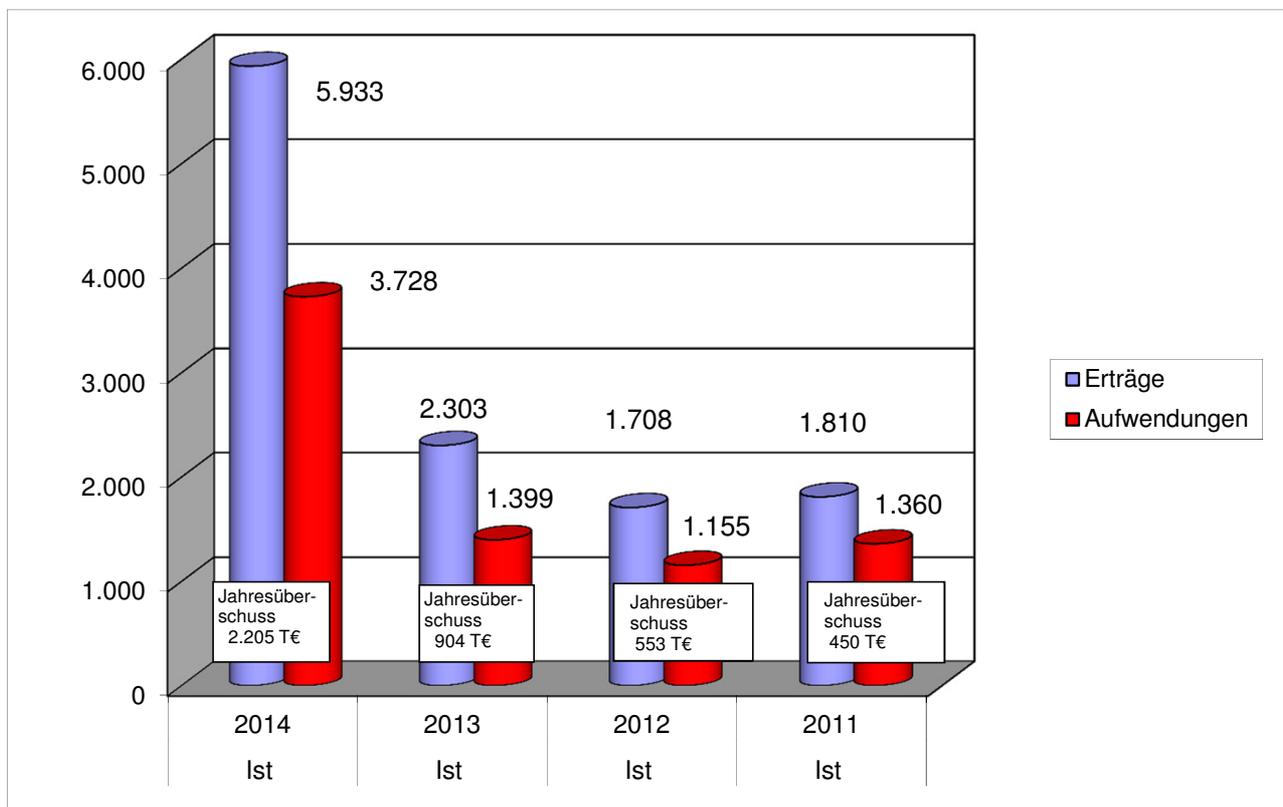
PASSIVA	2014	2013	2012	2011	Veränderung
gez. Kapital	5.000	5.000	5.000	5.000	0
Kapitalrücklage	3.536	3.467	3.467	3.467	69
Gewinnvortrag	1.907	1.003	450		904
Jahresüberschuss	2.205	904	553	450	1.301
Fehlbetrag					
Eigenkapital	12.648	10.374	9.470	8.917	2.274
Rückstellungen	555	65	88	37	490
Verbindlichkeiten	3.477	3.016	3.082	29	461
Rechnungsabgrenzungsposten	29	1	0	0	28
Bilanzsumme	16.709	13.456	12.640	8.983	3.253

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist 2012	Ist 2011	Ist	Ist 14/ Ist 13
1. Umsatzerlöse	4.088	5.278	1.736	1.075	1.239		3.542
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	636	560	618	567		76
3. Betriebliche Erträge (1+2)	4.088	5.914	2.296	1.693	1.806	0	3.618
4. Materialaufwand	-1.845	-2.935	-692	-561	-806		-2.243
5. Personalaufwand	-420	-502	-437	-437	-420		-65
6. Abschreibungen	-40	-42	-5	-1	-1		-37
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-502	-199	-195	-133	-133		-4
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-2.807	-3.678	-1.329	-1.132	-1.360	0	-2.349
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	19	7	15	4		12
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15	-21	-19	-16	0		-2
11. Finanzergebnis (9+10)	-15	-2	-12	-1	4	0	10
12. Ergebnis vor Steuern (3 + 8 + 11)		2.234	955	560	450		1.279
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-29	-51	-7	0		22
14. sonstige Steuern							
15. Jahresüberschuss (3+8+11+14)	1.267	2.205	904	553	450	0	1.301

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

	2011	2012	2013	2014
1. Vermögenslage				
Anlagenintensität in %	0,0%	0,2%	1,3%	23,6%
Umlaufintensität in %	100,0%	99,8%	98,7%	76,4%
Investitionsquote	-	105,3%	91,2%	96,7%
Reinvestitionsquote	-	2000,0%	3120,0%	9071,4%
2. Finanzlage				
Eigenkapitalquote in %	99,3%	74,9%	77,1%	75,7%
Fremdkapitalquote in %	0,7%	25,1%	22,9%	24,1%
Anlagendeckung I in %	-	321,2%	6066,7%	321,2%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	47 T€	77 T€	406 T€	4.205 T€
3. Ertragslage				
Umsatzrentabilität in %	36,3%	53,6%	53,9%	41,9%
Eigenkapitalrentabilität in %	5,0%	5,8%	8,7%	17,4%
Gesamtkapitalrentabilität in %	5,0%	4,6%	7,0%	13,3%
4. Erfolgskennzahl				
Personalintensität in %	33,9%	40,7%	25,2%	9,5%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ertrag + Aufwand)				
Kostenerstattung durch Stadt	-527.100 €	-543.496 €	-544.381 €	-544.381 €
Personalkosten von Stadt an AöR	0 €			
Spitzabrechnung Personalkosten FB1-100	17.281 €			
Abschlag Personal + Sachk. an Stadt	485.000 €	502.281 €	501.396 €	559.906 €
Gesamt	-24.819 €	-41.215 €	-42.985 €	15.526 €

Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH

Mittelbare Beteiligung der Stadt über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH
Sitz	Hermann-Löns-Straße 131, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.04.1914
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 27.06.2014
Handelsregister	HRB 45520 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 01.07.2014
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie die Übernahme anderer Versorgungswirtschaftlicher Betätigungen und der Betrieb von Bädern und deren Nebenanlagen im Stadtgebiet Bergisch Gladbach. Die Gesellschaft ist zu Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des benannten Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmer bedienen, sich an anderen Unternehmen, die ihren Zwecken dienlich oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacherer Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern nicht nach dem Gesetz zwingend oder nach dem Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit erforderlich ist. Je nominal 1 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Gesellschaftervertreter sind:

- Herr Hassel (RheinEnergie AG)
- Herr Hachenberg (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH)

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 27.06.2014 aus 18 Mitgliedern. Hiervon werden je 9 Mitglieder vom Gesellschafter der Stadt Bergisch Gladbach und vom Gesellschafter Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH entsandt.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Klaus Orth, Vorsitzender (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Dieter Hassel, stellv. Vorsitzender (RheinEnergie AG)
- Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG, bis 30.04.2014)

- Thomas Breuer (RheinEnergie AG, bis 30.06.2014)
- Ekkehard Boden (RheinEnergie AG, ab 01.05.2014)
- Melanie Bunke (RheinEnergie AG, ab 01.05.2014)
- Stefan Caplan (Bürgermeister Stadt Burscheid, bis 28.04.2014)
- Dr. Andreas Cerbe (RheinEnergie AG)
- Norbert Graefrath (RheinEnergie AG, ab 01.07.2014)
- Hans-Josef Haasbach (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Willi Heider (Bürgermeister Gemeinde Kürten ab 15.06.2014)
- Harald Henkel (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Ulrich Iwanow (Bürgermeister Gemeinde Kürten bis 14.06.2014)
- Dr. Michael Metten (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Peter Mömkes (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Arndt Robbe (RheinEnergie Trading GmbH)
- Uwe Schöneberg (RheinEnergie AG)
- Edeltraut Schundau (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Lutz Urbach (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014, Bürgermeister Stadt Bergisch Gladbach)
- Klaus W. Waldschmidt (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)
- Oliver Wuttke (Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, ab 01.05.2014)

3.3 Geschäftsführung

Als Geschäftsführer war in 2014 bestellt:

- Herr Klaus Henninger, Abteilungsleiter RheinEnergie AG
- Herr Dr. Klaus Kaiser, Hauptabteilungsleiter RheinEnergie AG

Die Gesellschaft wird gemeinsam von den Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen vertreten.

Gesamtprokura hatten in 2014:

- Herr Bernd Breuer
- Herr Günter Zaun

Die Prokuristen vertreten die Gesellschaft gemeinsam oder jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital belief sich bis zum 31.12.2014 auf 22.892.620 €.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in T€</u>	<u>in %</u>
RheinEnergie AG	11.470	50,1
Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH (Notartermin 30.04.2014)	<u>11.423</u>	<u>49,9</u>
Summe	22.893	100,0

(Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist seit dem 01.01.2014 wirtschaftlich an der BELKAW beteiligt.)

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft hat in 2014 keine eigenen Mitarbeiter angestellt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH (BPG) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die BELKAW versorgt z.B. die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH mit Strom, Gas und Wasser.

8. Geschäftsverlauf

Allgemeine Entwicklung der Energiewirtschaft

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Um 1,5% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2%. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1% und 2012 um 0,4%).

Die Bergische Licht-, Kraft, und Wasserwerke (BELKAW) GmbH kann auf ein insgesamt erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurückblicken. Damit bestätigt sich nachhaltig die vor Jahren eingeleitete positive strukturelle Entwicklung des Unternehmens. Die enge Zusammenarbeit mit der RheinEnergie AG hat das Unternehmen in verschiedenen Bereichen gestärkt und erhebliche Einspar- und Verbesserungspotenziale eröffnet.

Energiewirtschaftliches Geschäft

Die BELKAW beauftragt die RheinEnergie Trading GmbH mit der Bewirtschaftung ihres Stromportfolios. Die Beschaffung erstreckt sich aus Gründen der Absicherung über einen Horizont von mehreren Jahren.

Die RheinEnergie Trading GmbH beschafft auch das Erdgas für die BELKAW. Dadurch wird die BELKAW auch zukünftig von den Möglichkeiten des Wettbewerbsmarktes profitieren können.

Der Trinkwasserbedarf der BELKAW wird zum einen durch Eigenförderung im Wasserwerk Refrath und zum anderen durch Bezug von der RheinEnergie AG gedeckt. Für den Betriebswasserbedarf im Vorjahr wurde die gesamte Menge im Wasserwerk Holweide gefördert.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die BELKAW in den einzelnen Sparten folgende Absatzzahlen erreichen. Es ergeben sich die dargestellten prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Strom 626 GWh (-9,2%), Erdgas 883 GWh (-16,3%), Wasser 6,1 Mio. m³ (-0,1%) und Wärme 54 GWh (-16,6%).

Nach Kundengruppen ergeben sich in den Sparten folgende Absatzzahlen:

<u>Stromverkauf</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>gegenVorjahr</u>
	<u>MWh</u>	<u>MWh</u>	<u>%</u>
Privat- und Gewerbekunden	330.024	365.036	-9,6
Sonderverträge	185.619	199.240	-6,8
Sonderverträge	105.575	122.235	-13,6
Export			
<u>EEG + KWKG-Strom</u>	<u>4.719</u>	<u>2.892</u>	<u>+63,2</u>
Stromverkauf	625.937	689.403	-9,2

Mit erfolgreichen Aktionen zur Bindung und Rückgewinnung von Kunden und gezielter Werbung hat die BELKAW auch im Geschäftsjahr 2014 ihre Kundenverluste auf moderatem Niveau halten können. Durch die Vermarktung von KWKG-Strom konnten die wettbewerbs- und klimabedingten Mengenrückgänge im PuGSegment und den Sonderverträgen leicht abgeschwächt werden.

<u>Erdgasverkauf</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>gegen Vorjahr</u>
	<u>MWh</u>	<u>MWh</u>	<u>%</u>
Privat- und Gewerbekunden	503.075	657.007	-23,4
Sonderverträge	275.551	322.771	-14,6
<u>Sonderverträge Export</u>	<u>104.330</u>	<u>75.390</u>	<u>+38,4</u>
Erdgasverkauf	882.956	1.055.168	-16,3

Für den mengenmäßigen Erdgasabsatz ist neben der Intensivierung des Wettbewerbes auch die klimatische Entwicklung im Geschäftsjahr 2014 mit deutlich höheren Durchschnittstemperaturen (19,3 %) gegenüber dem Jahr 2013 verantwortlich. Im Rahmen der neuen Segmentzuordnung wurden ca. 39 GWh aus dem Privat- und Gewerbekundensegment in das Sondervertragskundensegment umgliedert.

Durch Absatzsteigerungen außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes konnte die BELKAW die Mengenrückgänge im Gas gegenüber dem Vorjahr insgesamt etwas mildern.

<u>Wasserverkauf</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>gegenVorjahr</u>
	<u>1.000m3</u>	<u>1.000m3</u>	<u>%</u>
Trinkwasser:			
Privat- und Gewerbekunden	5.481	5.454	+0,5
<u>Sonderkunden</u>	<u>626</u>	<u>572</u>	<u>+9,6</u>
Trinkwasserverkauf	6.107	6.026	+1,3
Betriebswasserverkauf			
<u>(Sonderkunden)</u>	<u>0</u>	<u>88</u>	<u>-100</u>
Wasserverkauf	6.107	6.114	-0,1

Während der Trinkwasserverkauf nahezu konstant gehalten werden konnte, wurde der Betriebswasserverkauf durch kundenseitige Kündigung Ende 2013 eingestellt.

<u>Wärmeverkauf</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>gegenVorjahr</u>
	<u>MWh</u>	<u>MWh</u>	<u>%</u>
Wärmeverkauf	54.172	64.921	-16,6

Die Absatzentwicklung im Wärmeverkauf basiert vor allem auf dem Temperaturunterschied des Kalenderjahres 2014 zum Jahr 2013. Die klimabedingte Abweichung von etwa 19 % konnte durch zusätzliche Projekte verringert werden.

Die Strompreise für Tarifkunden wurden im Jahr 2014 konstant gehalten. Die Preise für größere Geschäftskunden werden individuell vereinbart und orientieren sich am Preisniveau von Wettbewerbern. Die Erdgaspreise blieben genauso wie die Trinkwasserpreise im Berichtsjahr stabil.

Kommunale Kooperation und Konzessionen

Im Rahmen ihrer Überlegungen zum Wiedereinstieg in die Energie- und Wasserversorgung hat die Stadt Bergisch Gladbach im April 2014 entschieden, das Angebot der RheinEnergie AG zur Veräußerung von 49,9% der Geschäftsanteile an der BELKAW an die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH anzunehmen. Seit Mitte des Jahres 2014 ist damit die Stadt Bergisch Gladbach über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wieder Gesellschafter der BELKAW. Damit wird die kommunale Verbundenheit der BELKAW mit den Kunden und ihrem Versorgungsgebiet weiter gestärkt.

Die BELKAW hat in 2014 eine Reihe von Konzessionsverträgen neu abgeschlossen: Stadt Bergisch Gladbach (Strom, Gas, Wasser, Wärme), Gemeinde Kürten (Strom), Stadt Leichlingen (Strom). Anfang 2015 wurden die Strom und die Gaskonzession mit der Gemeinde Lindlar neu abgeschlossen. Damit bleibt die BELKAW für weitere 20 Jahre für die Versorgungsnetze in diesen Kommunen zuständig.

Für die zwei noch ausstehenden Konzessionsverfahren (Stadt Burscheid Strom und Gemeinde Odenthal Gas) hat die BELKAW termingerecht ihr Interesse bekundet; die Ausschreibungsverfahren werden aller Voraussicht nach in 2015 abgeschlossen.

Ergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 24.257 T€ (Vj. 21.274 T€). Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 15.076 T€ (Vj. 13.133 T€). Im Laufe des Jahres 2014 wurde eine Vorabausschüttung von 7.000 T€ an die Gesellschafter geleistet, so dass noch 8.076 T€ zur Ausschüttung an die Gesellschafter vorgesehen ist.

Öffentliche Zwecksetzung

An der BELKAW als regionaler Energieversorger ist die RheinEnergie AG, Köln, mit 50,1 % und die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH mit 49,9% beteiligt. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Erdgas, Wasser, Wärme und in der Übernahme anderer versorgungswirtschaftlicher Betätigungen.

Investitionen und Vermögens-, Finanz und Kapitalstruktur

Das Investitionsvolumen belief sich im Berichtsjahr auf 9,7 Mio. € (Vj. 9,5 Mio. €). Dem stehen Investitionszuwendungen von 0,4 Mio. € (Vj. 0,3 Mio. €) gegenüber. Die Investitionen des Berichtsjahres konnten durch Abschreibungen und überschüssige Liquidität finanziert werden.

Die Bilanzsumme der BELKAW lag zum 31. Dezember 2014 mit 111,0 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (105,3 Mio. €). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 68,7% (Vorjahr: 69,7 %). Ein weiterer wesentlicher Posten der Aktivseite stellen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dar.

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die Einbindung in das Cash-Management der Stadtwerke Köln GmbH dauerhaft gesichert.

Mit einer um die Gewinnausschüttung bereinigten Eigenkapitalquote von 38,3 % (Vorjahr: 40,4 %) verfügt die BELKAW über eine solide Kapitalausstattung. Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital, empfangene Ertragszuschüsse sowie langfristiges Fremdkapital zu 102,0% (Vorjahr: 114,5 %) gedeckt.

Risikomanagement

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung bzw. Minimierung zu ergreifen. Das Risikomanagement der BELKAW ist in das Risikomanagement der RheinEnergie AG integriert. Das Risikomanagement erfolgt auf Basis der entsprechenden Richtlinie der RheinEnergie AG, die auch für die BELKAW Gültigkeit hat.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Derartige Risiken sind aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht zu erkennen.

Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 EnWG

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG haben Unternehmen, die i. S. v. § 3 Nr. 38 EnWG zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, mit der Erstellung des Jahresabschlusses für jeden der in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche jeweils eine nach den für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entsprechende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Bei der BELKAW sind folgende Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG zu unterscheiden:

1. Elektrizitätsverteilung

Unter der Elektrizitätsverteilung werden im Geschäftsjahr 2014 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH, Köln (RNG), zum 01. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Elektrizitätsversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

2. Gasverteilung

Unter der Gasverteilung werden im Geschäftsjahr 2014 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die RNG zum 01. Januar 2006 die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Gasversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst. Die im Zusammenhang mit der Netzbetreiberfunktion im engeren Sinne (DSO Distribution System Operator) stehenden Geschäftsvorfälle sowohl im Strom- als auch im Gasbereich werden für das Geschäftsjahr 2014 bei der RNG ausgewiesen.

11. Ausblick/ Chance und Risiken/ Prognosebericht

Die Verhältnisse auf den Strom- und Gasmärkten haben erhebliche Auswirkungen auf die Ertragskraft. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass die entscheidenden Parameter wie Öl-, Kohle-, Strom- und Gaspreise ganz erheblichen Schwankungen unterliegen können. Derartige Entwicklungen sind zwar auch mit Chancen verbunden, sie stellen aber auch Risiken dar.

Im Rahmen der regelmäßig aktualisierten und weiterentwickelten Unternehmensstrategie stellt sich die BELKAW den großen Herausforderungen in energiepolitischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der internen Prozesse schafft die BELKAW die Basis für dauerhafte Ertragskraft.

Im Strom- und im Gasbereich stehen die Absatzmengen auch weiterhin unter verstärktem Wettbewerbsdruck. Im Wärmebereich wird die Inbetriebnahme neuer Wärmeobjekte erwartet. Für den Wasserbereich wird von einer leicht rückläufigen Entwicklung der Absatzmengen ausgegangen.

Eine wesentliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit eines Energieversorgers sind Konzessionen. Im kommenden Jahr steht noch in zwei Kommunen die Neuvergabe von Bestandskonzessionen an. Es besteht das Risiko, dass nicht alle Konzessionen wieder von der BELKAW gewonnen werden können.

Die BELKAW geht davon aus, dass in 2015 ein leicht sinkender Umsatz (ohne Strom- und Erdgassteuer) von 190,8 Mio. € und ein gegenüber dem Berichtsjahr leicht sinkendes Ergebnis vor Ertragsteuern in einer Größenordnung von 20,6 Mio. € erzielt wird.

Weitere Vorgänge, die nach dem Abschluss des Geschäftsjahrs 2014 für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der BELKAW von besonderer Bedeutung wären, sind nach unserem Kenntnisstand nicht eingetreten.

Der Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der BELKAW beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung können jedoch Abweichungen auftreten.

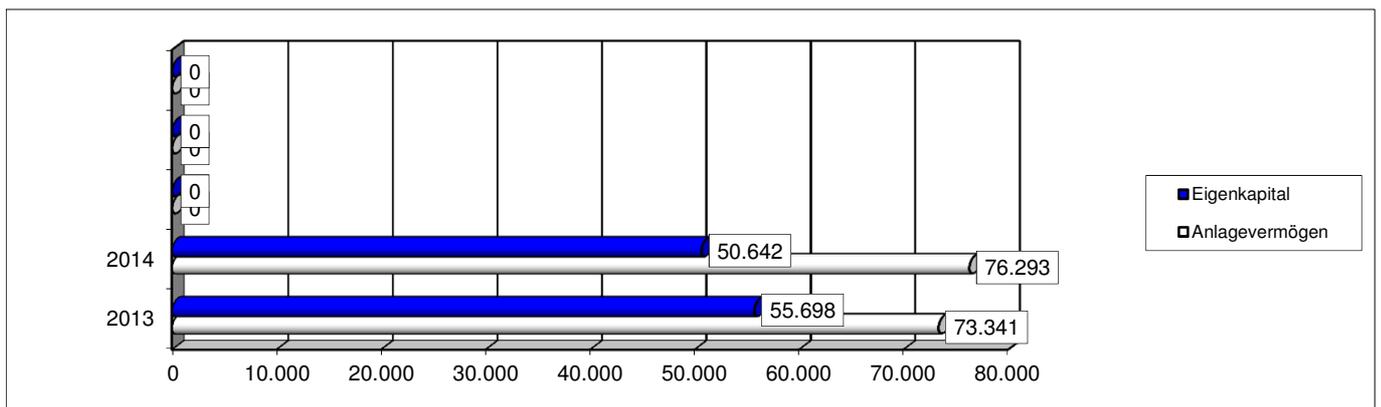
Wirtschaftliche Daten der Bergischen Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2013 - 2014), Angaben in TEUR (mittelbare Beteiligung über die Bädergesellschaft seit 2014, Daten 2013= nachrichtlich)

AKTIVA	2013	2014				Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	613	264				-349
Sachanlagen	71.452	74.763				3.311
Finanzanlagen	1.276	1.266				-10
Anlagevermögen	73.341	76.293				2.952
Vorräte	81	189				108
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.408	34.089				2.681
Kassenbestand und Guthaben	429	444				15
Umlaufvermögen	31.918	34.722				2.804
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	105.259	111.015				5.756

PASSIVA	2013	2014				Veränderung
gez. Kapital	22.893	22.893				0
Kapitalrücklagen	18.512	18.512				0
Andere Gewinnrücklagen	1.161	1.161				0
Bilanzgewinn	13.132	8.076				-5.056
Eigenkapital	55.698	50.642				-5.056
Empfangene Ertragszuschüsse	4.135	3.219				-916
Rückstellungen	12.125	17.739				5.614
Verbindlichkeiten	27.122	32.180				5.058
Rechnungsabgrenzungsposten	6.179	7.235				1.056
Bilanzsumme	105.259	111.015				5.756

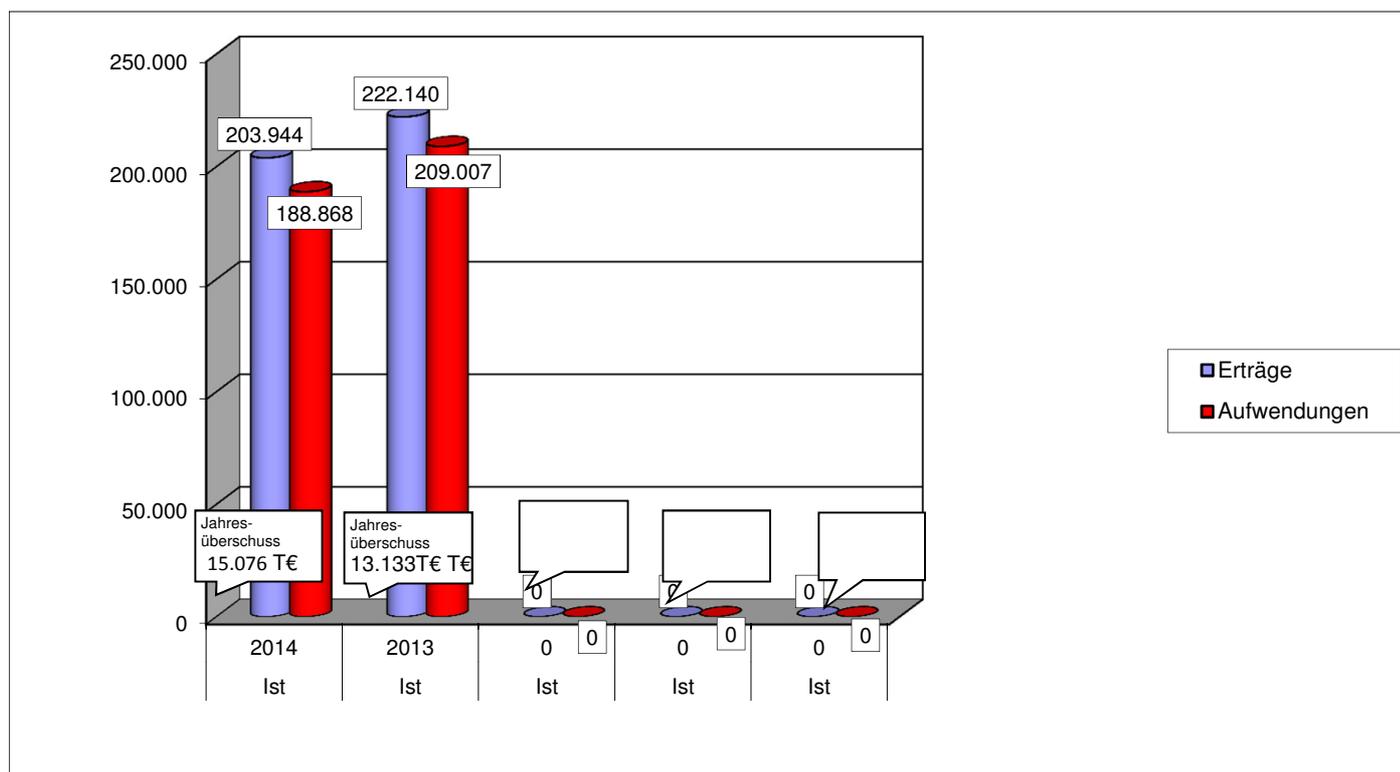
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bergischen Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist	Ist	Ist	Ist 14/ Ist 13
1. Umsatzerlöse	202.624	192.168	208.601				-16.433
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	114	-38				152
3. Sonstige betriebliche Erträge	11.624	11.458	13.462				-2.004
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	214.248	203.740	222.025				-18.285
5. Personalaufwand	-72	-47	-76				29
6. Materialaufwand	-161.417	-147.304	-168.329				21.025
7. Abschreibungen	-6.459	-6.255	-7.363				1.108
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.719	-21.912	-21.390				-522
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-189.667	-175.518	-197.158				21.640
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	160	204	115				89
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.697	-4.169	-3.708				-461
12. Finanzergebnis (10+11)	-3.537	-3.965	-3.593				-372
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	21.044	24.257	21.274				2.983
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.866	-8.687	-7.623				-1.064
15. Sonstige Steuern		-494	-518				24
16. Jahresüberschuss (13+14+15)	14.179	15.076	13.133				1.943

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Bergischen Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) GmbH

				2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %				69,7%	68,7%
Umlaufintensität in %				30,3%	31,3%
Investitionsquote				11,3%	12,2%
Reinvestitionsquote					157,4%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %				52,9%	45,6%
Fremdkapitalquote in %				47,1%	54,4%
Anlagendeckung I in %				75,9%	66,4%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit				20.670 T€	29.164 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %				11,7%	14,5%
Eigenkapitalrentabilität in %				23,6%	29,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %				23,2%	25,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %				0,04%	0,02%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt/ Ertrag					
					2014

Es handelt sich um eine mittelbare Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasste in seiner Sitzung am 19.12.1995 den Beschluss, mit Wirkung ab 01.01.1996 die öffentliche Einrichtung "Abfallwirtschaft und Straßenreinigung" gemäß § 107 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe zu führen mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses und als Sondervermögen gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit Abs. 3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt auszusondern.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt ist, auch bei einer Führung als Sondervermögen, nach den Vorschriften des § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO NW kein wirtschaftliches Unternehmen; er ist danach aber stärker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen als dies bei einer Eingliederung in eine Kommunalverwaltung möglich ist.

Die Einrichtung fällt seit der Ausgliederung (ab 01.01.1996) unter die Vorschrift des § 95 Abs. 1 Nr. 3 GO NW (§ 95 GO NW bestimmt, was als Sondervermögen der Stadt anzusehen ist, wenn die Einrichtung nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung geführt wird).

Der Tatbestand "Sondervermögen" ist dann gegeben, wenn für öffentliche Einrichtungen nach zwingendem oder gestattendem Recht (§ 107 Abs. 2 GO NW i.V. mit dem Eigenbetriebsrecht) tatsächlich Sondervermögen mit eigenem Rechnungsabschluss gebildet wird.

2. Zweck der Gesellschaft

Die Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ nimmt folgende Aufgaben wahr:

- a) die Abfallentsorgung nach der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach sowie Entsorgungs- und Verwertungsdienstleistungen für städtische Einrichtungen;
- b) abfallwirtschaftliche Leistungen im Rahmen einer Beauftragung durch Dritte sowie der Betrieb der Kompostierungsanlage Birkerhof;
- c) die Straßenreinigung nach der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in Bergisch Gladbach;
- d) die Beschaffung aller städtischen Fahrzeuge und fahrbarer Arbeitsgeräte (außer Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach) und die technische Wartung sowie Versorgung mit Betriebsstoffen (einschließlich Feuerwehr) aller städtischen Fahrzeuge, fahrbarer Arbeitsmaschinen und motorbetriebener Arbeitsgeräte.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Werkleitung

Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach. Die Funktion der Werkleitung nimmt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister als Behörde wahr. Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister bedient sich zur Erfüllung ihrer / seiner Aufgaben eines Leiters, der die Einrichtung im Rahmen der Vorgaben fachlich und wirtschaftlich selbstständig führt.

3.2 Werksausschuss

Ein Werksausschuss wurde nicht gebildet. Dessen Funktionen nimmt gemäß Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr als Fachausschuss wahr. Für dessen Aufgaben ist die Eigenbetriebsverordnung entsprechend und im übrigen die Zuständigkeitsordnung maßgeblich.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter der Einrichtung ist Herr Wilhelm Carl.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten betrug 2014 insgesamt 70,5 Mitarbeiter und verteilte sich wie folgt:

Beamte	6,0	(Vj. 5,0)
Beschäftigte	64,5	(Vj. 60,5)
Gesamt	70,5	(Vj. 65,5)

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Geschäftsverlauf

Die Ertragslage des Gesamtbetriebes stellt sich im Berichtsjahr positiv dar. Die angestrebte Deckung der Aufwendungen auf der Basis des Wirtschaftsplanes für 2014 stellte sich in den Bereichen Sammlung von Verpackungen (DSD) (TEUR 6), Grünschnitt zur Verwertung (TEUR 27), Werkstatt (TEUR 33) und Straßenreinigung/Winterdienst (TEUR 344) und im Bereich Abfallentsorgung (TEUR 39) ein. Saldiert wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 448 erzielt.

Um den Geschäftsverlauf detaillierter darzustellen, werden nachfolgend neben den Teilergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung (handelsrechtliches Ergebnis) auch die kalkulatorischen Teilergebnisse der Kostenrechnung (Betriebsabrechnungsbogen) gemäß Kommunalabgabengesetz (KAG) kommentiert, da diese die Grundlage für die Folgekalkulationen und die dort einzustellenden Über- bzw. Unterdeckungen des Jahres 2014 sind. Die nachstehend dargestellten Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem kalkulatorischen Ergebnis der Kostenrechnung ergeben sich grundsätzlich durch folgende Faktoren:

Unterschiedlicher Ansatz der Abschreibungen (handelsrechtlich auf Basis der Anschaffungskosten; höhere kalkulatorische Abschreibungen in der Kostenrechnung basierend auf den Wiederbeschaffungszeitwerten)

Unterschiedlicher Ansatz der Verzinsung (handelsrechtlich: Zinsaufwand aus aufgenommenen Krediten; höhere kalkulatorische Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals in der Kostenrechnung)

Keine Berücksichtigung des handelsrechtlichen „neutralen“ Ergebnisses in der Kostenrechnung (periodenfremde Aufwendungen und Erträge)

Handelsrechtlich erwirtschaftete der Betrieb in der Abfallentsorgung insgesamt ein positives Teilergebnis in Höhe von TEUR 39. Das positive Ergebnis des Betriebsabrechnungsbogens (BAB) 2014 weist eine Überdeckung in Höhe von TEUR 812 aus. Hiervon entfallen auf die Gebührenbereiche Restmüll Haushalte rd. TEUR 722 und auf Restmüll sonstiger Herkunftsbereiche rd. TEUR 90. Die Überdeckung resultiert aus geringeren Kosten gegenüber den Plankosten in der Kalkulation insbesondere in den Bereichen Sperrmüll, Papiersammlung, wilder Müll/Containerumfelder, sowie deutlich über den Erwartungen liegender Erlöse aus der Alttextilsammlung. Durch weitere geringere Kosten bei der Biomüllsammlung gegenüber den in der Kalkulation berücksichtigten Kosten war die Unterdeckung im Biomüllbereich (=Subventionsbetrag) niedriger als kalkuliert. Die Biomüllgebühr ist nicht kostendeckend kalkuliert. Die kalkulatorischen Überdeckungen von insgesamt TEUR 812 sind in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand berücksichtigt.

Im Bereich Straßenreinigung und Winterdienst entstand insgesamt ein positives handelsrechtliches Teilergebnis in Höhe von TEUR 344. Laut Ergebnis des BAB 2014 ergeben sich in dem Bereich Innenstadtreinigung eine Überdeckung (rd. TEUR 26) und in dem Bereich besondere Reinigung eine Überdeckung (TEUR 15). Die Überdeckung im Bereich allgemeiner Winterdienst Streustufe 1 (rd. TEUR 202) sowie die Überdeckung der Streustufe 2 (rd. TEUR 52) sind insbesondere auf Kostenveränderungen gegenüber den in der Durchschnittskalkulation angesetzten Kosten aufgrund anderer eingetretener Witterungsbedingungen (geringere Anzahl der Winterdienstesätze gegenüber dem langjährigem Durchschnitt) zurückzuführen. Die Unterdeckung im Bereich Reinigung allgemeine Straßen (TEUR -53) beruht im Wesentlichen auf Kostensteigerungen, die sich aus Veränderungen von Reinigungsabläufen und Personaleinsatz durch Verschiebungen wegen der Verringerung des Winterdienstes ergaben. Saldiert ergibt sich im Betriebsbereich Straßenreinigung/Winterdienst lt. BAB eine Überdeckung in Höhe von insgesamt TEUR 242.

Für die o. g. Überdeckungen lt. BAB wurden Verbindlichkeiten zugeführt, welche das handelsrechtliche Ergebnis minderten.

Im Bereich Kompostierung und Verwertung von Grünabfällen entstand ein positives handelsrechtliches Teilergebnis (nicht gebührenrelevant) in Höhe von TEUR 27. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ergebnis um TEUR 13 gestiegen.

Im Sektor Sammlung von Verpackungen beträgt das positive handelsrechtliche Teilergebnis TEUR 6. Das positive Ergebnis ist aufgrund der zurückgegangenen Altpapiermenge gegenüber dem Vorjahr um TEUR 76 gesunken.

Im Bereich Werkstatt entstand ein positives handelsrechtliches Teilergebnis in Höhe von TEUR 33. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ergebnis um TEUR 25 gestiegen.

Das positive handelsrechtliche Ergebnis lt. Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 beläuft sich auf EUR 448.291,13.

Die Investitionstätigkeit in 2014 erstreckte sich weitgehend auf die Neubeschaffung von Winterdienstausrüstung und Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Ersatzbeschaffung von Entsorgungsgefäßen. Das Grundstück und die Gebäude des Betriebshofs wurden in 2014 vom Immobilienbetrieb unentgeltlich an den Abfallwirtschaftsbetrieb übertragen.

8. Leistungsdaten

Die Struktur des Abfallwirtschaftsbetriebes stellt sich organisatorisch wie folgt dar:

- Entsorgung von Bio- und Restabfällen sowie Grünschnitt
- Sekundärrohstoffverwertung gemäß Verpackungsverordnung
- Straßenreinigung und Winterdienst
- Werkstatt / Tankstelle

Im Jahr 2014 wurden insgesamt

- 16.073 t, (Vj. 15.967 t) Hausmüll,
- 2.951 t, (Vj. 3.172 t) Sperrmüll/ E-Schrott (incl. Privatanlieferer),
- 13.393 t, (Vj. 12.710 t) Organische Abfälle über Biotonne und Grünabfälle,
- 2.866 t, (Vj. 2.880 t) Leichtverpackungen (Grüner Punkt),
- 7.992 t, (Vj. 9.665 t) Papier,
- 3.009 t, (Vj. 3.090 t) Glas,
- 22 t, (Vj. 17 t) Wilder Müll,
- 90 t, (Vj. 98 t) Papierkörbe und
- 129 t, (Vj. 92 t) Containerumfelder entsorgt.

Die o.g. Fraktionen werden durch wöchentliche, 14-tägige oder monatliche Abfuhr gesammelt.

Glas wird durch Depotcontainer gesammelt.

Soweit das Tonnenvolumen nicht ausreicht, kann der Bürger gegen Gebühr Müllsäcke erwerben bzw. Abfallcontainer gegen Entgelt mieten.

Im Bereich Straßenreinigung wurden im Bereich Winterdienst 326.874 m (Vj. 328.017 m) und im Bereich Sommerdienst 395.282 m (Vj. 396.328 m) Anliegerstraßen, Haupterschließungsstraßen und Hauptverkehrsstraßen gereinigt. Die Straßenreinigung erfolgt durch Einsatz eigener Fahrzeuge bzw. manuell. Für den Winterdienst werden Streufahrzeuge bzw. umrüstbare Fahrzeuge einsatzbereit gehalten. Manuell erfolgt der Winterdienst im Bereich der Fußgängerzone, Fußgängerüberwege, Kreuzungsbereiche u.ä.

Die Werkstatt / Tankstelle erledigt nur Reparaturen für die Stadt. Sie ist seit dem 01.01.2001 in den Betrieb integriert. Die Stadt und die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen erstatten Leistungen/Lieferungen zu festen Verrechnungssätzen.

9. Ausblick

Lt. Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde mit einem handelsrechtlichen Gewinn von EUR 99.688,00 ohne das neutrale Ergebnis, gerechnet, der sich aus der Differenz der in der Gebührenkalkulation angesetzten kalkulatorischen Abschreibung (Basis: Wiederbeschaffungszeitwert) sowie der kalkulatorischen Verzinsung und der im Erfolgsplan angesetzten bilanziellen Abschreibung bzw. effektiven Fremdkapitalverzinsung ergibt.

Änderungen der Abfuhrlogistik, die gravierende Auswirkungen auf das Betriebsergebnis haben könnten, haben sich bis zum heutigen Zeitpunkt nicht ergeben und sind auch nicht geplant.

Die Rohstoffpreise für Altpapier befanden sich auf einem stabilen, wenn auch niedrigen Niveau. Der Markt zeigt dabei keine starken Schwankungen. Weiterhin nicht abschließend vertraglich geregelt ist die Beteiligung der Dualen Systeme an den Kosten der städtischen Papiersammlung. Der gemeinsam mit grafischen Papieren in der Papiertonne erfasste Papieranteil (früher pauschal 25 %) ist weiter strittig. Die Stadt wurde daher durch die Dualen Systeme zunächst lediglich bis einschließlich 2015 beauftragt, die Papierverpackungen mit zu erfassen. Hierbei wurde bis 2011 eine Vertragsmenge von 920 t PPK-Verkaufsverpackungen zugrunde gelegt, seit 2012 eine Menge von 1.088 t. Da die Stadt auch mit der Vermarktung dieses Papiers beauftragt wurde, konnte hieraus ein Überschuss erzielt werden. Für die zukünftigen Jahre sind deutlich sinkende Erlöse zu erwarten, da die Dualen Systeme die Eigenvermarktung ihres Papieranteils anstreben. Hieraus ergeben sich für die Zukunft Risiken, da die erwarteten Einnahmen – auch unter Berücksichtigung der Transportkosten - unter Umständen nicht erzielt werden können. Denkbar ist auch der vollständige Wegfall der Verwertungserlöse.

Im Bereich des Betriebshofes sind seit dem Jahr 2009 erhebliche Hangrutschungen im Bereich neben der Wertstoffannahmestelle aufgetreten. Die ersten Untersuchungen zeigen einen erheblichen Handlungsbedarf zur Sicherung des Betriebsgeländes auf. Die geplante Erweiterung mit einem Abfallcenter ist auf diesem Gelände nicht mehr realisierbar. Dieses soll nach dem Beschluss des zuständigen Fachausschusses des Stadtrates an einer anderen, zentralen Stelle im Stadtgebiet errichtet werden.

In 2014 wurde die Vorplanung zur Sanierung des Betriebsgeländes durchgeführt. Die daraufhin gestellte Bauvoranfrage wurde positiv beschieden. Voraussetzung für den Baubeginn nach erteilter Baugenehmigung ist der Umzug des Bereichs Stadtgrün zur Senefelder Straße. Für folgende Jahre ist mit einem hohen Sanierungs- und Sicherungsaufwand an Gebäuden, befestigten Flächen und Hangbereichen zu rechnen. Für die Gesamtbaumaßnahme Betriebshof werden in den Jahren 2016 - 2018 hohe Investitionskosten entstehen, deren Abschreibungen das Betriebsergebnis belasten und Auswirkungen auf die Gebührenhöhe für Abfallbeseitigung und Straßenreinigung haben werden.

Mittelfristig werden im Bereich Abfallentsorgung zudem Kostensteigerungen bei der Entsorgung der Abfälle (Verringerung der kalkulatorischen BAV-Überschussverrechnungen für Vorjahre, Personal- und Sachkostensteigerungen sowie Mengenveränderungen) erwartet.

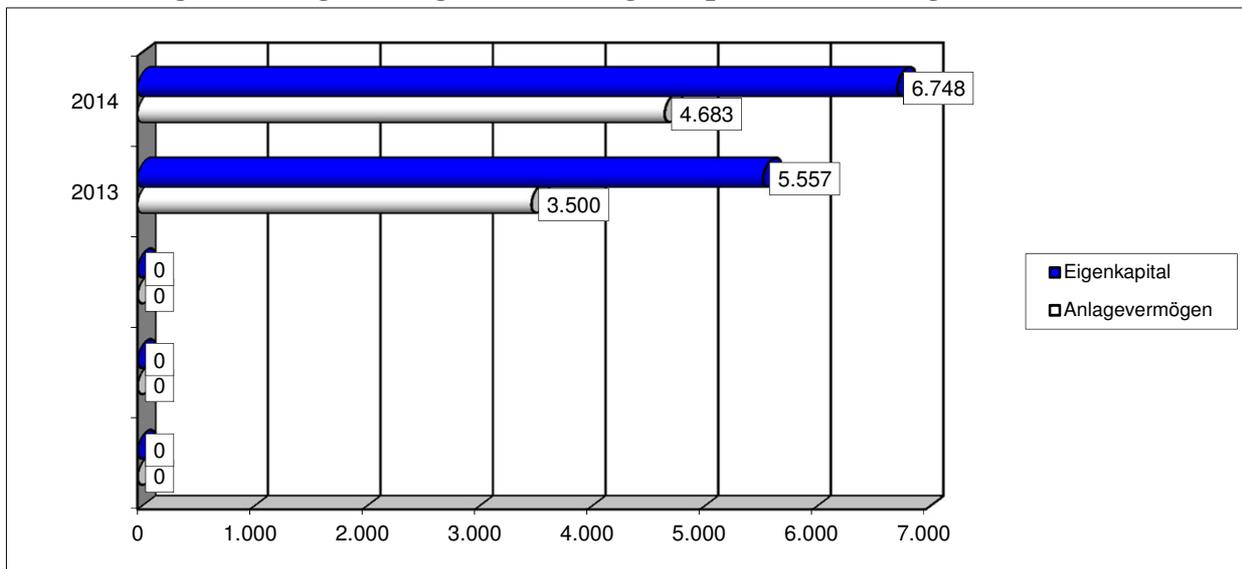
Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb"

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2013 - 2014) Angaben in TEUR

AKTIVA				2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände				51	29	-22
Sachanlagen				3.423	4.554	1.131
Finanzanlagen				26	100	74
Anlagevermögen				3.500	4.683	1.183
Vorräte				144	149	5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				6.392	7.349	957
Flüssige Mittel				2	1	-1
Umlaufvermögen				6.538	7.499	961
Rechnungsabgrenzungsposten				53	42	-11
Bilanzsumme				10.091	12.224	2.133

PASSIVA				2013	2014	Veränderung
Stammkapital				25	25	0
Rücklagen				5.099	6.018	919
Gewinn-/ Verlustvortrag				-41	257	298
Rücklagen				474	448	-26
Eigenkapital				5.557	6.748	1.191
Sonderposten für Zuwendungen				9	7	
Rückstellungen				345	797	452
Verbindlichkeiten				4.180	4.672	492
Bilanzsumme				10.091	12.224	2.133

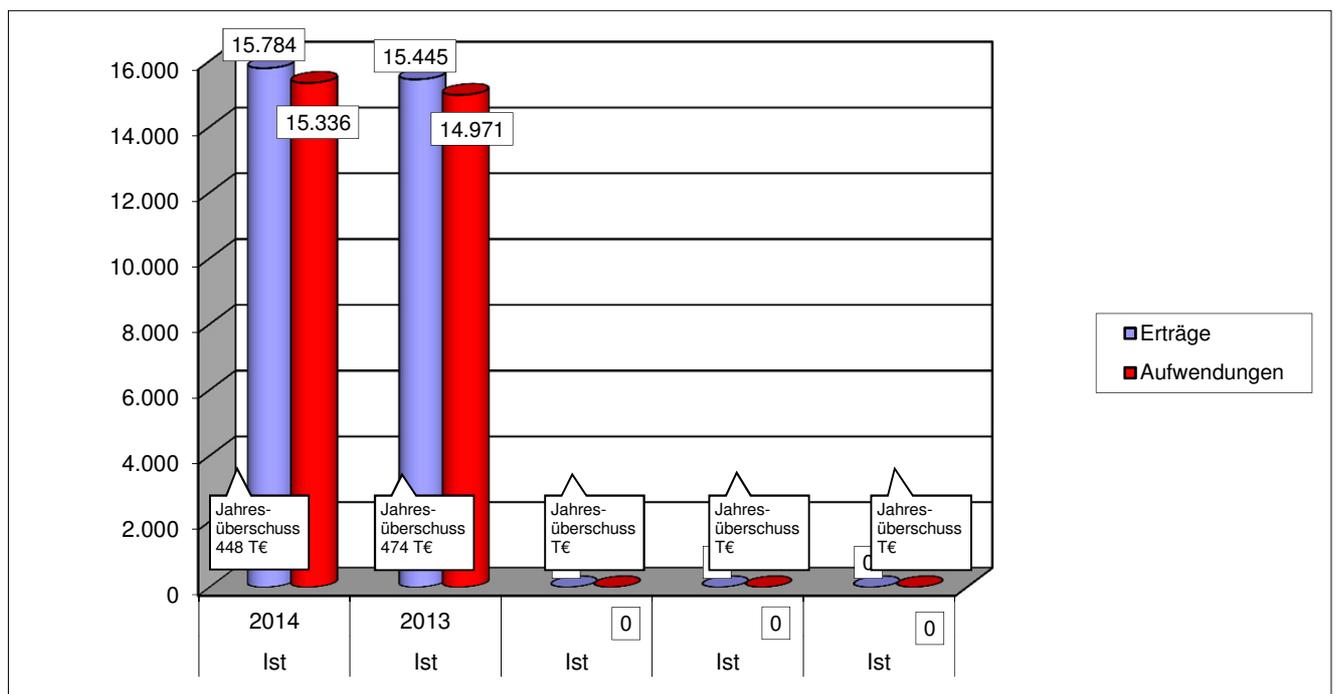
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des "Abfallwirtschaftsbetriebes"

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist	Ist	Ist	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	15.502	15.051	14.679	0	0	0	372
2. Aktivierte Eigenleistungen	3	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	232	709	678	0	0	0	31
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	15.737	15.760	15.357	0	0	0	403
5. Materialaufwand	-9.871	-9.263	-9.124	0	0	0	-139
6. Personalaufwand	-3.979	-3.373	-3.371	0	0	0	-2
7. Abschreibungen	-544	-329	-333	0	0	0	4
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.211	-2.292	-2.046	0	0	0	-246
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-15.605	-15.257	-14.874	0	0	0	-383
10. Erträge aus Beteiligungen	0	0	75				-75
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	24	13	0	0	0	11
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-125	-51	-57	0	0	0	6
13. Finanzergebnis (10+11)	-117	-27	31	0	0	0	-58
14. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
16. Außerordentliches Ergebnis (13+14)	0	0	0	0	0	0	0
17. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	15	476	514	0	0	0	-38
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-13	-25	0	0	0	12
19. Sonstige Steuern	0	-15	-15	0	0	0	0
20. Jahresüberschuss (16+17+18)	15	448	474	0	0	0	-26

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR (inkl. Betriebskostenzuschüsse)



Kennzahlen im Überblick/Abfallwirtschaftsbetrieb

				2013	2014
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %				34,7%	38,3%
Umlaufintensität in %				65,3%	61,7%
Investitionsquote				2,9%	6,2%
Reinvestitionsquote				30,0%	65,3%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %				55,1%	55,2%
Fremdkapitalquote in %				44,9%	44,8%
Anlagendeckung I in %				158,8%	144,1%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit				178 T€	372 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %				2,6%	4,2%
Eigenkapitalrentabilität in %				8,5%	6,6%
Gesamtkapitalrentabilität in %				5,5%	4,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %				23,0%	22,4%
Stellenplan Abfallwirtschaftsbetrieb					
Soll				65,5	70,5
Ist				65,5	70,5

Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

1. Rechtliche Verhältnisse

Grundlage für die Aufstellung des Lageberichtes bildet § 25 Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO) i. d. Fassung vom 16. November 2004.

Die Aufstellung des Lageberichtes erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlussaufstellung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 ist entsprechend dem Beschluss vom 13.03.1997 des Rates der Stadt Bergisch Gladbach der städtische Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt worden.

Das Planungskonzept für den Betrieb sah im 1. Segment zunächst die Überführung eines überschaubaren Bereichs vor. Daher wurden im ersten Geschäftsjahr 1999 nach der Haushaltswirtschaft zunächst die bisher im Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung geführten Objekte in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt (Grundstücke und Gebäude). Mit Beginn des Geschäftsjahres 2000 folgte die Überführung der Verwaltungsdienstgebäude; zum 01.01.2002 wurden die Jugend- und Sozialobjekte übernommen; zum 01.01.2006 wurden die Schulobjekte und zum 01.01.2007 wurde das Segment „Berufsschulen“ übernommen.

Dabei wird das Vermieter-/Mieter-Modell verstärkt angewandt, d. h. die raumnutzenden Fachbereiche als Mieter entrichten an den Betrieb als Vermieter für die Inanspruchnahme der Immobilien ein Entgelt (teilweise Kostenmiete), was nach einer mittelfristigen Einführungsphase im Ergebnis zu einem stärkeren Kostenbewusstsein des öffentlichen Handelns führen wird.

Die bisher in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung übertragenen Grundstücke und Gebäude werden unter Anwendung der allgemein anerkannten Wertermittlungsverfahren bewertet. Dabei wurden bestehende Belastungen/Altlasten soweit als möglich berücksichtigt. Im Übrigen wird bezüglich dieser Problematik auf die Ausführungen unter Punkt D verwiesen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde mit den fortgeführten Anschaffungskosten übertragen. Das übrige Vermögen wurde zum Nennwert bewertet.

Obwohl der Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach nach § 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 GO NRW kein wirtschaftliches Unternehmen ist, wird er gemäß § 107 Abs. 2 S. 2 GO NRW nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Soweit Grundstücke im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung und Erschließung erworben oder veräußert werden, fällt diese Tätigkeit unter die allgemeine Vermögensverwaltung der Kommune und gehört daher zu den nicht zu versteuernden Umsätzen.

Für diesen Zweck wurde zum 01.01.2011 der Stadtentwicklungsbetrieb – AöR gegründet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte auch die Umbenennung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung von „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ in „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“. Der Stadtentwicklungsbetrieb ist neben der Verwaltung und Entwicklung von eigenem Grundbesitz auch für den Grundstücksverkehr des Immobilienbetriebes zuständig.

Im Zuge der Gründung des Stadtentwicklungsbetriebes wurde zum 01.01.2011 Grundvermögen vom Immobilienbetrieb an den Stadtentwicklungsbetrieb in Höhe von EUR 8.298.035,49 übertragen. Die Erlöse aus der Entwicklung und Verwertung dieser Immobilien verbleiben im Stadtentwicklungsbetrieb. Dies gilt auch für Grundvermögen, das zukünftig unmittelbar durch den Stadtentwicklungsbetrieb erworben, entwickelt und verwertet wird. Im Ergebnis reduziert sich der verwertbare Anteil des Grundvermögens im Immobilienbetrieb.

Für die Aufgabenerledigung in einzelnen Bereichen des Betriebes, insbesondere bei kaufmännischen Fragestellungen, bedient sich die Betriebsleitung neben den in der Stellenübersicht aufgeführten Dienstkräften auch anderer Dienststellen der Stadt aufgrund besonderer Vereinbarungen.

Die nachstehenden Ausführungen zum Geschäftsverlauf und zur Lage (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage) sind entsprechend dem Grundsatz der Wesentlichkeit zusammengefasst. Die Angaben zum Geschäftsverlauf beziehen sich auf das Geschäftsjahr. Die Angaben zur Lage des Betriebes sind dagegen zeitbezogen und kennzeichnen die wirtschaftlichen Verhältnisse am 31.12.2014.

2. Gegenstand der Einrichtung

Aufgaben der Einrichtung sind:

- die Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen bebauten und unbebauten Grundstücke sowie An- und Vermietung und An- und Verpachtung,
- Grundstücksverkehr mit An- und Verkauf, Wahrnehmung von Vorkaufsrechten, Enteignungsverfahren, die Wahrnehmung von Rechten als Umlegungsbeteiligte sowie sonstiger liegenschaftsrelevanter Rechte für städtische Zwecke,
- Förderung des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach

sowie alle sonstigen, den Betriebszwecken dienenden Maßnahmen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Werksleitung

Der Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach.

Die Funktion der Werksleitung nimmt der Bürgermeister als Behörde wahr. Der Bürgermeister bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben eines Leiters, der die Einrichtung im Rahmen der Vorgaben fachlich und wirtschaftlich selbstständig führt.

3.2 Werksausschuss

Ein Werksausschuss wurde nicht gebildet. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr nimmt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich 8 – Im-

mobilienbetrieb in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 EigVO sowie nach Maßgabe der Betriebsatzung wahr.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter der Einrichtung ist Herr Bernd Martmann.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 77,5 Mitarbeiter beschäftigt, die sich wie folgt verteilen:

Beamte	4,5	
Beschäftigte	73	(Angestellte + Arbeiter)

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

8. Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes stellt sich auch im Berichtsjahr weitgehend im Einklang mit den Zielvorgaben dar. Abweichend vom Wirtschaftsplan liegt das erzielte Ergebnis deutlich über der Planrechnung (Jahresergebnis lt. Wirtschaftsplan 2014: Verlust i. H. v. 4.506.811 €).

Gründe für diese Abweichung liegen u. a. in der stufenweisen Einführung einer Kostenmiete im Bereich der Berufsschulgebäude sowie in den getätigten Grundstücksverkäufen, bei denen Erlöse erzielt werden konnten, die um einiges höher waren, als die Restbuchwerte der verkauften Objekte. Außerdem konnten die Relationen von Aufwand und Ertrag weiter verbessert werden.

Es wurde ein Jahresfehlbetrag von EUR 650.223,24 erwirtschaftet, der gem. § 10 Abs. 6 EigVO auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Für eine Verbesserung der Ertragslage sollte für alle Objekte eine realistische marktwertgerechte Kostenmiete eingeführt werden.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Ertragslage

	<u>2014</u>		<u>2013</u>		<u>Veränderung</u>	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Betriebserlöse	21.788.833,36	100,00	21.831.709,28	100,00	-42.875,92	-0,20
Betriebsaufwand (saldiert)*	-10.936.584,66	-50,19	-12.935.657,48	-59,25	-1.999.072,82	-15,45
Geschäftsaufwand (saldiert)	-1.546.430,24	-7,10	-1.255.110,54	-5,75	291.319,70	23,21
Betriebsrohüberschuss	9.305.818,46	42,71	7.640.941,26	35,00	1.664.877,20	21,79
Betriebssteuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebsrohgewinn	9.305.818,46	42,71	7.640.941,26	35,00	1.664.877,20	21,79
Abschreibung	-6.021.390,51	-27,64	-5.882.923,03	-26,95	138.467,48	2,35
Betriebsgewinn	3.284.427,95	15,07	1.758.018,23	8,05	1.526.409,72	86,83
Finanzergebnis	-3.808.929,33	-17,48	-4.199.358,58	-19,24	390.429,25	9,30
Verlust des Unternehmens	-524.501,38	-2,41	-2.441.340,35	-11,18	1.916.838,97	78,52
neutrales Ergebnis (saldiert)	-125.721,86	-0,58	-58.350,42	-0,27	-67.371,44	> 100
Jahresverlust / -gewinn	-650.223,24	-2,98	-2.499.690,77	-11,45	-1.849.467,53	-73,99

*) nachrichtlich:

darin verrechnete Personalkosten

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	EUR	EUR
1) Vergütung** (s. Betriebsaufwand)	3.623.759,32	3.376.747,13
2) Besoldung (s. Geschäftsaufwand)	496.090,02	516.948,89
Gesamt***)	4.119.849,34	3.893.696,02

**) Die Bezeichnung „Angestellte und Arbeiter“ wurde zum 01.01.2006 unter dem Begriff „Beschäftigte“ zusammengefasst. Dementsprechend werden Löhne und Gehälter unter dem Begriff „Vergütung“ zusammengefasst.

***) siehe auch Anhang IV. Punkt 6, S. 19 Personalaufwand

Die Erträge und Aufwendungen in den betriebsrelevanten Sektoren setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen; hierbei sind für betriebswirtschaftliche interne Zwecke die sonstigen betrieblichen Erträge von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen abgesetzt.

Ertragsseite

<u>Betriebserlöse</u>	<u>2014</u>		<u>2013</u>		<u>Veränderung</u>	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Verkaufserlöse bebauter und unbebauter Grundstücke	710.000,00	3,26	580.000,00	2,66	130.000,00	22,41
	425.885,82	1,95	964.079,70	4,42	-538.193,88	-55,82
	1.135.885,82	5,21	1.544.079,70	7,07	-408.193,88	-26,44
Erlöse Ökokonto	0,00	0,00	4.074,00	0,02	-4.074,00	100,00
Mieten/Pachten/Erbbauzinsen	20.652.947,54	94,79	20.283.555,58	92,91	369.391,96	1,82
Gesamt	21.788.833,36	100,00	21.831.709,28	100,00	42.875,92	-0,20

Hinweis auch auf Gliederungspunkt V. Angaben zu Gewinn- und Verlustrechnung bzw. 5. Umsatzerlöse im Anhang.

Aufwandsseite

<u>Betriebsaufwand</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>Veränderung</u>	
	EUR	EUR	EUR	%
Grundstückseinsatz	710.527,20	2.331.484,67	-1.620.957,47	-69,52
bauliche Instandhaltung	2.236.329,84	2.537.302,15	-300.972,31	-11,86
Grundsteuer	62.440,68	39.171,66	23.269,02	59,40
Versicherungen	271.652,98	266.016,48	5.636,50	2,12
Hausreinigung	1.880.114,26	1.837.704,37	42.409,89	2,31
Be- und Entwässerung, Strom, Gas	2.223.149,04	2.428.624,10	-205.475,06	-8,46
Unterhaltungsaufwand	2.185.333,12	2.243.692,25	-58.359,13	-2,60
Personalkosten (inkl. Hausmeister)	3.623.759,32	3.376.747,13	247.012,19	7,32
übrige saldiert Aufwand	81.766,96	224.250,46	-142.483,50	-63,54
übrige saldiert Ertrag	-2.338.488,74	-2.349.335,79	10.847,05	-0,46
	10.936.584,66	12.935.657,48	-1.999.072,82	-15,45

*Personalkosten Betriebsaufwand + Personalaufwand Geschäftsaufwand (s. folgende Seite) = Personalaufwand aus Anhang IV. Punkt 6 (S. 19)

<u>Geschäftsaufwand</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>	<u>Veränderung</u>	
	EUR	EUR	EUR	%
Personalaufwand	496.090,02	516.948,89	-20.858,87	-4,03
Mietaufwendungen für Verwaltung	199.029,59	202.119,02	-3.089,43	-1,53
Innere Verrechnungen	992.939,56	486.278,00	506.661,56	> 100
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	24.813,05	21.422,88	3.390,17	15,82
übrige saldiert Aufwand	76.161,18	71.248,53	4.912,65	6,90
übrige saldiert Ertrag	-242.603,16	-42.906,78	-199.696,38	> 100
	1.546.430,24	1.255.110,54	291.319,70	23,21

*Personalkosten Betriebsaufwand (s. vorherige Seite) + Personalaufwand Geschäftsaufwand = Personalaufwand aus Anhang IV. Punkt 6 (S. 19).

Im Abschreibungsaufwand spiegelt sich der Werteverzehr im Sachanlagensektor wider, in dem die planmäßigen Abschreibungen auf die Gebäudesubstanz dominieren. Gebäude werden in der Regel mit 2,5 % p. a. linear abgeschrieben. Der Abschreibungsaufwand hat sich mit EUR 6.021.390,51 nur geringfügig im Vergleich zum Vorjahr verändert (2013: EUR 5.882.923,03 = +2,3 %).

Der Zinsaufwand ist im Wesentlichen durch die Darlehenszinsen für das Fremdkapital i. H. v. EUR 3.985.069,52 geprägt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzstruktur (Kapitalstruktur) wird auf der Grundlage der Bilanz zum 31.12.2014 dargestellt:

AKTIVA

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
langfristig gebundene Vermögenswerte Immaterielle Vermögensgegenst. und Sachanlagen	302.237.264,52	97,01	305.770.558,93	97,05	-3.533.294,41	-1,16
kurzfristig gebundene Vermögenswerte Vorräte	2.985.789,46	0,96	2.599.934,95	0,83	385.854,51	14,84
Forderungen (kurzfristig) an Fremde	51.296,01	0,02	335.407,64	0,11	-284.111,63	-84,71
an die Stadt/Eigenbetriebe	6.190.895,69	1,99	6.234.501,00	1,98	-43.605,31	-0,70
sonstige (inkl. ARAP)	97.909,22	0,03	132.894,64	0,04	-34.985,42	-26,33
Zwischensumme	6.340.100,92	2,03	6.702.803,28	2,13	-362.702,36	-5,41
Liquide Mittel	246,14	0,00	213,06	0,00	33,08	15,53
Betriebsvermögen	311.563.401,04	100,00	315.073.510,22	100,00	-3.510.109,18	-1,11

PASSIVA

	<u>31.12.2014</u>		<u>31.12.2013</u>		<u>Veränderung</u>	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital						
Stammkapital	25.000,00	0,01	25.000,00	0,01	0,00	0,00
Allgemeine Rücklagen	13.233.873,84	4,25	13.946.879,23	4,43	-713.005,39	-5,11
Zweckgebundene Rücklagen	135.638.996,42	43,53	135.638.996,42	43,05	0,00	0,00
Bilanzverlust	-8.626.408,75	-2,77	-7.976.185,51	-2,53	-650.223,24	8,15
Sonderposten für Investitionszuschüsse 2/3	48.680.348,40	15,62	47.789.138,94	15,17	891.209,46	1,86
Zwischensumme	188.951.809,91	60,65	189.423.829,08	60,12	-472.019,17	-0,25
mittel- und langfristiges Fremdkapital						
Sonderposten für Investitionszuschüsse 1/3	24.340.174,20	7,81	23.894.569,46	7,58	445.604,74	1,86
Darlehen	90.437.263,14	29,03	93.795.617,11	29,77	-3.358.353,97	-3,58
Verbindlichkeiten gg. Stadt/anderen Eigenbetrieben	54.285,05	0,02	162.856,65	0,05	-108.571,60	-66,67
Zwischensumme	114.831.722,39	36,86	117.853.043,22	37,40	-3.021.320,83	-2,56
kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der Stadt/anderen Eigenbetrieben	5.995.384,94	1,92	4.745.941,27	1,51	1.249.443,67	26,33
Fremden	79.349,28	0,03	33.237,65	0,01	46.111,63	> 100
übriges Fremdkapital (z.B. Rückstellungen, PRAP)	1.325.620,29	0,43	2.024.753,34	0,64	-699.133,05	-34,53
Zwischensumme	379.514,23	0,12	992.705,66	0,32	-613.191,43	-61,77
Zwischensumme	7.779.868,74	2,50	7.796.637,92	2,47	-16.769,18	-0,22
Betriebskapital	311.563.401,04	100,00	315.073.510,22	100,00	-3.510.109,18	-1,11

Der Bilanzvergleich mit dem Vorjahresstichtag verdeutlicht eine Minderung des Bilanzvolumens um EUR 3.510.109,18 = 1,11 %, die auf der Vermögensseite (Aktivseite) im Bereich des Anlagevermögens insbesondere durch Abschreibungen und in Verkauf gebrachte Liegenschaften entstanden ist. Die übrigen Veränderungen sind im Bereich der Forderungen gegenüber Dritten und auf der Finanzierungsseite (Passivseite) im Posten Rücklagen des Eigenkapitals sowie maßgeblich des mittel- und langfristigen Fremdkapitals (Tilgung von Darlehen) zu verzeichnen.

Die Veränderungen im Anlagevermögenssektor (EUR -3.533.294,41) sind im Einzelnen dem im Anhang beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen. Zusammengefasst zeigt sich die Veränderung wie folgt:

Veränderungen im Anlagevermögenssektor

Investitionen / Einlagen / Umbuchungen	4.804.292,85 €
Abgänge / Umbuchungen / Entnahmen	-2.316.196,75 €
Abschreibungen	-6.021.390,51 €
	<u><u>-3.533.294,41 €</u></u>

Auf der Kapittalseite wird die relativ hohe Eigenkapitalausstattung des Betriebes deutlich, die 60,65 % des Betriebskapitals ausmacht.

Die allgemeinen Rücklagen stellen das Eigenkapital dar, das dem Betrieb zur Risikominimierung (z. B. zur Abdeckung von unvermeidbaren Betriebsverlusten, zur Abdeckung von zurzeit nicht erkennbaren Substanzverlusten oder ähnlichen Umständen) wie aber auch zur Stärkung der Eigenfinanzierung (Innenfinanzierung) seitens der Stadt zur Verfügung gestellt wurde.

Die zweckgebundene Rücklage stellt den Teil des Eigenkapitals dar, der insbesondere durch die Übernahme der Schulimmobilien zum 01.01.2006 in den Betrieb aufgenommen wurde. In die Betrachtung ist einzuschließen, dass das mit Eigenkapital finanzierte Vermögen zu einem wesentlichen Teil strukturbedingt auf Dauer nur bedingt zu verwerten ist.

Die Minderung der allgemeinen Rücklagen (EUR 713.005,39) resultiert überwiegend aus dem Abgang von Vermögensgegenständen.

Die zweckgebundene Rücklage von EUR 135.638.996,42 blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die Veränderungen im Bereich des mittel- und langfristigen Fremdkapitals und dem kurzfristigen Fremdkapital resultieren größtenteils aus der Tilgung von Darlehen.

Statische Liquidität

Der Liquiditätsvergleich stellt sich wie folgt dar:

	<u>2014</u> TEUR	<u>2013</u> TEUR	<u>Veränderung</u> TEUR
liquide Mittel	0	0	0
abzgl. kurzfristiges Fremdkapital	7.780	7.797	-17
Liquiditätsgrad I	-7.780	-7.797	17
kurzfristige Forderungen	6.340	6.703	-363
Liquiditätsgrad II	-1.440	-1.094	-346
Vorräte	2.986	2.600	386
Liquiditätsgrad III	1.546	1.506	40

Die Forderungen und die liquiden Mittel reichen nicht zur Deckung der gleichfristigen Verbindlichkeiten aus und führen so zu der ausgewiesenen Unterdeckung im Liquiditätsbereich II.

Die Überdeckung im Liquiditätsbereich III ergibt sich auf Grund der Einbeziehung der noch zu veräußernden Grundstücke, deren Realisation derzeit weiter rückläufig und eher mittelfristig geprägt ist.

9. Ausblick

Veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen zwingen den Immobilienbetrieb ab 2014 voraussichtlich über mehrere Jahre in erheblichem Umfang zur Umsetzung von Maßnahmen, die sich aus Brandschutzanforderungen und aus technischen Anlagenprüfungen ergeben.

Im Stellenplan 2014 wurden zwei zusätzlichen Stellen in der Abteilung Hochbau eingerichtet und besetzt, die für die Bearbeitung dieses Aufgabenbereiches dringend benötigt werden.

Neben diesem erhöhten Personaleinsatz ist die Bereitstellung von entsprechenden Finanzmitteln, dies betrifft sowohl den Erfolgs- als auch den Vermögensplan, für die Umsetzung dieser Maßnahmen erforderlich.

Das hierfür tatsächlich benötigte Finanzvolumen kann erst eingeschätzt werden, wenn die entsprechenden Prüfergebnisse vorliegen. Für 2015 sind im Wirtschaftsplanentwurf bereits Finanzmittel für erste Maßnahmen konsumtiv und investiv (1,58 Mio. in der Wirtschaftsplan-Position "Sonstige Hochbaumaßnahmen allgemein") vorgesehen.

Weitere Vorgänge, über die nicht bereits berichtet wurde, haben sich nicht ergeben.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist gesetzlich verpflichtet, durch die Bereitstellung von Grundstücken eine geordnete städtebauliche Entwicklung sowie eine dem Wohle der Allgemeinheit entsprechende Bodennutzung zu gewährleisten. Folglich hat sie die bauliche oder sonstige Nutzung vorhandener Grundstücke durch die Aufstellung von Bauleitplänen vorzubereiten und zu leiten. Hierfür stehen der Stadt bestimmte gesetzliche Vorkaufsrechte zu. Wenn in diesem Zusammenhang auch für die städtischen potenziellen Baugrundstücke zukünftig Bauleitplanung getätigt wird, könnte dies zur weiteren positiven Entwicklung des Betriebes beitragen.

Durch die seit Jahren große Anzahl von Grundstücksverkäufen zeigt sich aber die Problematik, dass der verwertbare Anteil des Grundvermögens Jahr für Jahr geringer wird. Durch eine vernünftige Bodenvorratspolitik sollte sichergestellt werden, dass auch in einigen Jahren noch verwertbares Grundvermögen für den Grundstücksverkehr zur Verfügung steht. Für diesen Zweck wurde zum 01.01.2011 der Stadtentwicklungsbetrieb – AöR gegründet. Der Stadtentwicklungsbetrieb ist neben der Verwaltung und Entwicklung von eigenem Grundbesitz auch für den Grundstücksverkehr des Immobilienbetriebes zuständig.

Im Zuge der Gründung des Stadtentwicklungsbetriebes wurde zum 01.01.2011 Grundvermögen in Höhe von EUR 8.298.035,49 vom Immobilienbetrieb an den Stadtentwicklungsbetrieb übertragen. Die Erlöse aus der Entwicklung und Verwertung dieser Immobilien verbleiben im Stadtentwicklungsbetrieb. Dies gilt auch für Grundvermögen, das zukünftig unmittelbar durch den Stadtentwicklungsbetrieb erworben, entwickelt und verwertet wird. Im Ergebnis reduziert sich der verwertbare Anteil des Grundvermögens im Immobilienbetrieb.

Auf Dauer wird der Betrieb nur wirtschaftlich zu führen sein, wenn er von allen raumnutzenden Fachbereichen die ermittelten Kostenmieten erhält, womit auch die Erwirtschaftung der Gebäude-Abschreibung gewährleistet wäre.

Die größte Belastung für den Betrieb und damit verbunden auch die entsprechenden Risiken ergeben sich aus den zum 01.01.2006 übernommenen Schulimmobilien und zum 01.01.2007 übernommenen Berufsschulimmobilien. Die Größenordnung wird schon deutlich bei Betrachtung der Bilanzsumme, die zum 31.12.2005 (ohne Schulimmobilien) noch 100.262.303,73 €

betrug. Das in 2006 und 2007 hinzukommende Vermögen der Schulimmobilien (inkl. Berufsschulen) betrug mit 212.134.000 € rd. das 2-fache des bis dato im Betrieb geführten Vermögens.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der (abzuschreibende und zu unterhaltende) Gebäudeanteil im Verhältnis zum Bodenanteil wesentlich höher ist als bei den zuvor im Betrieb geführten Immobilien. Trotz der insbesondere in den Jahren 2009 – 2011 (Konjunkturpaket II) intensivierte Schulbaumaßnahmen ist weiterhin ein großer Teil der Schulgebäude in einem schlechten baulichen Zustand, weil Instandhaltungen und Sanierungen über Jahre / Jahrzehnte vernachlässigt wurden bzw. wegen der schwierigen Finanzlage vernachlässigt werden mussten.

Der Schwerpunkt bei den im Rahmen des Konjunkturpaketes II im Zeitraum von Mitte 2009 bis Ende 2011 erhaltenen und verwendeten Bauinvestitionsmitteln (im Immobilienbetrieb wurden aus diesem Programm insgesamt ca. 9,0 Mio. € eingesetzt) lag in der energetischen Sanierung von Schulgebäuden.

Die mit der Übernahme der Schulen erheblich angestiegenen Aufwendungen (insbes. Abschreibung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude sowie die Zinszahlungen) wurden vom städtischen Haushalt im Rahmen der „geleisteten“ Mieten nur unzureichend abgedeckt. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage können bisher nur Mietzahlungen in Höhe der zuvor im Haushalt für die Schulimmobilien verfügbaren Ansätze geleistet werden.

In 2014 konnte jedoch im Bereich der Berufsschulgebäude der bisherige Mietvertrag mit dem Berufsschulzweckverband neu abgeschlossen werden, der eine stufenweise Anhebung der Miete beinhaltet, so dass der Mietpreis hier bereits fast Kostenmiet-Niveau erreicht hat. Die vollständige Kostenmiete wird ab 2015 gezahlt. Für eine Verbesserung der Ertragslage muss allerdings in allen Bereichen und für alle Objekte eine realistische marktwertgerechte Kostenmiete eingeführt werden.

Bis zur Zahlung der tatsächlichen Kostenmiete werden Verluste erwartet, die vorgetragen oder (falls möglich) über den Vermögensplan gedeckt werden müssen. Laut Wirtschaftsplan wird für 2015 mit einem Verlust in Höhe von 3.967.092 € gerechnet.

Die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen werden die Möglichkeiten des Betriebs insbesondere im Hinblick auf die notwendige Sanierung der vorhandenen Gebäudesubstanz auch in den nächsten Jahren nachhaltig einschränken.

Im Rahmen des genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 - 2021 konnten die Bauinvestitionsansätze gegenüber dem zuvor anzuwendenden Nothaushaltsrecht erhöht werden.

Dieser erweiterte Investitionsrahmen soll schwerpunktmäßig für zwei dringend erforderliche Gesamt-sanierungen eingesetzt werden, und zwar für die Sanierungen des Schulzentrums Saaler Mühle und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums. Zunächst war für beide Sanierungen ein geschätztes Gesamtvolumen in Höhe von 30,35 Mio. € angesetzt worden, aufgeteilt in 18,0 Mio. € für das SZ Saaler Mühle und 12,35 Mio. € für das NCG. Nach dem Vorliegen von etwas konkreteren Planzahlen für das SZ Saaler Mühle zum Stand Ende Dezember 2014 muss zumindest für diese Maßnahme mit höheren Sanierungskosten als bisher angesetzt ausgegangen werden. Vorgesehen ist bisher (Stand Wirtschaftsplan 2015) eine Umsetzung der beiden Baumaßnahmen bis 2017 (Saaler Mühle) bzw. 2018 (NCG).

Das bei der Stadt geführte Altlastenkataster gibt bis zum Zeitpunkt der Berichtserstellung keine Anhaltspunkte dafür, dass für im Betriebsvermögen erfasste Grundstücke tatsächlich Sa-

nierungsaufwendungen erforderlich werden. Es kann jedoch z. B. bei einer veränderten Nutzungsbestimmung einzelner Grundstücke nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund der dann notwendigen Untersuchungen eine andere Beurteilung möglich ist. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage wurden keine Rückstellungen für Belastungen/Altlasten gebildet.

Gemäß § 25 Abs. 2 EigVO ist auch auf die Feststellungen aus dem Fragenkatalog nach § 53 HGrG einzugehen. Die Anmerkungen des Wirtschaftsprüfers wurden dementsprechend zur Kenntnis genommen. Diese Erkenntnisse haben bereits in einigen Punkten zur Überprüfung und Anpassung der Verfahrensabläufe innerhalb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung geführt.

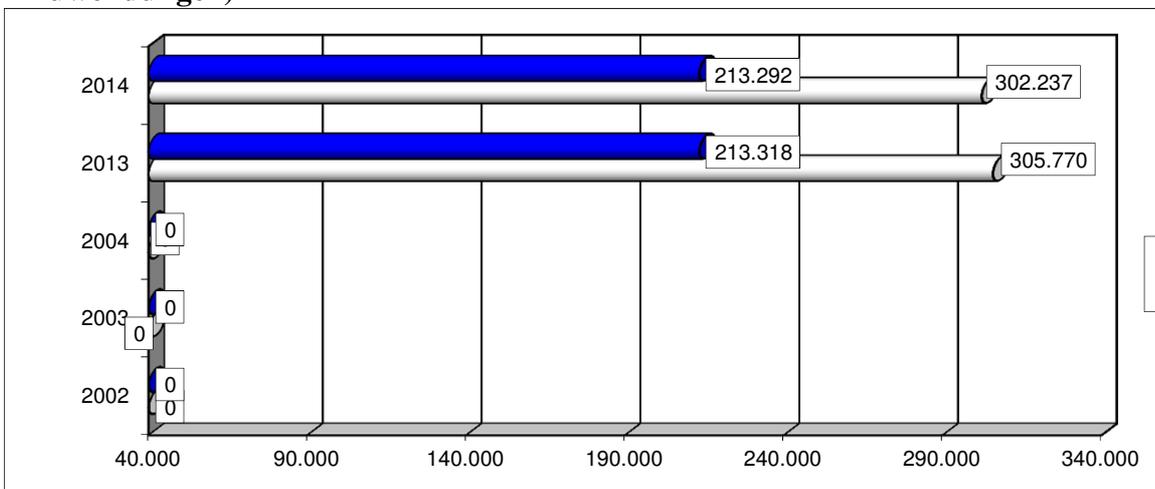
Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2013 - 2014) Angat

AKTIVA				2013	2014
Sachanlagen				305.761	302.029
Anlagevermögen				305.770	302.237
zum Verkauf bestimmte Grundstücke				2.600	2.986
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				6.671	6.314
Flüssige Mittel				0	0
Umlaufvermögen				9.271	9.300
Rechnungsabgrenzungsposten				32	26
Bilanzsumme				315.073	311.563

PASSIVA				2013	2014
Stammkapital				25	25
Rücklage				149.586	148.873
Gewinnvortrag				-5.476	-7.976
Jahresergebnis				-2.500	-650
Vorabausschüttung					
SoPosten für Zuwendungen				71.683	73.020
Eigenkapital				213.318	213.292
Rückstellungen				964	349
Verbindlichkeiten				100.791	97.922
Rechnungsabgrenzungsposten				0	0
Bilanzsumme				315.073	311.563

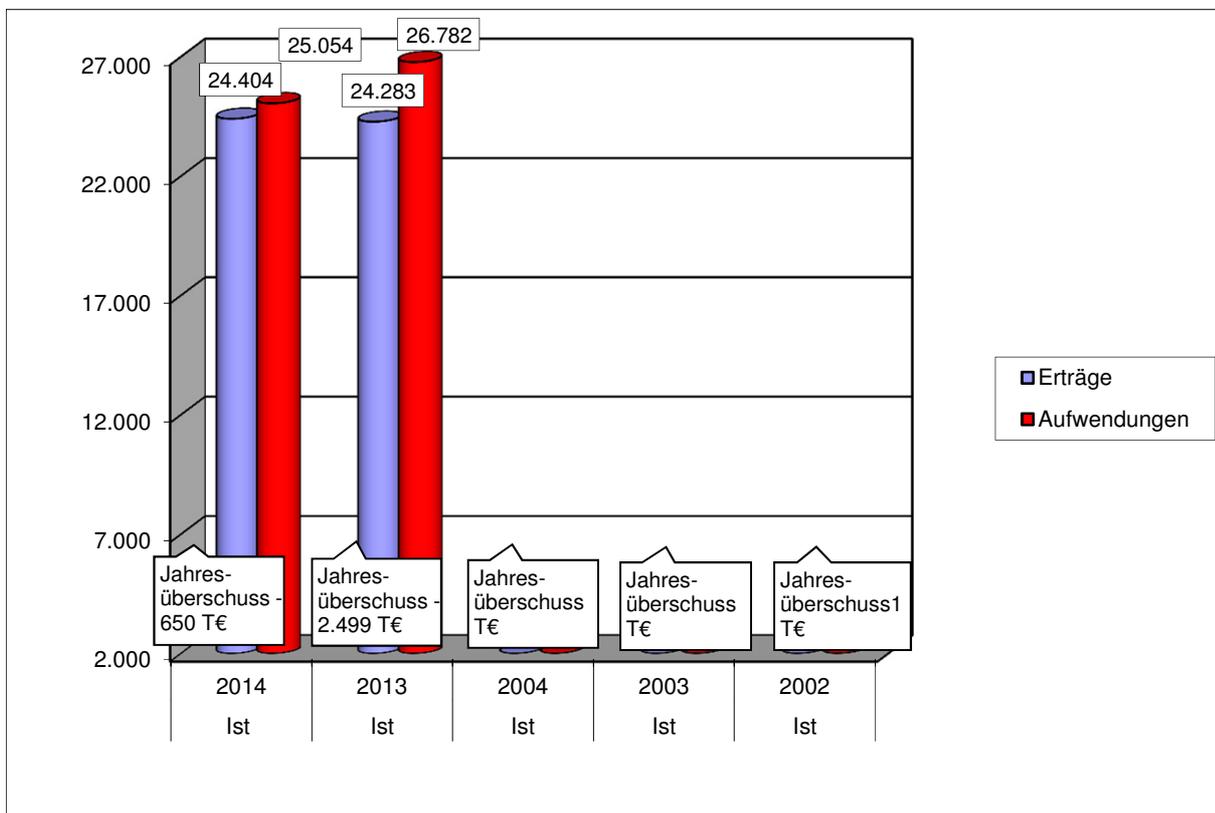
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. Sonderpostens für Zuwendungen)



**Gewinn- und Verlustrechnung des Immobilienbetriebs
der Stadt Bergisch Gladbach**

in TEUR	Plan	Ist 2014	Ist 2013	Ist	Ist	Ist	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse		21.789	21.832				-43
2. Sonstige betriebliche Erträge		2.593	2.420				173
3. Betriebliche Erträge (1+2)		24.382	24.252				130
4. Materialaufwand		-2.890	-4.808				1.918
5. Personalaufwand		-4.120	-3.894				-226
6. Abschreibungen		-6.021	-5.883				-138
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-8.130	-7.928				-202
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)		-21.161	-22.513				1.352
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		22	31				-9
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-3.831	-4.230				399
11. Finanzergebnis (9+10)		-3.809	-4.199				390
12. außerordentliche Erträge		0	0				0
13. außerordentliche Aufwendungen		0	0				0
12. Sonstige Steuern		-62	-39				-23
13. Jahresüberschuss (3+8+11+12)		-650	-2.499				1.849

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



**Kennzahlen im Überblick/ Immobilienbetrieb
der Stadt Bergisch Gladbach**

	2013	2014		
1. Vermögenslage				
Anlagenintensität in %	97,0%	97,0%		
Umlaufintensität in %	3,0%	3,0%		
Investitionsquote	1,9%	2,9%		
Reinvestitionsquote	101,0%	147,3%		
2. Finanzlage				
Eigenkapitalquote in %	67,7%	68,5%		
Fremdkapitalquote in %	32,3%	31,5%		
Anlagendeckung I in %	69,8%	70,6%		
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	5.455 T€	2.831 T€		
3. Ertragslage				
Umsatzrentabilität in %	-11,4%	-3,0%		
Eigenkapitalrentabilität in %	-1,2%	-0,3%		
Gesamtkapitalrentabilität in %	-0,8%	-0,2%		
4. Erfolgskennzahl				
Personalintensität in %	-17,8%	-18,9%		

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt	2013	2014		
Grundstücksw. erstattet an FB1	3.596,79 €	194.691,26 €		
Grundstücksw. erstattet an Stadt	2.244.004,47 €	1.862.432,61 €		
Stadt erstattet Miete für VWgebäude	-2.903.833,94 €	-2.669.304,06 €		
Stadt erstattet Miete f. Jugend/Soziales	-80.178,24 €	-80.178,24 €		
Stadt erstattet Miete für Schulen	-16.309.361,65 €	-16.870.105,29 €		
Abführung an kamerale Haushalt				
Gesamt	-17.045.772,57 €	-17.562.463,72 €		

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Mitarbeiter Grundstückswirtschaft	2013	2014		
Beschäftigte	70,5	73		
Beamte	4,5	4,5		
Gesamt	75	77,5		

Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Laut Ratsbeschluss der Stadt Bergisch Gladbach vom 30.04.1991 wurde die öffentliche Einrichtung **“Abwasserbeseitigung“** zum 01.01.1992 gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 GO i.V. mit § 3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert und wird seitdem als Sondervermögen entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe gemäß § 107 Abs. 2 GO NW mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses geführt.

Die Abwasserbeseitigung der Stadt ist, auch bei einer Führung als Sondervermögen nach den Vorschriften des § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO NW, kein wirtschaftliches Unternehmen; es ist danach aber stärker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten als dies bei einer Eingliederung in eine Kommunalverwaltung möglich ist.

Der Tatbestand **“Sondervermögen“** ist dann gegeben, wenn für öffentliche Einrichtungen nach zwingendem oder gestattendem Recht (§ 107 Abs. 2 GO NW i.V. mit dem Eigenbetriebsrecht) tatsächlich Sondervermögen mit eigenem Rechnungsabschluss gebildet wird.

Unabhängig von der Art der Rechnungslegung für diesen Sektor bleibt die Tätigkeit hoheitlich. Die Einrichtung stellt keinen Betrieb gewerblicher Art dar, so dass die hierzu bestehenden steuerrechtlichen Vorschriften nicht anwendbar sind. Die Vorschriften des KAG sind auch weiterhin zu beachten.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Einrichtung ist die Erfüllung der sich aus der Entwässerungssatzung und der Entsorgungssatzung ergebenden Aufgaben. Gleichfalls nimmt das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach als Sondervermögen im Sinne der Ziff. 1 die sich aus den §§ 89 bis 91 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) ergebenden Verpflichtungen der Stadt Bergisch Gladbach zur Unterhaltung und zum Ausbau von Gewässern wahr.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Betriebsleitung

Das Abwasserwerk ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach. Die Funktion der Betriebsleitung nimmt gem. § 3 der Betriebssatzung die Bürgermeisterin / der Bürgermeister als Behörde wahr. Gemäß gültiger Organisationsverfügung sind diese Aufgaben auf den zuständigen Beigeordneten und auf die Fachbereichs- und Betriebsleitung übertragen.

3.2 Betriebsausschuss

Ein Betriebsausschuss wurde nicht gebildet. Dessen Funktionen nimmt gemäß Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) wahr. Für dessen Aufgaben ist die Eigenbetriebsverordnung entsprechend und im Übrigen die Zuständigkeitsordnung maßgeblich.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter des Abwasserwerks ist Herr Martin Wagner.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten betrug 2014 insgesamt 83 Mitarbeiter.

Im Übrigen werden anteilige Personalkosten im Wege des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt abgegolten.

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Mitgliedschaften

Der zuständige Beigeordnete ist Mitglied in der Verbandsversammlung des Rechtsrheinischen Kölner Randkanals (gegründet 1966). Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf aus Zuwendungen, Spenden und sonstigen Einnahmen. Reichen diese zur Deckung des Finanzbedarfs nicht aus, erhebt er von seinen Mitgliedern eine Umlage. Weitere Verbandsumlagen sind an den Wupper- und Aggerverband zu leisten.

Ferner ist die Stadt Mitglied im Wasserverband Strundeverband

8. Leistungsbeziehungen zu Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2014 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

9. Geschäftsverlauf

Maßgebenden Einfluss auf die Entwicklung des Betriebes löst die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben im Investitionssektor im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) aus.

Die Ausgaben für Investitionen in das Anlagevermögen lagen im Berichtsjahr bei rd. EUR 6,9 Mio., so dass nach Abschreibungen ein Buchwert von rd. EUR 201 Mio. als Vermögen geführt wird. Im Vorjahr wurden EUR 6,6 Mio. investiert.

Dem Finanzierungssektor ist daher maßgebende Bedeutung beizumessen, weil ein wesentlicher Teil der Investitionen über Darlehen gedeckt wird, deren Zinsaufwand das handelsrechtliche Jahresergebnis belastet. Daher ist aus Sicht der wirtschaftlichen Betriebsführung grundsätzlich eine Stärkung des Eigenkapitals anzustreben.

Die investitionsbedingten Folgekosten (Abschreibungen für den Werteverzehr der Betriebsanlagen sowie der Zinsaufwand für das eingesetzte Fremdkapital) belaufen sich auf rd. 32 % der Umsatzerlöse, davon der Zinsaufwand für Darlehen 9,4 %. Damit wird deutlich, dass eine wirtschaftliche Betriebsführung nur unter Kontrolle der Verschuldung möglich ist. Dazu trägt eine verstärkte Innenfinanzierung bei, wie sie die Gebührenkalkulation nach dem KAG durch die Ansatzmöglichkeit kalkulatorischer Abschreibungen und Verzinsungen ermöglicht und das Eigenbetriebsrecht fordert.

Die Abführung eines Teils des Jahresüberschusses an den städtischen Haushalt mindert allerdings in erheblichem Maße die Mittel, die aus Sicht des Betriebes hierzu zur Verfügung stehen können.

Der Vergleich von Ist zu Wirtschaftsplan 2014 ergibt folgendes:

Der erzielte Jahresüberschuss von TEUR 9.938 weicht um TEUR 251 vom Wirtschaftsplan (TEUR 9.687) ab.

Im Schmutzwasserbereich wurden mehr Kubikmeter veranlagt als geplant und damit höhere Erlöse erzielt. Im Bereich der Straßenentwässerung Stadt wurden weniger m² veranlagt, was zu geringeren Erlösen führte. Dadurch, dass Aufwendungen geringer ausfielen als geplant, sowie durch höhere betriebliche Erträge erfolgte statt der geplanten Auflösung eine Zuführung zur Verbindlichkeit für Gebührenaussgleich.

Die erhöhten sonstigen betrieblichen Erträge resultieren insbesondere aus höheren Verkaufserträgen für KFZ in Höhe von TEUR 101, sonstigen neutralen Erträgen (z.B. aus Vertragsstrafen) in Höhe von TEUR 73 und periodenfremden Erträgen i.H. v. TEUR 161.

Auf der Aufwandsseite bestehen wesentliche Abweichungen gegenüber den geplanten Erhaltungsaufwendungen. Dies ist darin begründet, dass es sich erst aus der Detailplanung ergibt, ob es sich um Erhaltungsaufwand und damit sofort wirksame Aufwendungen handelt, oder um investive Leistungen handelt, die auf die Nutzungsdauer verteilt werden. Die übrigen Materialaufwendungen fielen ebenfalls geringer aus als geplant. Die ist insbesondere auf geringere Verbandsumlagen, gesunkene Strom-, Instandhaltungs- und Unterhaltungskosten aufgrund neuer Verträge und geringerer Verbräuche als geplant, zurückzuführen.

Der Personalaufwand fiel maßgeblich durch Erträge aus der Auflösung von Urlaubs- und Überstundenrückstellungen geringer aus als geplant.

Beim Zinsaufwand kommt es zu einem wesentlichen Minderaufwand, da die Zinsaufwendungen geringer ausfallen als erwartet (u.a. bessere Zinskonditionen bei der Anschlussfinanzierung von Altdarlehen). Zusätzlich waren die Zinsaufwendungen für die Derivate geringer als geplant.

Im Vergleich zum Vorjahr stellt sich die Entwicklung des Jahres 2014 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse aus der Schmutzwasserentsorgung sind aufgrund mehr veranlagter Kubikmeter und höherer Gebührensätze (+17 Cent) um TEUR 988 gestiegen.

Die Erlöse aus der Niederschlagswasserentsorgung sind um rund TEUR 447 gestiegen, was in der Gebührenerhöhung in 2014 um 9 Cent pro m² begründet liegt.

Da in 2014 im Schmutzwasser- und Regenwasserbereich Überdeckungen in Höhe von insgesamt TEUR 2.101 entstanden sind, fällt die Einstellung in die sonstigen Verbindlichkeiten Gebühren höher aus als die Auflösung (saldiert TEUR -1.125).

Die Minderung der Aufwendungen für bezogene Leistungen um ca. TEUR 1.148 lässt sich im Wesentlichen auf die gesunkenen Unterhaltungs- sowie Erhaltungsaufwendungen zurückführen.

Der Anstieg des Personalaufwandes im Bereich Vergütungen um ca. TEUR 231 lässt sich im Wesentlichen auf die tarifliche Steigerung in 2014 in Höhe von durchschnittlich 3,0 % zurückführen. Darüber hinaus kam es zu notwendigen außerstellenplanmäßigen Zusetzungen.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss von EUR 9.938.352 sollte in Anbetracht der nachfolgenden Gründe wie folgt behandelt werden:

Die Gewinnermittlung gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung beruht auf handelsrechtlichen Vorschriften. Die erwirtschafteten Umsatzerlöse beinhalten kalkulatorische Abschreibungen, eine kalkulatorische Verzinsung und Einstellung / Auflösung von Gebührenüberdeckungen der Vorjahre für Umsatzerlöse.

Der Jahresüberschuss sollte daher unter dem Ziel der Substanzerhaltung in Höhe von EUR 4.138.352 zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Risikovorsorge in das allgemeine Rücklagekapital entsprechend den Vorschriften der EigVO (§ 10 Abs. 3) eingestellt werden. Weiterhin sollten EUR 5.800.000 an den Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach abgeführt werden.

10. Technische Daten

Insgesamt hatte die Stadt Bergisch Gladbach in 2014 110.812 Einwohner (Vorjahr 110.200). Davon waren 109.982 (Vorjahr 109.351) Einwohner am Kanalnetz angeschlossen. Der Gesamt-Frischwasserverbrauch im Jahr 2014 betrug lt. BELKAW 6.110.005 m³ (Vorjahr 6.028.544 m³). Der Verbrauch je Kopf und Tag mit rd. 136 l liegt über dem Vorjahresniveau (135 l).

11. Ausblick

Risiken

Risiken bestehen insbesondere in den nicht exakt vorhersehbaren Absatzmengen, die die Ertragsrechnung wesentlich beeinträchtigen können sowie in vordringlichen Maßnahmen im Unterhaltungssektor, die aufgrund der weiteren Rohrnetzstatusanalyse durchzuführen sind und infolge ihrer Beschaffenheit nicht vermögenswirksam erfasst werden können. Weiterhin kann durch die Zustandserfassung (aufwändige Auswertungsverfahren) des Entsorgungsnetzes nicht ausgeschlossen werden, dass außerplanmäßige Abschreibungen auf solche Anlagen, deren Beschaffenheit nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen bzw. der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Entsorgung der Abwässer entsprechen, unumgänglich sind.

Chancen

Das Werk geht weiterhin davon aus, die Abwasserbeseitigung in einer kostengünstigen Form zu erbringen.

Im Übrigen wird auf die Investitionstätigkeit (z.B. bauliche- und hydraulische Sanierung, Regenwasserrückhaltung und –klärung) hingewiesen. Maßgeblich beeinflusst wird diese in den Folgejahren durch das Abwasserbeseitigungskonzept 2015. Sollten die Investitionen nachhaltig hoch sein, werden sich die Folgekosten der zu aktivierenden Sanierungsmaßnahmen sowie der Investitionstätigkeit in der Regenwassersammlung und –klärung – sofern die sonstigen Randbedingungen der Gebührenkalkulation unverändert bleiben – in stetig steigenden Abwassergebühren niederschlagen. Infolgedessen wird auch – unter sonst gleichen Randbedingungen - der vom städtischen Haushalt zu tragende Anteil für die Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze steigen.

Die voraussichtliche Entwicklung

Für 2015 werden Umsätze in geplanter Höhe erwartet. Die geplanten Kosten sind weitgehend stabil. Grundsätzlich muss aber auf die aufgeführte tendenzielle Steigerung der Abwassergebühren hingewiesen werden.

Die geplante Höhe des Jahresüberschusses 2015 von EUR 10 Mio. wird im Wesentlichen durch den Ansatz der kalkulatorischen Zinsen in Höhe von 6,5 % für das betriebsnotwendige Kapital (nach Berücksichtigung des Abzugskapitals) sowie durch den Ansatz der kalkulatorischen Abschreibungsmethode auf Basis des Wiederbeschaffungszeitwertes beeinflusst sein.

Gemäß den Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept und dem Wirtschaftsplan wird eine anteilige Abführung des Handelsbilanzgewinns an den städtischen Haushalt vorgenommen. Seit 2010 wird ein Höchstbetrag von 5,8 Mio. € abgeführt. Der Abführungsbetrag versteht sich als Obergrenze. Bei einem geringeren Jahresüberschuss wird der dem Abwasserwerk verbleibende Betrag gekürzt, so dass der abzuführende Betrag gleich bleibt. Hierdurch wird einerseits aus gesamtstädtischer Sicht für den Haushalt ein Konsolidierungsbeitrag geleistet, andererseits aus Sicht der Einrichtung der Innenfinanzierungsbeitrag weiterhin geschmälert.

Hinzuweisen ist auf die weiterhin hohe Investitionstätigkeit, die zu einer geplanten Investitionssumme in 2015 von EUR 18,8 Mio. führt.

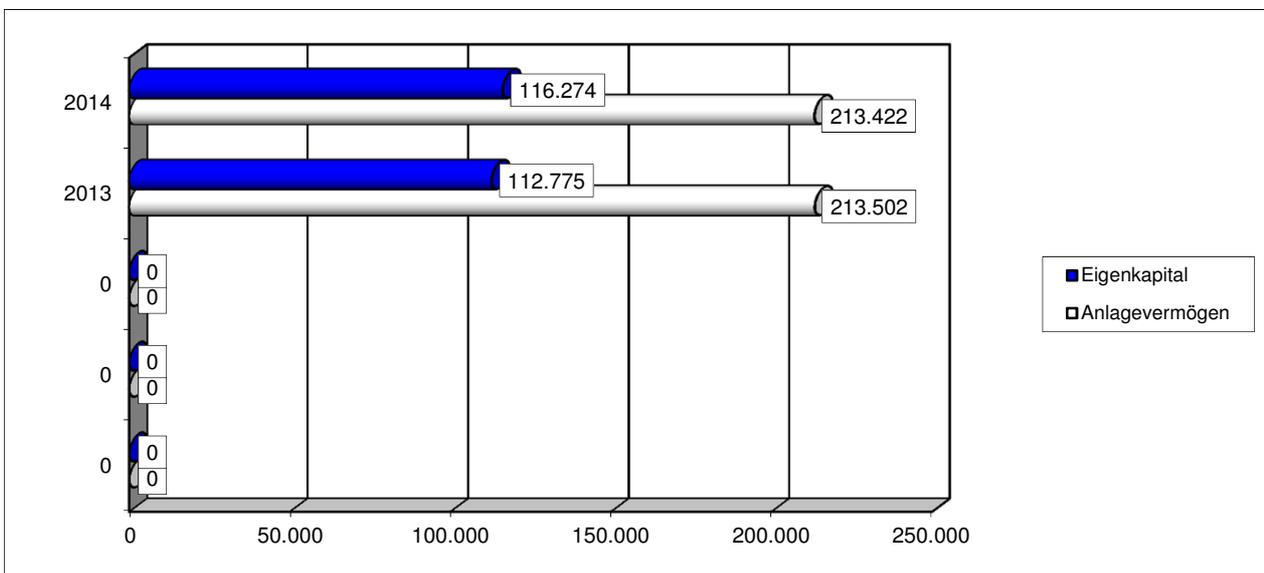
Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk"

Entwicklung der Bilanz im Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2013 - 2014) Angaben in TEUR

AKTIVA				2013	2014	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände				2.151	1.901	-250
Sachanlagen				200.276	200.527	251
Finanzanlagen				11.075	10.994	-81
Anlagevermögen	0	0	0	213.502	213.422	-80
Vorräte				318	301	-17
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				8.519	7.461	-1.058
Umlaufvermögen	0	0	0	8.837	7.762	-1.075
Rechnungsabgrenzungsposten						0
Bilanzsumme	0	0	0	222.339	221.184	-1.155

PASSIVA	0	0	0	2013	2014	Veränderung
Stammkapital				25	25	0
Rücklagen				70.404	74.694	4.290
Gewinn				10.090	9.938	-152
Eigenkapital	0	0	0	80.519	84.657	4.138
Empfangene Ertragszuschüsse				48.384	47.425	-959
Rückstellungen				2.067	1.960	-107
Verbindlichkeiten				91.369	87.142	-4.227
Bilanzsumme	0	0	0	222.339	221.184	-1.155

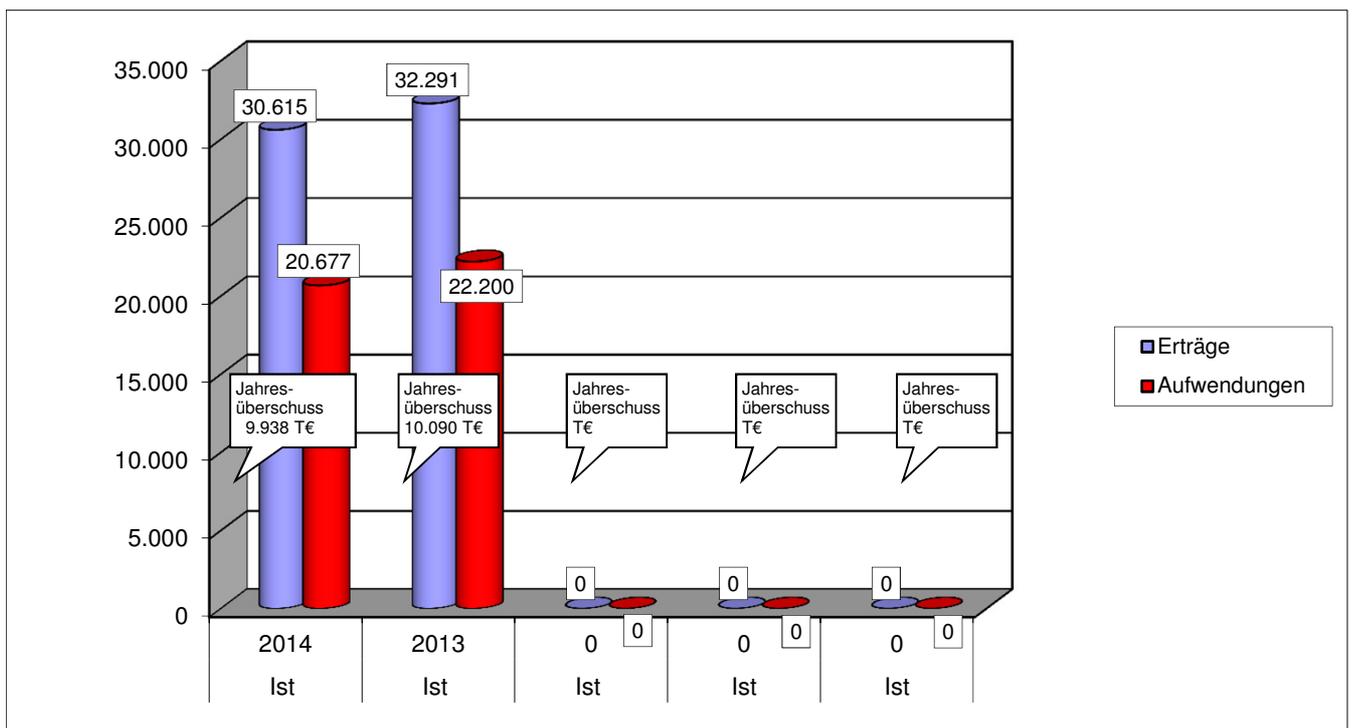
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des "Abwasserwerks"

in TEUR	Plan 2014	Ist 2014	Ist 2013	Ist	Ist	Ist	Ist 14 / Ist 13
1. Umsatzerlöse	31.774	29.395	30.804				-1.409
2. aktivierte Eigenleistungen	571	335	307				28
3. sonstige betriebliche Erträge	455	774	1.068				-294
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	32.800	30.504	32.179	0	0	0	-1.675
5. Materialaufwand	-5.320	-3.995	-5.298				1.303
6. Personalaufwand	-5.569	-5.052	-4.821				-231
7. Abschreibungen	-6.875	-6.650	-6.924				274
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.146	-2.133	-2.138				5
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-19.910	-17.830	-19.181	0	0	0	1.351
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	110	111	112				-1
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.303	-2.843	-3.016				173
12. Finanzergebnis (10+11)	-3.193	-2.732	-2.904	0	0	0	172
13. Außerordentliche Erträge	-5						0
14. Außerordentliche Aufwendungen		0	1				0
15. Außerordentl.Ergebnis (13+14)	-5	0	1	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	9.692	9.942	10.095	0	0	0	-153
17. Sonstige Steuern	-5	-4	-4				0
18. Jahresüberschuss (16+17)	9.687	9.938	10.090	0	0	0	-152

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Abwasserwerk

		2013	2014
1. Vermögenslage			
Anlagenintensität in %		93,8%	94,0%
Umlaufintensität in %		4,0%	3,5%
Investitionsquote		3,1%	3,2%
Reinvestitionsquote		95,2%	103,1%
2. Finanzlage			
Eigenkapitalquote		36,2%	38,3%
Fremdkapitalquote in %		42,0%	40,3%
Anlagendeckung I in %		37,7%	39,7%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit		12.304 T€	17.869 T€
3. Ertragslage			
Umsatzrentabilität in %		41,1%	44,2%
Eigenkapitalrentabilität in %		12,5%	11,7%
Gesamtkapitalrentabilität in %		5,9%	5,8%
4. Erfolgskennzahl			
Personalintensität in %		15,7%	17,2%

Stellenplan Abwasserwerk		0	2013	2014
Soll			82	83
Ist			82	83

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht der Stadt Bergisch Gladbach werden anhand der nachfolgenden Kennzahlen die Bestands- und Erfolgswerte der Gesellschaften ausgewertet bzw. analysiert.

KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENSLAGE	
<p>Anlagenintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen.</p> <p>Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens. Bei geringer Anlagenintensität hat die Anlagendeckung nur eine geringe Bedeutung.</p>
<p>Umlaufintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.</p>
<p>Investitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil der Investitionen bezogen auf das Anlagevermögen.</p>
<p>Reinvestitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$</p>	<p>Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden. Bei über 100 % wird die Substanz erhalten bzw. ausgebaut. Werte unter 100 % deuten auf einen substantiellen Substanzverlust hin.</p>

KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE	
<p>Eigenkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital.</p> <p>Eine hohe EK-Quote gilt als Indikator für die Bonität und finanzielle Unabhängigkeit des Unternehmens.</p>
<p>Fremdkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.Summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.</p>
<p>Anlagendeckung in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen.</p> <p>Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität.</p>
<p>Cashflow</p>	<p>Die Kennzahl gilt als Indikator zur Beurteilung der Ertrags- und Finanzkraft eines Betriebes. Es kann so beurteilt werden, ob und inwieweit anstehende Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden können bzw. Fremdfinanzierung notwendig ist.</p>

KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE	
<p><i>Umsatzrentabilität in %</i></p> <p><u>Betriebsergebnis x 100</u> Umsatzerlöse</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen.</p> <p>Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatz- tätigkeit. Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingunge im Markt verursacht werden.</p>
<p><i>Eigenkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Eigenkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital.</p> <p>Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>
<p><i>Gesamtkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Gesamtkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital.</p> <p>Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>

WEITERE KENNZAHL	
<p><i>Personalintensität in %</i></p> <p><u>Personalaufwand x 100</u> Gesamtleistung (Umsatzerlöse)</p>	<p>Prozentualer Anteil des Personalaufwandes an der Gesamtleistung.</p> <p>Die Personalintensität misst die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des Faktors Arbeit.</p>